



**ANTRAGSBUCH**  
**EUROPA-  
PARTEITAG**  
**BERLIN 2019**

**ACHTUNG:**

Bitte bringen Sie dieses Antragsbuch mit nach Berlin.  
Weitere Informationen und dieses Antragsbuch  
finden Sie zum Download auf [fdp.de/ept2019](http://fdp.de/ept2019)  
Bitte wenden Sie sich bei weiteren Fragen an:  
[antraege@bundesparteitag.de](mailto:antraege@bundesparteitag.de)

**Betr.:** Europas Chancen nutzen – Das Programm der Freien Demokraten für die Europawahl 2019

**Antragsteller:** Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei

<b>Kapitel</b>	<b>Seite</b>
<b>Europas Chancen nutzen: Mut zur Veränderung</b>	<b>1</b>
<b>Ein Europa, das funktioniert</b>	<b>5</b>
<b>Ein Europa der Bildung und Kultur</b>	<b>12</b>
<b>Ein Europa der Innovation</b>	<b>22</b>
<b>Ein Europa der wirtschaftlichen Stärke</b>	<b>27</b>
<b>Ein Europa, das unser Klima schützt</b>	<b>41</b>
<b>Ein Europa, das rechnen kann</b>	<b>46</b>
<b>Ein Europa der Werte und des Rechts</b>	<b>52</b>
<b>Ein Europa der Freiheit und Menschenrechte</b>	<b>65</b>

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 1

## Antrag L001

**Betr.:** Europas Chancen nutzen – Das Programm der Freien Demokraten für die Europawahl 2019

**Antragsteller:** Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei

Der Europaparteitag möge beschließen:

### 1 **Europas Chancen nutzen: Mut zur Veränderung**

2 Die Einheit Europas ist das Beste, was uns allen passieren konnte. Nach Jahr-  
3 hundertern von Krieg und Zerstörung hat uns die Einigung Europas stark ge-  
4 macht. Sie hat Freiheit, Frieden, Wohlstand und Chancen für jeden Einzelnen  
5 von uns geschaffen. In der ganzen Welt ist Europa deswegen zum Vorbild des  
6 demokratischen Miteinanders geworden – und zur Heimat von mittlerweile 512  
7 Millionen Menschen.

8 Wir sollten nicht vergessen, in welcher Freiheit wir hier leben. Wir können rei-  
9 sen, wohin wir wollen, studieren, wo wir wollen, können in einem großen Teil  
10 von Europa mit dem gleichen Geld bezahlen und uns überall sicher fühlen. Au-  
11 ßerdem ist Europa gleichzeitig der größte Binnenmarkt und eine Inspirationsquel-  
12 le für uns alle. Wo sonst gibt es so viel unterschiedliche Kultur und Kulturen, so  
13 viel Kunst und Forschung, so viel Wissenschaft und Erfindungen?

14 Europa steckt aber – ohne Frage – in einer Krise. Die Europäische Union atmet  
15 nicht mehr den Geist des gemeinsamen Aufbruchs in eine bessere Zukunft. Ihre  
16 Strukturen sind unübersichtlich, vielfach zu bürokratisch und viele Menschen sind  
17 enttäuscht, wenn Europa sich im Klein-Klein verliert statt die drängenden großen  
18 Herausforderungen zu lösen. Die jahrzehntelange „Große Koalition“ aus Konser-  
19 vativen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament lähmt sich selbst und  
20 verfolgt lieber eigene Interessen als eine gemeinsame Zukunftsvision. Die Euro-  
21 päische Union driftet zunehmend auseinander, Nord und Süd, Ost und West,  
22 Klein und Groß. Und wie der Brexit zeigt, ist sie längst keine Selbstverständlich-  
23 keit mehr. Das alles macht Europa anfällig für seine Feinde – Populisten von  
24 rechts wie links, die in den Mitgliedstaaten und auch immer stärker im Europäi-  
25 schen Parlament selbst versuchen, unser gemeinsames Europa zu bekämpfen.  
26 Europa braucht daher mehr denn je die Entschlossenheit, nicht nur Probleme zu  
27 diskutieren, sondern die Chancen dahinter zu erkennen, zu ergreifen und endlich  
28 zu handeln.

29 Europa braucht Mut zur Veränderung. Veränderung gegen Stillstand und lautes  
30 Gebrüll. Veränderung für neue Begeisterung und eine neue Form von Sachlich-  
31 keit, die schnell Fortschritte für alle bringt. Das ist *unser* Weg: Ein Weg, der kei-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 2

32 nen Zweifel daran lässt, dass wir diese Europäische Union stärker und besser  
33 machen wollen.

### 34 **Chancen nutzen – Europa besser machen**

35 Wir Freie Demokraten wollen die Europäische Union reformieren und damit die  
36 ungenutzten Potentiale Europas entfesseln. Menschen aller Bevölkerungsgruppen  
37 sollen wieder unmittelbar in ihrem Alltag erfahren können, warum Europa ihre  
38 Zukunft ist. Dazu brauchen wir Mut zu Reformen und neue Impulse. Wir müssen  
39 vieles anders und besser machen, damit wir uns neu für Europa begeistern kön-  
40 nen.

### 41 **Chancen für Europa durch eine neue Verfassung!**

42 Die Europäische Union gewinnt neue Chancen durch mehr Nähe und Mitspra-  
43 cherecht. Wir wollen die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stärken, institu-  
44 tionelle Reformen vorantreiben und dabei Bürokratie abbauen. Das Europäische  
45 Parlament soll endlich auch eigene Gesetzesinitiativen einbringen können. Die  
46 EU-Kommission soll verkleinert werden. Und bis spätestens 2022 muss ein Euro-  
47 päischer Konvent einberufen werden, der den Weg zu einer gemeinsamen Ver-  
48 fassung ebnet. Die Europäische Union muss ihre Strukturen grundlegend über-  
49 denken. Denn nicht alles muss in Brüssel entschieden werden. Wir brauchen  
50 wieder mehr Vertrauen in die Stärken vor Ort.

### 51 **Chancen für Europa durch beste Bildung!**

52 Die größten Chancen – gerade auch für junge Menschen – entstehen durch Bil-  
53 dung, Forschung und Innovationen. Sie sichern das persönliche Vorankommen  
54 jeder und jedes Einzelnen und den Wohlstand des ganzen Kontinents. Wer die  
55 Chancen in Europa nutzen können soll, muss Europa kennen lernen können.  
56 Und das so früh wie möglich. Wir wollen deshalb, dass EU-Bürgerinnen und  
57 EU-Bürger Bildungsangebote in jedem EU-Land ihrer Wahl wahrnehmen kön-  
58 nen. Das muss für die Menschen genauso erfahrbar werden wie das Reisen oh-  
59 ne Schlagbäume. Deswegen fordern wir die Einführung einer neuen Grundfrei-  
60 heit – der Bildungsfreizügigkeit! Ob im Schüleraustausch in Frankreich, der Be-  
61 rufsausbildung in Schweden, im Studium in Polen oder im Freiwilligendienst in  
62 Malta – Europa soll schon früh mit all seinen Facetten, Kulturen und Eigenheiten  
63 erfahrbar sein. Wer andere Länder so erlebt, beginnt sie zu lieben – und Europa  
64 wächst zusammen.

### 65 **Chancen für Europa durch tolle Ideen!**

66 In einer Welt voller Veränderungen werden wir auch in Zukunft nur dann erfolg-  
67 reich sein, wenn Europa wieder besonders innovativ, kreativ und schnell ist. Wir  
68 Freie Demokraten wollen genau deswegen die Forschung und Entwicklung för-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 3

69 dern und auch die Rahmenbedingungen für Start-ups und junge Unternehmen  
70 deutlich verbessern.

### 71 **Chancen für Europa durch eine dynamische Wirtschaft!**

72 Digitaler Binnenmarkt, europäische Energiepolitik und Zukunftsinvestitionen: Eu-  
73 ropa muss die Grundlagen seines Wohlstands sichern und neue Chancen schaf-  
74 fen. Für den EU-Binnenmarkt brauchen wir faire Wettbewerbsregeln – ebenso  
75 wie faire Chancen für den Mittelstand. Denn kleine und mittlere Unternehmen  
76 sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft und Motor für Wachstum und In-  
77 novation.

78 Zentral ist eine solide Politik beim Euro. Hier müssen alle Staaten mehr Verant-  
79 wortung übernehmen und sich an die gemeinsam beschlossenen Regeln halten.  
80 So erhalten wir wieder eine starke und stabile Gemeinschaftswährung. Den Ener-  
81 gie- und Klimaschutz können wir auch nur gemeinsam angehen – international  
82 mithilfe des Emissionshandels.

83 Nur mit mehr Mut kann Europa die Grundlagen seines Wohlstands sichern und  
84 neue Chancen für die Bürgerinnen und Bürger schaffen. Setzen wir die Dynamik  
85 Europas frei!

### 86 **Chancen für Europa durch Freiheit und gemeinsame Werte!**

87 Europa basiert auf einer gemeinsamen freiheitlichen Werteordnung. Es ist nicht  
88 ein Europa der Wirtschaft, Behörden und Institutionen, sondern ein Europa der  
89 Menschen. Sie teilen ein gemeinsames Bewusstsein für fundamentale Men-  
90 schen- und Freiheitsrechte. Der Drang der Menschen nach Freiheit hat den Eiser-  
91 nen Vorhang zerrissen. Freiheit braucht einen funktionierenden Rechtsstaat, eine  
92 unabhängige Justiz und eine freie Presse. Der Rechtsstaat verteidigt diese Wer-  
93 te und benötigt dazu wirksame Mittel. Gerade auch gegen populistische Kräfte,  
94 die diese Werte angreifen. Und er gleicht das menschliche Grundbedürfnis nach  
95 Sicherheit mit der Geltung von Grund- und Menschenrechten aus. So sind wir  
96 auch glaubwürdige Gesprächspartner in Sachen Recht und Freiheit gegenüber  
97 den Ländern, mit denen wir Handel treiben oder anderweitige Beziehungen pfle-  
98 gen.

### 99 **Chancen für Europa durch eine gemeinsame Stimme!**

100 Die großen Fragen unserer Zeit erfordern gemeinsame europäische Antworten:  
101 Beim Freihandel, den wir gegen zunehmenden Protektionismus in der Welt, ge-  
102 rade auch von Populisten, verteidigen müssen. Denn freier Handel bringt allen,  
103 die daran beteiligt sind, mehr Wohlstand, in welchem Land auch immer. Auf Au-  
104 genhöhe mit den USA, Russland oder China verhandelt Europa aber nur, wenn  
105 es mit einer Stimme spricht.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 4

106 Oder auch bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bis hin zum Auf-  
107 bau einer europäischen Armee. Für den gemeinsamen Schutz der Außengren-  
108 zen zum Beispiel muss die Grenzschutzagentur Frontex endlich zu einer echten  
109 europäischen Grenzschutzbehörde mit Handlungsbefugnissen und Personal aus-  
110 gebaut werden. Die Mitgliedstaaten an den geografischen Außengrenzen dürfen  
111 hier nicht allein gelassen werden. Und beim Einwanderungs- und Asylrecht muss  
112 auf rechtsstaatliche Prinzipien und vor allem auf faire Lösungen gesetzt werden.

### 113 **Machen wir eine große Idee noch größer**

114 Wir brauchen einen selbstbewussten und mutigen Kontinent, der seinen Bürge-  
115 rinnen und Bürgern Frieden, Freiheit und Wohlstand bewahrt. Wir wollen auch  
116 skeptische Bürgerinnen und Bürger von den vielfältigen Vorteilen eines gemein-  
117 samen Europas überzeugen. Wir brauchen – gegen die Gefährdungen Europas  
118 von außen, gegen die politische Gleichgültigkeit in vielen Ländern, gegen das  
119 Gebrüll der Populisten – ein starkes Europa mit dem Mut zu entschlossenen Re-  
120 formen.

121 Bei allen Reformen folgen wir einem klaren Kompass: Wir wollen ein einiges,  
122 kein vereinheitlichtes Europa – ein Europa, in dem die Geschichte, die Traditio-  
123 nen, die Heimat und Kultur der Regionen immer ihren Platz haben und ihren  
124 ganzen Charme entfalten können. Wir stehen für ein mannigfaltiges Europa der  
125 Menschen – für Einheit in Vielfalt. Denn genau daraus erwächst unsere Kraft.

126 Lasst uns unser Europa wiederentdecken! Lasst uns begeistern, weil wir von  
127 diesem Europa begeistert sind! Und lasst uns antreten für einen Kontinent der  
128 Chancen und des Aufbruchs, für ein neues Europa der Freiheit und des Rechts!

129 Die Gemeinsamkeit macht uns stark, die Vielfalt noch stärker. Europa ist unsere  
130 Zukunft. Doch wir müssen sie gestalten – mutig, sachlich, reformbereit und vor  
131 allem nicht allein. Sondern gemeinsam mit den anderen freiheitlich denkenden  
132 Kräften des Kontinents. Zeigen wir Mut zur Veränderung und machen wir Europa  
133 zu einem Raum der unbegrenzten Möglichkeiten. Verwandeln wir Europa in eine  
134 Herzensangelegenheit für jede und jeden Einzelnen. Nutzen wir die Chancen  
135 Europas!

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 5

## 136 **Ein Europa, das funktioniert**

137 Europa fehlt es nach langen Jahren der Dominanz von Sozialisten und Konser-  
138 vativen an Visionen und dem Mut zum Aufbruch. Wir brauchen neue Impulse  
139 und mehr Bürgernähe. Die Menschen sollen sich besser einbringen und die euro-  
140 päische Idee auf dem Weg zu einer dezentral und bundestaatlich verfassten Uni-  
141 on mit einer eigenen Verfassung mitgestalten können.

142 Wir können Europa stärker machen, indem wir Schwächen beheben: Mehr Bür-  
143 gerbeteiligung, institutionelle Reformen und Bürokratieabbau. Ebenso ist mehr  
144 Vertrauen in die Vielfalt Europas notwendig. Denn sie setzt Chancen frei, da vie-  
145 le Fragen vor Ort besser gelöst werden können.

146 Nutzen wir die Chancen Europas durch mutige Reformen der Europäischen Uni-  
147 on! Lasst uns ein Europa gestalten, das funktioniert, lebendig ist und wieder  
148 Strahlkraft entfaltet!

## 149 **Ziele und Grundsätze**

150 In vielen Bereichen muss Europa mehr tun – und wenn nicht alle mitziehen,  
151 dann müssen die integrationswilligen Staaten vorausgehen können. Europa muss  
152 also wieder die großen Aufgaben in Angriff nehmen können anstatt sich im  
153 Klein-Klein zu verzetteln. Und wenn sich die Europäische Union übernimmt, dann  
154 sollen Bundestag und Bundesrat mehr Möglichkeiten haben, dies überprüfen zu  
155 lassen. Machen wir Europa zu einem Kontinent mit klarer Aufgabenteilung!

## 156 **Das demokratische und bundestaatliche Europa als unser** 157 **Ziel**

158 Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass der europäische Einigungs-  
159 prozess fortgesetzt werden muss. Wir wollen in einer auf die Dauer angelegten  
160 demokratisch organisierten Europäischen Union leben, die dezentral und bundes-  
161 staatlich verfasst ist. Dieser Weg ist das erklärte Gegenmodell zum Rückfall Eu-  
162 ropas in nationalstaatliche Kleinstaaterei einerseits oder die Schaffung eines zen-  
163 tralisierten europäischen Superstaats andererseits.

## 164 **Konzentration auf Aufgaben mit europäischem Mehrwert**

165 Wir Freie Demokraten wollen Europa dort stärken, wo die Mitgliedstaaten zu-  
166 sammen mehr erreichen können. Insbesondere in den Bereichen Handel, Binnen-  
167 markt, grenzüberschreitende Infrastruktur, Digitalisierung, Außenpolitik und Vertei-  
168 digung, Sicherheit, Energie und Klima, Schutz der Außengrenzen, Einwanderung  
169 und Asyl muss Europa gemeinsame Regeln schaffen und mit einer Stimme spre-  
170 chen. Europa muss sich aber auch einer Aufgabenkritik stellen. Aufgabenberei-  
171 che ohne europäischen Mehrwert sollen von den Mitgliedstaaten und ihren Re-  
172 gionen wahrgenommen werden.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 6

### 173 **Mehr Integration mit einem Europa der verschiedenen Ge-** 174 **schwindigkeiten**

175 Wir Freie Demokraten wollen mehr Möglichkeiten für unterschiedliche Tiefen  
176 und Geschwindigkeiten bei der Integration nutzen. Denn Mitgliedstaaten, die an  
177 der Weiterentwicklung der Europäischen Union nicht oder nur langsamer teilneh-  
178 men wollen, sollen die anderen nicht aufhalten. So ist es gelungen, die Perso-  
179 nenfreizügigkeit im Schengen-Raum herzustellen und den Euro in mehr als der  
180 Hälfte der Mitgliedstaaten einzuführen. Daher setzen wir uns insbesondere für ei-  
181 ne verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik  
182 und der inneren Sicherheit ein. Dabei soll die Tür offenbleiben. Länder, die heute  
183 integrations skeptisch sind, sollen morgen einem stärker integrierten Bereich bei-  
184 treten können.

### 185 **Klare Kompetenzverteilung**

186 Wir Freie Demokraten halten es für wichtig, dass die Zuständigkeiten der Euro-  
187 päischen Union klar abgegrenzt sind. Dann kann eine Kompetenzverteilung nach  
188 dem Prinzip der Subsidiarität erfolgen. Eine kritische Bestandsaufnahme europäi-  
189 scher Kompetenzen zeigt, dass etwa die Sportpolitik oder der Tourismus rückver-  
190 lagert werden können.

### 191 **Stärkere Subsidiaritätskontrolle**

192 Wir Freie Demokraten wollen auf zwei Ebenen wirksamere Kontrollmechanis-  
193 men, ob für bestimmte Vorhaben ein Vorgehen auf europäischer Ebene geboten  
194 ist.

195 Für eine erfolgreiche Subsidiaritätsrüge im Sinne des Vertrages von Lissabon  
196 müssen sich derzeit innerhalb von acht Wochen europaweit ein Drittel der natio-  
197 nalen Parlamente zusammenschließen. Wir wollen die Frist auf mindestens zwölf  
198 Wochen verlängern. Um die nationalen Parlamente europafähiger zu machen,  
199 sollten sie intern verlässliche Strukturen aufbauen, die ihnen eine effektive Nut-  
200 zung der Subsidiaritäts-Instrumente ermöglicht.

201 Außerdem wollen wir die Klagebefugnis der nationalen Parlamentskammern er-  
202 weitern, damit sie auch direkt beim Europäischen Gerichtshof Klage erheben kön-  
203 nen – derzeit steht dieses Recht nur der Regierung zu, die im Namen des Mit-  
204 gliedstaates klagen kann. Ferner sollen die Parlamente nicht nur die Verletzung  
205 des Subsidiaritätsprinzips, sondern auch das Fehlen einer Rechtsgrundlage rügen  
206 können. In Deutschland sollten sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat  
207 dieses Klagerecht erhalten. Neben den nationalen Parlamenten sollte auch der  
208 auf EU-Ebene angesiedelte Ausschuss der Regionen sich regelmäßig mit dieser  
209 Frage befassen. Er sollte verkleinert werden und als echte Subsidiaritätskammer  
210 nicht nur Stellungnahmen abgeben, sondern auch von seinem Recht Gebrauch  
211 machen, eine Verletzung der Subsidiarität selbst zu rügen. Den parallel dazu be-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 7

212 stehenden Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss wollen wir abschaf-  
213 fen, weil die Interessen der Sozialpartner bereits im Europäischen Parlament an-  
214 gemessen berücksichtigt werden können.

### 215 **Das bürgernahe Europa**

216 Zu oft wird die Europäische Union als bürokratisch und bürgerfern wahrgenom-  
217 men. Die Menschen wollen aber mitreden. Führen wir moderne Formen der Bür-  
218 gerbeteiligung ein und machen wir Europa zu einem Projekt der Bürgerinnen und  
219 Bürger!

### 220 **Englisch als zweite Verwaltungssprache einführen**

221 Wir Freie Demokraten wollen in allen Ämtern in Europa Englisch als zusätzliche  
222 Verwaltungssprache einführen. In einem ersten Schritt kann dies über zentrale  
223 Anlaufstellen gewährleistet werden. Ziel muss es sein, dass Bürgerinnen und  
224 Bürger Englisch als Verkehrssprache nutzen können. Denn alle Europäerinnen  
225 und Europäer sollen in anderen europäischen Ländern einfacher mit staatlichen  
226 Stellen sprechen können. Das ist eine große Erleichterung für Reisen, Arbeit,  
227 Ausbildung und Studium. Deshalb unterstützen wir es, wenn Verwaltungsmitar-  
228 beiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter Englisch lernen.

### 229 **Mehr digitale Beteiligung**

230 Wir Freie Demokraten wollen eine stärkere Verbindung zwischen den Bürgerin-  
231 nen und Bürgern und ihren Mandatsträgern im Parlament. Daher fordern wir die  
232 Einrichtung von mehr digitalen Beteiligungsformen auf der Basis eines elektroni-  
233 schen Personalausweises für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger. Hierzu sind on-  
234 line-Befragungen und Diskussionsforen sowie direkte Kontakte zu Politikerinnen  
235 und Politikern über soziale Medien vielversprechend. In einem späteren Schritt  
236 lassen sich hiermit auch politische Befragungen und Abstimmungen in Ergänzung  
237 der Europawahlen digital durchführen und die Hürden für eine erfolgreiche  
238 EU-Bürgerinitiative abbauen.

### 239 **Mehr Bürgerdialoge und Hausparlamente zu Europa**

240 Wir Freie Demokraten wollen mehr und neue Formate, in denen die Bürgerin-  
241 nen und Bürger über Europa diskutieren können. Jeder sollte die Möglichkeit ha-  
242 ben, nicht nur konkrete Beschwerden oder Anliegen bei den EU-Gremien vorzu-  
243 tragen. Formate wie Bürgerdialoge, Hausparlamente und demokratische Konven-  
244 te sollen von der Europäischen Union gefördert werden, ohne dass inhaltliche  
245 Themen vorgegeben werden. Außerdem wollen wir eine regionale Ausgewogen-  
246 heit herstellen und lokale Organisationen einbeziehen, um pluralistische Veran-  
247 staltungen zu erreichen, in denen der Dialog im Mittelpunkt steht. Freidemokrati-  
248 sche Mandatsträger auf europäischer Ebene verstehen derartige Diskussionsfo-  
249 ren als Bereicherung und Rückbindung ihrer Tätigkeit. In diesem Zusammenhang

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 8

250 wollen wir auch mit pro-europäischen Gruppen und Bürgerbewegungen zusam-  
251 menarbeiten, die solche Dialoge veranstalten.

### 252 **Bürokratieabbau vorantreiben**

253 Wir Freie Demokraten halten es für wichtig, bestehende europäische Gesetze  
254 und Regelungen regelmäßig zu überprüfen. Ein unkompliziertes Europa sollte  
255 überkommene Vorschriften und damit verbundene Bürokratie abschaffen. Das  
256 vermeidet unnötigen Aufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.  
257 Deshalb setzen wir uns auf europäischer Ebene für die Einführung einer „One in,  
258 two out“-Regelung mit Blick auf die daraus entstehende Belastung ein, um die  
259 immer zahlreicher werdende EU-Gesetzgebung bürokratieärmer zu gestalten. Wir  
260 begrüßen, dass die Kommission grundsätzlich eine kritische Folgenabschätzung  
261 für neue EU-Vorhaben durchführt, bemängeln aber, dass dieser wichtige Schritt  
262 aus politischen Gründen manchmal entfällt. Auch während des EU-Gesetzge-  
263 bungsprozesses beschlossene grundlegende Änderungen sollten vom Rat und  
264 Parlament auf ihre Folgen hin geprüft werden.

265 Eine Erleichterung kann es auch durch eine bessere Regelungstechnik geben.  
266 Da sich Vorgaben aus EU-Richtlinien leichter ins nationale Recht einfügen und  
267 den Mitgliedstaaten mehr Spielraum geben, ist diese Rechtsform grundsätzlich  
268 vorzugswürdig. Auch eine Verordnung kann ausnahmsweise der bessere Weg  
269 sein, wenn zum Beispiel die absehbar sehr unterschiedliche Umsetzung einer  
270 Richtlinie im nationalen Recht weiterhin zu Handelshemmnissen und Unsicherhei-  
271 ten für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen führen würde  
272 (zum Beispiel im Verbraucher- oder Datenschutz). Ein weiteres gutes Beispiel für  
273 Bürokratieabbau ist die Anhebung der EU-Schwellenwerte für öffentliche Aus-  
274 schreibungen (statt der niedrigen derzeitigen Schwelle, die Kommunen und Städ-  
275 te dazu zwingen, auch bei kleinen Aufträgen europaweite Ausschreibungen vor-  
276 zunehmen, ohne dass sich Unternehmen aus anderen EU-Ländern dafür bewer-  
277 ben).

### 278 **Effiziente Organe und Europäische Verfassung**

279 Europas Organe sind bei der Erweiterung auf 28 Mitgliedstaaten mitgewachsen  
280 und haben dadurch an Effizienz eingebüßt. Ein Europa, das funktioniert, braucht  
281 aber starke und handlungsfähige Institutionen. Und auf lange Sicht: Eine Verfas-  
282 sung. Lasst es uns angehen!

### 283 **Ein transparentes europäisches Wahlsystem**

284 Wir Freie Demokraten wollen, dass das Europäische Parlament nach einem ein-  
285 heitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidatinnen  
286 und -kandidaten gewählt wird. Wir wollen jeder EU-Bürgerin und jedem EU-Bür-  
287 ger eine Auswahl mit europäischen Listen geben. Die Aufstellung von Spitzen-  
288 kandidatinnen und -kandidaten oder Spitzen-Teams garantiert schließlich und

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 9

289 stellt den politischen Druck her, dass nur solche Personen an die Spitze der  
290 Kommission gelangen können, die bei Wahlen persönlich den größten Rückhalt  
291 errungen haben. Kommissionspräsidentin/-präsident soll jene Kandidatin beziehungsweise jener Kandidat werden, welche oder welcher eine Mehrheit im Parlament auf sich vereinen kann.

### 294 **Europäisches Parlament als Vollparlament mit einem festen** 295 **Tagungsort**

296 Wir Freie Demokraten wollen den „Wanderzirkus“ des Europäischen Parlaments  
297 zwischen Straßburg und Brüssel beenden. Das Europäische Parlament soll einen  
298 festen Tagungsort haben und selbst über seinen Sitz entscheiden können. Das  
299 spart Zeit und Geld im Vergleich zum Parallelbetrieb zwischen zwei Parlaments-  
300 sitzen sowie der Unterbringung eines Teils der Parlamentsverwaltung in Luxemburg.  
301 Außerdem wollen wir das Parlament mit vollem Initiativrecht ausstatten. So  
302 können die Fraktionen und die Abgeordneten selbst Schwerpunkte setzen, die  
303 dem Wählerauftrag stärker entsprechen.

### 304 **Eine schlanke EU-Kommission als europäische Regierung**

305 Wir Freie Demokraten streben ein effizientes Handeln auf europäischer Ebene  
306 an. Die EU-Kommission soll auf höchstens 18 Kommissare verkleinert werden.  
307 Hierbei sollten klare und einfach zurechenbare Ressorts vergeben werden, die  
308 den EU-Zuständigkeiten entsprechen. Damit kann sich die Kommission wirksam  
309 auf die Bereiche mit europäischem Mehrwert konzentrieren. Eine Kommission  
310 mit starken Persönlichkeiten zum Beispiel im Wettbewerbsrecht, im Binnenmarkt  
311 und der Finanzpolitik, bei der Energiepolitik, bei der inneren Sicherheit und der  
312 Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, beim Umwelt- und Verbraucherschutz, bei der  
313 Sozialpolitik und in der Außenhandels- und Entwicklungspolitik stärkt nicht nur  
314 die Effizienz des Kollegiums, sondern auch das Ansehen bei den Bürgerinnen  
315 und Bürgern.

### 316 **Ein transparenter Rat als zweite Kammer**

317 Wir Freie Demokraten wollen, dass alle Sitzungen des Europäischen Rates, des  
318 Ministerrats und aller anderen zwischenstaatlichen EU-Gremien (wie der Euro-Gruppe) live übertragen werden und die Protokolle dieser Sitzungen und Ratsdokumente veröffentlicht werden. Mit mehr Transparenz erreichen wir, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten stärker als zuvor als zweite Kammer innerhalb der Union agieren und den Bürgerinnen und Bürgern verständlicher wird, wie die nationalen Positionen zu EU-Themen begründet werden.

### 324 **Der europäische Konvent als Weg zu einer Europäischen** 325 **Verfassung**

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 10

326 Wir Freie Demokraten wollen unsere Forderungen möglichst rasch umsetzen  
327 und die im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Mechanismen zu Vertragsanpas-  
328 sungen nutzen. So kann zum Beispiel mit einstimmigen Ratsbeschlüssen eine  
329 Vertiefung oder Vereinfachung der Stimmregeln erfolgen. Andererseits ist es  
330 wichtig, grundlegende Reformen zu den Aufgaben oder der Zusammensetzung  
331 der Institutionen mit breiter demokratischer Unterstützung anzustoßen. Daher set-  
332 zen wir uns dafür ein, nach der Wahl einen Europäischen Konvent nach Art. 48  
333 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) bis spätestens 2022 einzuberu-  
334 fen. Dieser soll aus Vertreterinnen und Vertretern der nationalen Parlamente und  
335 Regierungen, des Europäischen Parlaments und der Kommission zusamme-  
336 gesetzt werden. Zugleich fordern wir, dass der Konvent im offenen und umfassen-  
337 den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas mit breiten Beteiligungs-  
338 möglichkeiten selbst Bürgerdialoge und Bürgerbefragungen durchführt und online  
339 Eingaben berücksichtigt bevor er seine Reformvorschläge für eine Europäische  
340 Verfassung der nächsten Regierungskonferenz unterbreitet. Über die neue Euro-  
341 päische Verfassung sollen die europäischen Bürgerinnen und Bürger in einer ge-  
342 meinsamen europäischen Volksabstimmung abstimmen und damit die Grundlage  
343 für die Europäische Union der Zukunft schaffen.

## 344 **Brexit**

345 Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ist bedauerlich und ein  
346 schwerer Schlag für die europäische Gemeinschaft. Für beide Seiten ist aber  
347 auch in Zukunft eine Partnerschaft unverzichtbar. Lassen wir das Band nicht ab-  
348 reißen!

## 349 **Brexit-Verhandlungen konstruktiv führen**

350 *[Aufgrund der aktuellen Entwicklungen zurückgestellt, es folgt ein neuer Textvor-*  
351 *schlag als Änderungsantrag des Bundesvorstands zum Europaparteitag 2019*  
352 *entsprechend der Entwicklung bis dahin.]*

## 353 **Rückkehrperspektive für das Vereinigte Königreich sichern**

354 Wir Freie Demokraten bedauern die Brexit-Entscheidung der britischen Bürge-  
355 rinnen und Bürger, wollen aber pragmatisch mit der Situation umgehen. Als Land  
356 mit großer demokratischer und rechtsstaatlicher Tradition hat es das Recht, seine  
357 Entscheidung jederzeit zu revidieren. Deswegen werden wir dem Vereinigten Kö-  
358 nigreich bis zuletzt die Möglichkeit offenhalten, den Brexit doch nicht zu vollzie-  
359 hen beziehungsweise uns gegebenenfalls bemühen, die Beziehungen auch nach  
360 dem Ausscheiden aus der Europäischen Union auf eine vertrauensvolle und en-  
361 ge Basis zu stellen. Zugleich arbeiten wir eng mit den pro-europäischen Kräften  
362 auf der Insel zusammen, damit der Austrittsvertrag die Rückkehrperspektive an-  
363 gemessen widerspiegelt.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 11

364 Wir Freie Demokraten treten dafür ein, dass das Vereinigte Königreich im Falle  
365 des Wunsches auf Wiedereintritt ein schnelles Verfahren zum Beitritt nach Art.  
366 49 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) durchlaufen kann.

### 367 **Enge Zusammenarbeit nach dem Brexit in Sicherheitsfragen**

368 Wir Freie Demokraten wollen sicherstellen, dass auch nach dem Brexit die justizi-  
369 zielle Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich weitergeführt wird. Wir  
370 wollen die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mit dem Vereinigten Königreich  
371 auch nach einem Ausscheiden aus der Europäischen Union (EU) weiterführen.  
372 Dazu soll die EU für die Mitgliedstaaten mit dem Vereinigten Königreich ein Si-  
373 cherheitspaket verhandeln, das eine Kooperation und Integration in die europäi-  
374 sche Sicherheitsarchitektur auf Basis des europäischen Datenschutzniveaus re-  
375 gelt. Dabei muss die Geltung europäischer Grundrechte und ihre Kontrolle durch  
376 den Europäischen Gerichtshof sichergestellt werden. Insbesondere im Hinblick  
377 auf die umfangreichen Befugnisse der dortigen Sicherheitsbehörden und Nach-  
378 richtendienste und deren Einbindung in den Informationsverbund der „Five Eyes“.

### 379 **Kooperation in Forschung und Bildung auch nach dem Brexit**

380 Wir Freie Demokraten wollen, dass der Brexit keine Strafe für Studierende und  
381 den wissenschaftlichen Fortschritt wird. Denn auch die nächste Generation im  
382 Vereinigten Königreich soll Anschluss an das europäische Friedens- und Koope-  
383 rationsprojekt behalten. Als Herzstück europäischer Bildung und Verständigung  
384 würden wir eine Entscheidung des Vereinigten Königreichs begrüßen, auch in  
385 Zukunft ein Partnerland in Erasmus+-Programmen zu sein, damit Bildungsfreizü-  
386 gigkeit und Horizonterweiterung möglich bleiben. Dies setzt naturgemäß eine ent-  
387 sprechende finanzielle Beteiligung des Vereinigten Königreichs an diesen Pro-  
388 grammen voraus. Wir fordern unsere britischen Partner auf, dafür zu sorgen,  
389 dass europäische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch nach einem  
390 Brexit weiterhin Gast und Teil der exzellenten britischen Forschungslandschaft  
391 bleiben und ihre Forschung weiter betreiben dürfen. Umgekehrt wollen wir auch  
392 britischen Forscherinnen und Forschern den Verbleib in europäischen Vorhaben  
393 ermöglichen.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 12

## 394 **Ein Europa der Bildung und Kultur**

395 Europa soll ein Kontinent der besten Bildungschancen sein, gerade für junge  
396 Menschen. Denn sie ermöglichen sozialen Aufstieg und ein selbstbestimmtes Le-  
397 ben. Wer in Europa Chancen wahrnehmen können soll, der muss diese Chan-  
398 cen so früh wie möglich kennen lernen können. Wir wollen den Menschen in Eu-  
399 ropa durch Bildung von vornherein Chancen eröffnen, statt im Nachhinein umzu-  
400 verteilen.

401 Exzellente Bildung und Forschung in Europa sind auch unverzichtbar, wenn Eu-  
402 ropa in der sich rasend schnell verändernden Welt weiter wirtschaftlich in der  
403 Spitze mitspielen will. Wir brauchen deshalb noch viel mehr Vernetzung und eine  
404 Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit: Alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger  
405 sollen Bildungsangebote in jedem EU-Land annehmen können.

406 Eine bessere Mobilität innerhalb der EU-Länder bei Bildung und Forschung bie-  
407 tet ebenso wie ein stärkerer kultureller Austausch, auch die große Chance, Euro-  
408 pa auf vielfältige Weise zu erleben.

409 Nutzen wir die Chancen Europas durch beste Bildung und vielfältige Austausch-  
410 möglichkeiten! Füllen wir die europäische Idee wieder mit Leben! Ermöglichen  
411 wir es den Menschen, im europäischen Bewusstsein groß zu werden und schaf-  
412 fen wir die Voraussetzungen, um Europa gemeinsam größer zu machen!

## 413 **Europa von klein auf erlebbar machen**

414 Ein europäisches Bewusstsein entwickelt man am besten durch Begegnungen  
415 mit Menschen aus anderen europäischen Ländern. Noch besser, wenn man zu-  
416 gleich ihrer Sprache spricht. Wir finden, dass man damit nicht früh genug anfan-  
417 gen kann. Fördern wir Mehrsprachigkeit in den Schulen und machen wir so Euro-  
418 pa schon für unsere Kleinen ganz groß!

## 419 **Mehrsprachigkeit und Englisch für alle fördern**

420 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Förderung des Sprachenunterrichts  
421 und der Sprachkenntnisse von der Kita bis ins hohe Alter in der gesamten Euro-  
422 päischen Union ein. Denn einander zu verstehen, ist Grundbedingung europäi-  
423 scher Öffentlichkeit und Politik. Mehrsprachigkeit gehört zu Europa, erlaubt uns  
424 den Zugang zu anderen Kulturen und macht uns zu Europäerinnen und Europä-  
425 ern. Aber eine gemeinsame Sprache erleichtert das Leben für alle. Egal, ob bei  
426 Reisen ins Ausland, in der Ausbildung, beim Studium und bei der Arbeit oder in  
427 der Begegnung mit Menschen aus anderen Ländern. Wir wollen daher, dass je-  
428 der Mensch in Europa mindestens zwei Fremdsprachen sprechen kann. In jedem  
429 europäischen Land sollen Schülerinnen und Schüler die Fremdsprache ihrer eu-  
430 ropäischen Nachbarländer lernen können, in Deutschland also beispielsweise Dä-  
431 nisch, Französisch, Luxemburgisch, Niederländisch, Polnisch und Tschechisch.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 13

432 Besonders fördern wollen wir Englisch als faktische „Lingua Franca“, da über die  
433 Hälfte der Europäerinnen und Europäer bereits Englisch als Zweitsprache spricht.  
434 Gleichzeitig wollen wir aber sicherstellen, dass bezüglich der Sprachenfolge  
435 Wahlfreiheit besteht.

### 436 **Gemeinsame europäische Bildungsinhalte: Für ein gemeinsa-** 437 **mes europäisches Geschichtsbuch**

438 Wir Freie Demokraten fordern, dass die gemeinsamen europäischen Werte, die  
439 europäische Kultur und Geschichte einen wesentlichen Bestandteil im Bildungs-  
440 kanon aller Bildungsformen bilden sollen. Das Europa, wie wir es heute kennen,  
441 ist das Ergebnis von mehr als 2.000 Jahren Interaktion auf gesellschaftlicher,  
442 kultureller und politischer Ebene. Dieses vielfältige und zugleich gemeinsame eu-  
443 ropäische Erbe in all seinen Facetten sollte allen Europäerinnen und Europäern  
444 bewusst sein. Ein gemeinsames europäisches Geschichtsbuch unter Berücksich-  
445 tigung der kulturellen und historischen Besonderheiten und Gemeinsamkeiten der  
446 Mitgliedsländer unterstützen wir.

### 447 **Europäisches Jugendwerk**

448 Wir Freie Demokraten wollen das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in  
449 einem gemeinsamen europäischen Bewusstsein stärken und fördern. Wir werden  
450 daher die guten Erfahrungen des Deutsch-Französischen Jugendwerks auf die  
451 europäische Ebene übertragen und ein europäisches Jugendwerk einrichten. Die-  
452 ses soll den bi- und multilateralen Austausch von Kindern und Jugendlichen in  
453 der Europäischen Union fördern und unterstützen.

### 454 **Free Interrail**

455 Wir Freie Demokraten fordern bis zu einer bestimmten Altersgrenze Free Inter-  
456 rail. Denn Reisen ist das beste Mittel gegen Vorurteile. Alle jungen Menschen  
457 sollen Europa im wahrsten Sinne des Wortes „erfahren“ können. Viele junge  
458 Menschen, die sonst nicht die Chance dazu hätten, sollen erleben können, was  
459 Europa ist.

### 460 **Europäischen Freiwilligendienst (EFD) ausbauen**

461 Wir Freie Demokraten wollen den Europäischen Freiwilligendienst (EFD) aus-  
462 bauen. Dafür sollen finanzielle Anreize geschaffen werden, die über das bisherige  
463 „kleine Taschengeld“ hinausgehen.

### 464 **Für ein Europa des grenzüberschreitenden gesellschaftlichen** 465 **Engagements**

466 Wir Freie Demokraten wollen einen EU-Binnenmarkt für gemeinnützige Organi-  
467 sationen. Diese Organisationen schaffen in Europa Raum für zivilgesellschaftli-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 14

468 ches Wirken und stärken das politische Engagement der EU-Bürgerinnen und  
469 EU-Bürger. Rund 146.000 Stiftungen und eine noch größere Zahl von Vereinen  
470 und Förderer sind in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Wissenschaft  
471 und Kultur aktiv und setzen eine Reihe von Projekten und Aktivitäten für das Ge-  
472 meinwohl um. Doch EU-grenzüberschreitend ist die Anerkennung des Gemein-  
473 nützigkeitsstatus, von Spendenquittungen und Kooperationen noch immer proble-  
474 matisch. Wir wollen daher einen europäischen Binnenmarkt schaffen, der die  
475 noch bestehenden Hürden für grenzüberschreitende Förderungen und Koopera-  
476 tionen abbaut.

### 477 **Für mehr Zusammenarbeit beim Sport**

478 Wir Freie Demokraten wollen die separate Zuständigkeit der Europäischen Uni-  
479 on für Sportangelegenheiten auf die Ebene der Mitgliedstaaten zurückverlagern,  
480 aber dort mehr Zusammenarbeit beim Sport anstreben.

481 Mit „Erasmus+“ wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und  
482 –verbänden, Behörden und anderen Interessenträgern festigen. Dabei wollen wir  
483 die Autonomie des Sports achten und das Ehrenamt von bürokratischen Aufla-  
484 gen entlasten.

485 Die „Europäische Woche des Sports“ gehört in den Pflichtkatalog regelmäßiger  
486 Veranstaltungen in den Mitgliedstaaten. Die sportartenübergreifenden European  
487 Championships sind weiterzuführen.

488 Wir wollen Europa zu einem internationalen Vorbild gemeinsamen Handelns ge-  
489 gen Doping und Manipulationen im Sport machen.

490 Wir wollen zudem die duale Karriere von jungen Athletinnen und Athleten in  
491 Europa bei Training und Ausbildung fördern.

### 492 **Mehr europäische Bildungsangebote, auch in Schule** 493 **und Berufsausbildung**

494 Wir brauchen mehr europäische Bildungsangebote und weniger nationale Hür-  
495 den, gerade auch in Schule und Berufsausbildung. Ein Umzug in einen anderes  
496 EU-Land in der Schulzeit oder fehlende Ausbildungsplätze im Heimatland dürfen  
497 nicht länger das eigene Vorankommen bremsen. Führen wir die Bildungsfreizü-  
498 gigkeit ein und schaffen wir digitale Bildungsplattformen, zu der jede und jeder  
499 in der Europäischen Union Zugang hat.

### 500 **Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit**

501 Wir Freie Demokraten wollen, dass junge Menschen Ausbildungschancen in je-  
502 dem EU-Land ihrer Wahl haben. Die Bologna-Reform hat bereits den Studieren-  
503 den ermöglicht, ihr Studium an Hochschulen in verschiedenen Ländern zu absol-  
504 vieren. Die Chance, die Ausbildung in anderen Ländern der Europäischen Union

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 15

505 (EU) zu absolvieren, soll auf die berufliche Ausbildung ausgeweitet werden. Zu-  
506 dem sollen alle Schülerinnen und Schüler in der EU – unabhängig von den fi-  
507 nanziellen Verhältnissen – die Möglichkeit bekommen, mindestens sechs Monate  
508 ihrer Schulzeit in einem anderen Mitgliedstaat zu verbringen. Dazu soll die ge-  
509 genseitige Anerkennung von Zeugnissen und auch unterjährigen Ausbildungs-  
510 leistungen erleichtert werden. Auch deshalb wollen wir Bildungsfreizügigkeit als  
511 neue Grundfreiheit einführen.

### 512 **Schülerinnen und Schüler sollen einfach umziehen können**

513 Wir Freie Demokraten wollen, dass Kinder beim Umzug in einen anderen  
514 EU-Mitgliedstaat problemlos Anschluss in der Schule haben können. Der Umzug  
515 in ein anderes Land mit den Eltern ist für Kinder oft ein Bruch in der Bildung.  
516 Wir wollen klare Regeln, wie Schulnoten und Schulklasse zwischen den ver-  
517 schiedenen Mitgliedstaaten fair umgerechnet werden können. Abschlüsse an der  
518 Sekundarschule des einen Landes sollen in anderen Ländern anerkannt werden.

### 519 **Jugendarbeitslosigkeit durch einen europäischen Berufsaus- 520 bildungsmarkt bekämpfen**

521 Wir Freie Demokraten wollen, dass junge Menschen zukunftsfähige Qualifikatio-  
522 nen erwerben und danach schnell ihre erste Arbeit finden können. Denn Jugend-  
523 arbeitslosigkeit aufgrund mangelnder Arbeitsplätze hindert Menschen am Eintritt  
524 in die Berufswelt und das selbstständige Leben. Europa soll aber ein Kontinent  
525 der besten Chancen gerade für junge Menschen sein. In Zeiten, in denen sich  
526 in Europa der Fachkräftemangel einerseits und eine hohe Jugendarbeitslosigkeit  
527 andererseits gegenüberstehen, muss Europa funktionierende Austauschmöglich-  
528 keiten schaffen, die jungen Menschen und Arbeitgebern offenstehen. Wir wollen  
529 deshalb einen gemeinsamen Berufsausbildungsmarkt etablieren. Ein erster  
530 Schritt dazu ist, dass nationale Arbeitsagenturen miteinander statt isoliert arbei-  
531 ten, besonders im Bereich des Berufseinstiegs. Dabei sollen auch die Industrie-  
532 und Handelskammern sowie die Handwerkskammern eingebunden werden.  
533 Ebenso wollen wir eine duale Berufsausbildung etablieren. Für Schul-, Ausbil-  
534 dungs- und Hochschulabsolventen soll der Zugang in die Ausbildungs- und Ar-  
535 beitsmärkte anderer Mitgliedstaaten so leicht wie möglich werden. Wir glauben,  
536 dass eine gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Ausbildungen,  
537 Praktika und Traineezeiten einen relevanten Beitrag zur Bekämpfung der Ju-  
538 gendarbeitslosigkeit insbesondere in süd-osteuropäischen Ländern leisten wird,  
539 da dies die tatsächliche Möglichkeit erhöht, eine Arbeitsstelle in anderen EU-Län-  
540 dern annehmen zu können. Dazu muss die gegenseitige Anerkennung erheblich  
541 vereinfacht und beschleunigt sowie die Harmonisierung der Startzeitpunkte von  
542 Ausbildungen oder den Zeiträumen der Abschlussprüfungen verbessert werden.

543 Mittelfristig wollen wir ein Europäische Ausbildungsagentur (EAA) gründen, wel-  
544 che freie Ausbildungsplätze in anderen EU-Mitgliedstaaten vermittelt. Junge  
545 Menschen, die auf Vermittlung der EAA im Ausland einen Ausbildungsplatzange-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 16

546 bot erhalten haben, diesen aber aufgrund von Sprachbarrieren nicht annehmen  
547 können, sollen von ihr außerdem Sprachprogramme vermittelt bekommen.

### 548 **Erasmus-Programme in der beruflichen Bildung ausweiten**

549 Wir Freie Demokraten setzen uns für die Ausweitung des Erasmus+-Programms  
550 auf allen Ebenen von Bildung und Ausbildung ein. Der Ausbau der Mittel für  
551 Erasmus+ soll noch mehr jungen Menschen einen Studien- oder Praktikumsauf-  
552 enthalt im europäischen Ausland ermöglichen.

553 Jedem jungen Menschen muss es möglich sein, einen Teil oder seine ganze  
554 Ausbildung in einem anderen Land der Europäischen Union zu absolvieren. Aus-  
555 tauschprogramme in Bildung, Sprache, Sport oder Kultur sind wertvolle Investitio-  
556 nen, nicht nur in Aus-, Bildungs- und Weiterbildungschancen, sondern auch in ei-  
557 ne Europäische Bürgerschaft. Die hohen Zugangshürden der entsprechenden  
558 Förderprogramme müssen dringend gesenkt werden. Wer an diesen Förderpro-  
559 grammen teilnimmt, soll an den Bildungsinstitutionen jedes EU-Landes jederzeit  
560 willkommen sein. Um die Teilnahme von Auszubildenden und Berufsschülerinnen  
561 und -schülern an europäischen Austauschprogrammen zu vereinfachen, soll die  
562 Nationale Agentur Bildung für Europa des Bundesinstituts für Berufsbildung  
563 (BiBB) analog zum Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) zu einer  
564 leistungsstarken Austauschagentur für die berufliche Bildung ausgebaut werden.

### 565 **Europäische Bildung muss die Chancen digitaler Bildung** 566 **nutzen**

567 Wir Freie Demokraten wollen, dass niemand in der digitalen Entwicklung abge-  
568 hängt wird. Deshalb unterstützen wir die Einrichtung von digitalen Bildungsplatt-  
569 formen, zu der alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem formellen Bil-  
570 dungsgrad, Zugang bekommen sollen. Die Digitalisierung ist eine historische  
571 Chance, Wissen und Bildung weit über Klassenräume und Lehrsäle hinaus zu-  
572 gänglich zu machen. Nach dem Vorbild der „Open University“ sollten digitale Bil-  
573 dungsplattformen in allen Sprachen der Europäischen Union ihre Bildungsinhalte  
574 in Form von „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) über das Netz zur Verfü-  
575 gung stellen. Ziel der europäischen Förderung von Bildungsplattformen muss  
576 sein, ihren Nutzern europabezogene Inhalte zu vermitteln. Festzulegen, welche  
577 Inhalte dies sind, ist aber nicht Aufgabe der Politik und staatlicher Bürokratie.  
578 Vielmehr sollen diese durch Kooperation von akademischer Lehre und Wirtschaft  
579 festgelegt und generiert werden. Ein standardisiertes Bewertungs- und Zertifizie-  
580 rungssystem soll die Anerkennung dieser Bildung durch Arbeitgeber ermöglichen.  
581 Des Weiteren sollen sich qualifizierte, online erarbeitete Kurse an einen universi-  
582 tären Bildungsabschluss anrechnen lassen. Wir setzen uns, insbesondere auch  
583 für die Weiterbildung, für eine europäische Online-Akademie ein. Hier sollen Eu-  
584 ropäerinnen und Europäer jeden Alters kostenlos die notwendigen Kenntnisse  
585 und Fähigkeiten online erwerben können, um sich fit für die digitale Arbeitswelt  
586 zu machen und Kommunikation und Teilhabe bis ins hohe Alter zu ermöglichen.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 17

## 587 **Studieren und Forschen europäischer gestalten**

588 Spitzenreiter in Forschung und Innovation kann Europa nur sein, wenn wir un-  
589 sere Kräfte bündeln. Vernetzen wir daher unsere Hochschulen und Forschungs-  
590 zentren noch viel mehr, fördern wir den wissenschaftlichen Nachwuchs und er-  
591 höhen wir die europaweite Mobilität von Studierenden. Sorgen wir für eine neue  
592 europäische Dynamik in Wissenschaft und Forschung!

## 593 **Europa heißt, exzellente Bildung und Forschung zu fördern**

594 Wir Freie Demokraten glauben, dass der Schwerpunkt europäischer Investitions-  
595 offensiven in den nächsten Jahren im Bereich der Bildung und Forschung liegen  
596 muss. Exzellente Bildung und freie Forschung sind die Voraussetzungen für In-  
597 novation und Wohlstand und somit die Garanten einer besseren Zukunft für Eu-  
598 ropa. Treibende Kraft der Innovation ist die offene Grundlagenforschung, zu de-  
599 ren praktischer Umsetzung die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Hochschu-  
600 len mit der Wirtschaft erforderlich ist. Beides wollen wir voranbringen.

601 Ebenso wollen wir Nachwuchstalente fördern, indem wir die Stipendienkultur auf  
602 europäischer Ebene ausbauen, zum Beispiel durch die Vergabe von Forschungs-  
603 stipendien aus Mitteln der Europäischen Union. Dazu gehört auch ein Programm  
604 für ein Europastipendium (ähnlich dem Deutschlandstipendium), das an Studie-  
605 rende vergeben wird, die nach ihrem Schulabschluss zum Studium in ein ande-  
606 res Land wechseln.

## 607 **Europäisch Studieren, Forschen und Lehren – auch an neu- 608 en Europa-Hochschulen**

609 Wir Freie Demokraten wollen Studieren, Forschen und Lehren europäischer ge-  
610 stalten. Seit Jahrhunderten sind die Universitäten Europas Orte der internationa-  
611 len Begegnung und der vereinten Suche nach universalen Wahrheiten. Dafür soll  
612 die Europäische Union den Ausbau grenzüberschreitender Hochschulnetzwerke  
613 vorantreiben. Die Partneruniversitäten sollen internationale Studiengänge anbie-  
614 ten, multinationale Forschungsvorhaben durch zwischen ihnen abgestimmte For-  
615 schungszulagen erleichtern und Studierende, Forschende und Lehrende aller  
616 akademischen Fachbereiche mehrsprachig auf ein Leben und Wirken in Europa  
617 vorbereiten. Neben diesem Bottom-up-Ansatz streben wir auch punktuell die  
618 Gründung neuer Hochschulen in Trägerschaft der Europäischen Union an. Digita-  
619 le Lehr- und Lernangebote sollen dabei im Fokus stehen, um Bildung standortun-  
620 abhängig für Menschen aller Altersgruppen in ganz Europa zugänglich machen.  
621 Über „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) und weitere innovative Formate  
622 soll eine European Digital University (EDU) das Fernstudium für alle Studieren-  
623 den ermöglichen.

## 624 **Studieren in Europa vereinfachen**

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 18

625 Wir Freie Demokraten wollen die Vielfalt europäischer Hochschulen einfach zu-  
626 gänglich machen. Die Harmonisierung der akademischen Bildung und die Aner-  
627 kennung von Hochschulabschlüssen durch den Bologna-Prozess ist schon weit  
628 vorangeschritten. Um die Mobilität von Studierenden und Lehrenden an allen  
629 Hochschulen in Europa weiter zu stärken, wollen wir eine neue Dynamik für Bo-  
630 logna. Daher setzen wir uns für europaweit angegliche Semesterzeiten und ei-  
631 ne umfangreichere gegenseitige Anerkennung von Studienmodulen und -ab-  
632 schlüssen ein, damit ein Auslandssemester die Studienzeit junger Menschen  
633 nicht zwangsläufig verlängert. Für uns Freie Demokraten ist dabei wichtig, dass  
634 eine hohe Qualität der Module und Abschlüsse erreicht wird und die Freiheit der  
635 Studierenden zur eigenverantwortlichen Strukturierung Ihrer Studienzeit gewahrt  
636 bleibt.

637 In den Bereichen der schulischen, beruflichen und Erwachsenenbildung dage-  
638 gen ist der Weg zu einer effektiven Anerkennung der Bildungsleistung der oder  
639 des Einzelnen noch weit. Wir wollen den grenzüberschreitenden Wechsel von  
640 Hochschulen erleichtern. Dazu bedarf es auch einer Anpassung der Endzeiten  
641 der schulischen Ausbildung und dem Startzeitpunkt der beruflichen oder akade-  
642 mischen Ausbildung, um lange Wartezeiten zu vermeiden.

### 643 **Europäisches Bewerbungsportal**

644 Wir Freie Demokraten wollen das Studieren in ganz Europa erleichtern, indem  
645 wir ein europäisches Online-Bewerbungsportal einrichten. Hierüber soll man sich  
646 über die vielfältigen Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten in ganz Europa infor-  
647 mieren und zudem zentral bei allen teilnehmenden Hochschulen bewerben kön-  
648 nen. Denn viele Schulabgänger haben heute Schwierigkeiten, einen zu ihnen  
649 passenden Studiengang zu finden. Oftmals haben sie nicht einmal einen Ein-  
650 druck davon, welche Vielzahl an Angeboten es überhaupt europaweit gibt – ge-  
651 schweige denn, welche Hochschulen beziehungsweise Ausbildungszentren ihren  
652 Studien- oder Ausbildungsgang überhaupt anbieten.

### 653 **Exzellente Forschung durch europäische Zusammenarbeit**

654 Wir Freie Demokraten wollen die existierenden exzellenten Forschungszentren  
655 in der Europäischen Union (EU) stärker vernetzen. Denn wissenschaftliche Er-  
656 kenntnisse haben keine Staatsbürgerschaft, sondern fördern den Fortschritt über-  
657 all in unserer Gesellschaft und der Welt, wenn wir sie teilen. Im Haushalt der EU  
658 soll Forschung künftig ein stärkerer Förderungsschwerpunkt sein. Wir setzen uns  
659 für die Freiheit der Forschung ein und fordern dementsprechend, dass bei der  
660 EU-Forschungsförderung nicht politische Interessen die Schwerpunkte vorgeben.  
661 Außerdem soll die EU bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit der For-  
662 schungszentren verstärkt unterstützen.

### 663 **Für ein Europa des Austausches von Wissenschaftlern**

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 19

664 Wir Freie Demokraten wollen ein Europa des wissenschaftlichen Austausches  
665 schaffen. Im zunehmenden internationalen Wettbewerb können die Mitgliedstaa-  
666 ten der Europäischen Union nur gemeinsam Spitzenreiter in Forschung und Inno-  
667 vation sein. Der Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern un-  
668 tereinander sowie mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Universitäten  
669 müssen erleichtert werden. Die digitale Revolution schafft auch in der Wissen-  
670 schaft neue Möglichkeiten. Auf Basis des europäischen Forschungs-Rahmen-Pro-  
671 gramms „Horizont Europa“ muss ein digitaler Austausch unter Wissenschaftlerin-  
672 nen und Wissenschaftlern jeder Zeit gewährleistet werden. Hierzu gehört die de-  
673 zentrale Bereitstellung von Materialien für Open-Source-Datenbanken und die di-  
674 gitale Durchführbarkeit von PhD- oder anderen Forschungsprojekten. In diesem  
675 digitalen europäischen Netzwerk für Wissenschaft und Forschung muss der  
676 Schutz des geistigen Eigentums gewahrt bleiben.

### 677 **Kultur und Medien als Brücken stärken**

678 Ein vielfältiges Kulturerbe zeichnet Europa aus. Nationale und regionale, kultu-  
679 relle Traditionen haben sich über Jahrhunderte gegenseitig beeinflusst. Der kultu-  
680 relle Austausch verbindet Menschen und fördert das Miteinander. Machen wir un-  
681 ser buntes Kulturleben allen Menschen in Europa zugänglich – auch über eine  
682 europäische Medienöffentlichkeit!

### 683 **Kulturaustausch zwischen den Mitgliedsländern stärken**

684 Wir Freie Demokraten fordern in der Kulturpolitik der Europäischen Union (EU)  
685 ein stärkeres Engagement im internationalen Kulturaustausch. Kunst und Kultur  
686 sind für Europa identitätsstiftend. Sie schaffen Brücken zwischen den Menschen  
687 verschiedener Länder. Intakte Kulturbeziehungen sind dementsprechend wesent-  
688 licher Teil des bilateralen Beziehungsgeflechts zwischen den Mitgliedstaaten der  
689 EU. Gerade in Zeiten neuer gemeinsamer politischer und wirtschaftlicher Heraus-  
690 forderungen ist und bleibt der Kulturaustausch das Sprachrohr zur Verständi-  
691 gung. Dies ist insbesondere bei einem Nachfolgeprogramm zu „Kreatives Euro-  
692 pa“ zu berücksichtigen, das den innereuropäischen Austausch von Künstlerinnen  
693 und Künstlern sowie Kulturgütern in den Mittelpunkt stellen sollte. Hierbei soll Bü-  
694 rokratie abgebaut werden, indem die Antragsformalitäten vereinfacht und Doppel-  
695 förderungen abgebaut werden.

### 696 **Einrichtung einer Kulturabteilung für den Europäischen Aus-** 697 **wärtigen Dienst**

698 Wir Freie Demokraten sprechen uns für die Einrichtung einer Kulturabteilung für  
699 den Europäischen Auswärtigen Dienst aus. Dafür müssen zügig die notwendigen  
700 Grundlagen geschaffen werden. Nicht zuletzt die aktuellen internationalen Ent-  
701 wicklungen zeigen, dass ein gemeinsames und geschlossenes Auftreten der Eu-  
702 ropäischen Union (EU) gegenüber Drittstaaten erforderlich ist; dies gilt auch für  
703 die Kulturpolitik. Die Entwicklung einer eigenständigen Auswärtigen Kulturpolitik

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 20

704 der EU auch gegenüber Drittstaaten sollte zügig vorangetrieben werden. Die  
705 Schaffung einer Kulturabteilung für den Europäischen Auswärtigen Dienst ist da-  
706 zu ein sinnvoller erster Schritt. Es bedarf neuer Formen der Kooperation zwi-  
707 schen Mitgliedstaaten, nationalen Kultureinrichtungen und öffentlichen und priva-  
708 ten Akteuren, die durch die Kulturabteilung gefördert werden. Eine solche Kultur-  
709 abteilung kann außerdem etwa herausragende Kulturprojekte und Kulturgüter des  
710 Europas der Regionen besser in aller Welt zeigen und verbreiten. Wir setzen  
711 uns zudem dafür ein, dass der Europäische Auswärtige Dienst die Möglichkeiten  
712 der Kulturdiplomatie nutzt, um die Kommunikation mit Ländern aufrecht zu hal-  
713 ten, bei denen die klassische Diplomatie aus politischen Gründen versagt.

### 714 **Gründung eines „National Trust Europe“ zum Erhalt Europäi-** 715 **scher Kulturgüter**

716 Wir Freie Demokraten fordern die Einführung eines europaweiten Kulturfonds  
717 nach dem Vorbild des „National Trust“ in Großbritannien zum Schutz des euro-  
718 päischen Kulturerbes. Dieser Fonds soll als Dachorganisation die Gründung und  
719 Weiterentwicklung von sich für den Denkmalschutz engagierenden Organisatio-  
720 nen fördern und diese europaweit miteinander vernetzen. Die Gewinnung von  
721 privaten und institutionellen Mitgliedern soll dabei in ganz Europa mit besonde-  
722 rem Nachdruck verfolgt werden. Langfristiges Ziel soll es sein, mit dem „National  
723 Trust“ eine sich zu großen Teilen über Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus Eintrit-  
724 ten und gewerblichen Betrieb selbst finanzierende Institution zu schaffen. Eine  
725 gesamteuropäische Dachorganisation stärkt die gesamteuropäische Identität und  
726 erhöht die Wertschätzung für unser gemeinsames kulturelles Erbe.

### 727 **Kulturgutschutzgesetz: Austausch der Kulturgüter vereinfach-** 728 **en**

729 Wir Freie Demokraten unterstützen einen internationalen, europäischen Kultur-  
730 gutaustausch zur Wahrung von Vielfalt und Offenheit in einer durch Kultur ge-  
731 prägten Gesellschaft. Mit dem neuen Kulturgutschutzgesetz in Deutschland sind  
732 teilweise unerfüllbare Anforderungen eingeführt worden, welche die Einfuhr und  
733 die Ausfuhr von Kulturgütern unverhältnismäßig erschweren. Wir fordern für die  
734 neue EU-Verordnung zur Einfuhr von Kulturgütern ein ausgewogenes Regelwerk,  
735 welches der Freiheit der Kunst und dem Kulturgüter- und Denkmalschutz glei-  
736 chermaßen gerecht wird und die Bedeutung des Kunsthandels für die Internatio-  
737 nalität der Kultur- und Museumslandschaft anerkennt.

738 Die Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung und illegalem Kunsthandel halten  
739 wir für eine wichtige Aufgabe auch im europäischen Kontext. Zur Wahrung des  
740 Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gilt es jedoch zugleich zu verhindern, dass  
741 dem überwiegenden Teil von redlichen Händlern von Kulturgütern durch die  
742 EU-Verordnung unangemessene Belastungen und Verwaltungsaufwendungen  
743 auferlegt werden.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 21

744 **Europäische Medienöffentlichkeit schaffen – ARTE gezielt**  
745 **stärken**

746 Wir Freie Demokraten streben mehr Medien-Öffentlichkeit für Europa an. Damit  
747 europäische Themen nicht durch die nationale Brille sortiert und gefiltert werden,  
748 bedarf es verstärkt europäisch aufgestellter Medien. Daher gilt es, bestehende  
749 Programme wie den deutsch-französischen Sender ARTE finanziell und program-  
750 matisch auszubauen. Gerade auch mit Blick auf die jüngeren Europäerinnen und  
751 Europäer. Ziel sollte eine Erweiterung von ARTE auf mehr Sendesprachen inklu-  
752 sive einer starken Nachrichtenkomponente sein. Auch sollten die öffentlich-recht-  
753 lichen Sender der Mitgliedstaaten ihren Rundfunkauftrag dadurch erfüllen, dass  
754 verstärkt über europäische Themen berichtet und europäischen Politikern mehr  
755 Aufmerksamkeit gewidmet wird. Grundlage hierfür sind ständige Korrespondenten  
756 vor Ort in Brüssel und Straßburg.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 22

## 757 **Ein Europa der Innovation**

758 Europa muss der führende Kontinent der Innovationen werden. Denn Innovation  
759 ist die Voraussetzung für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt.

760 Wir dürfen der digitalen Transformation nicht mehr nur von den Seitenlinien aus  
761 zusehen. Alles wird globaler, individualisierter, vernetzter. Für die Zukunft braucht  
762 Europa jetzt die richtigen Ideen, um weltweit eine Spitzenposition einzunehmen.  
763 Dies setzt die bestmögliche kommunikative Infrastruktur nicht nur in Ballungszent-  
764 ren, sondern auch in ländlichen Räumen voraus. Die unterschiedlichen Kulturen,  
765 Traditionen und Sprachen bieten sodann viel Potential für neue Lösungen und  
766 Wohlstand in allen Regionen.

767 Nutzen wir die Chancen Europas durch die Vielfalt und die Ideen von 512 Millio-  
768 nen Menschen! Schaffen wir ein Europa der Innovation!

## 769 **Zukunft durch Innovation gestalten**

770 Europa darf in der Welt den Anschluss nicht verlieren. Gute Ideen und Chancen  
771 durch neue Technologien müssen Realität werden. Für ein Europa der Innovation  
772 müssen wir mutig sein und Weichen jetzt richtig stellen.

## 773 **Digitale Infrastruktur / Datenautobahn**

774 Wir Freie Demokraten wollen Gigabit-Infrastrukturen in der Fläche für Europa.  
775 Die digitale Infrastruktur betrifft mit dem Internet der Dinge unseren Alltag, mit  
776 E-Health unsere Gesundheit, mit Smart Home unsere Gebäude, mit autonom  
777 fahrenden Autos unsere Mobilität und gewährleistet Bildungschancen durch digi-  
778 tale Bildungsplattformen (MOOCs) und vieles mehr. Ein ambitionierterer Breit-  
779 bandausbau ist daher Grundvoraussetzung für Innovation und Teilhabe an der  
780 Digitalisierung. Wir können es uns nicht leisten, auch auf der Datenautobahn im  
781 Stau zu stehen, sondern brauchen hochleistungsfähiges Internet für den Down-  
782 und Upload. Glasfaser bis zur Haustür muss in der Europäischen Union (EU)  
783 Standard werden. Vectoring von Kupfer-Telefonleitungen darf nicht zu Re-Mono-  
784 polisierungen führen. Deswegen wollen wir die europäische Glasfaserinfrastruktur  
785 und den Ausbau der 5G-Funktechnologie in der Fläche mit Hilfe der Connecting  
786 Europe Facility vorantreiben. Dazu soll der EU-Haushalt Sofortmaßnahmen der  
787 Mitgliedstaaten fördern, wie zum Beispiel die digitale Vernetzung von Gewerbe-  
788 gebieten untereinander. Zur Finanzierung des europaweiten Glasfaserausbau  
789 und des Infrastrukturaufbaus sollte der europäische Haushalt dort, wo nationale  
790 Anstrengungen nicht ausreichen, Mittel für den europaweiten Glasfaserausbau  
791 bereitstellen. Als erste Zielmarke wollen wir europäische Hauptverkehrsachsen  
792 mit der digitalen Infrastruktur des 5G-Mobilfunkstandards ausrüsten. Die Innovati-  
793 on and Networks Executive Agency der EU soll in Zusammenarbeit mit dem Eu-  
794 ropäischen Parlament ein Konzept erarbeiten.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 23

## 795 **European Valley – Rahmenbedingungen für Start-ups verbes-** 796 **sern**

797 Wir Freie Demokraten wollen bessere europäische Rahmenbedingungen für  
798 Start-ups und sonstige Gründerinnen und Gründer, weil Unternehmergeist, Inno-  
799 vation und Digitalisierung nicht an Ländergrenzen enden dürfen. Dazu fordern  
800 wir europäische Digital-Freiheitszonen. Durch Experimentierräume und Öffnungs-  
801 klauseln wollen wir grenzüberschreitende „Sonderwirtschaftszonen“ für digitale  
802 Ausgründungen von Unternehmen, Start-ups und Spin-Offs schaffen. Sie unter-  
803 liegen im Hinblick auf regulatorische Maßnahmen einem höheren Freiheitsgrad,  
804 europäischem Recht und bieten besonders günstige wirtschaftliche Rahmenbe-  
805 dingungen, um die Gründung und Ansiedlung junger, forschungsintensiver Unter-  
806 nehmen zu erleichtern. Dabei sollen Sandbox-Verfahren ermöglicht werden. Die  
807 Digital-Freiheitszonen sollen in enger Kooperation und im engen Austausch mit  
808 der Europäischen Agentur für Sprunginnovationen stehen. Zudem sollen in euro-  
809 päischen Digital-Freiheitszonen zum Beispiel gleiche Umsatzsteuersätze und Be-  
810 messungsgrundlagen für die Körperschaftsteuer gelten. Wir treten außerdem da-  
811 für ein, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Start-ups durch eine Anpas-  
812 sung des Vergaberechts zu erleichtern.

## 813 **Nachhaltige Finanzierungsmöglichkeiten für Gründerinnen** 814 **und Gründer sowie junge Unternehmen**

815 Wir Freie Demokraten wollen europäischen Gründerinnen und Gründern und  
816 jungen Unternehmen in der Wachstumsphase eine nachhaltige Finanzierung er-  
817 möglichen. Insbesondere wollen wir eine europäische Venture Capital-Verord-  
818 nung, die beste Bedingungen für Wagniskapital schafft. Ein „Zukunftsfonds Euro-  
819 pa“ könnte durch entsprechende Risikobündelung Venture Capital an zukunfts-  
820 trachtige, junge und innovative Unternehmen geben. Dabei sollen Synergien  
821 zum InvestEU Programm und sich daraus ergebende Finanzierungsmöglichkeiten  
822 geprüft werden. Zudem setzen wir uns für eine Vereinheitlichung der Regeln  
823 zum Crowdfunding in der Europäischen Union ein.

824 Wir wollen außerdem ein unabhängiges Inkubator-Programm etablieren, das eu-  
825 ropaweit in großer Zahl Unternehmensgründungen anregt, coacht und zur Finan-  
826 zierung über privates Wagniskapital bringt. Hierbei kann auf erprobte Methoden  
827 (zum Beispiel „Lean Startup“) zurückgegriffen werden.

## 828 **Agentur für Sprunginnovationen**

829 Wir Freie Demokraten wollen eine Europäische Agentur für Sprunginnovatio-  
830 nen. Sie soll radikale und disruptive Innovationen (Sprunginnovationen) beför-  
831 dern, indem sie koordiniert und Rahmenbedingungen für Innovation verbessert.  
832 Sie soll ein außerordentlich hohes Maß an Unabhängigkeit von politischer Steue-  
833 rung und Kontrolle erhalten sowie eine große Flexibilität beim Management ihrer  
834 Programme. Der Schwerpunkt ist auf eine schnellstmögliche Prototyp-Entwicklung

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 24

835 zu legen. Dabei soll die Agentur auch europäische Public-Private-Partnerships  
836 und Kooperationen mit EU-Mitgliedstaaten ermöglichen, wenn es den Zielen und  
837 der Unabhängigkeit der Agentur nicht im Wege steht. Ebenso soll die Europäi-  
838 sche Agentur für Sprunginnovationen, wo notwendig, vertikale Inkubatoren als  
839 Mittler zwischen kleinen und mittleren und großen Unternehmen einsetzen. Eine  
840 Verschmelzung mit dem Europäischen Institut für Innovation und Technologie  
841 sollte langfristig erreicht werden.

### 842 **Disruptive Trends europäisch angehen und Unabhängigkeit** 843 **wahren**

844 Wir Freie Demokraten wollen die Europäische Union bis zum Jahr 2030 zum  
845 modernsten und innovativsten Raum weiterentwickeln. Daher fordern wir die  
846 Weiterentwicklung von „Horizont Europa“ mit klaren Schwerpunkten in den Berei-  
847 chen Biotechnologie, Gesundheitstechnologien, Chemie, Energietechnik, Informa-  
848 tions- und Kommunikationstechnologie (IKT), Mobilität und Nanotechnologie. Da-  
849 bei muss der Technologie- und Wissenschaftstransfer verstärkt werden. Gleich-  
850 zeitig sprechen wir uns für einen europäischen Bürgerdialog über die Chancen  
851 und Risiken neuer Technologien aus, um die Akzeptanz neuer Technologien zu  
852 verbessern.

### 853 **Künstliche Intelligenz**

854 Wir Freie Demokraten begrüßen die schnelle Entwicklung bei Künstlicher Intelli-  
855 genz. Sie ist nicht der befürchtete Job-Killer, sondern stellt eine Chance dar, die  
856 globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie langfristig zu sichern.  
857 Die Europäische Union muss eigene Entwicklungen fördern, um wettbewerbsfä-  
858 hig zu bleiben. Daher fordern wir die Weiterentwicklung einer gemeinsamen eu-  
859 ropäischen Strategie in diesem Bereich mit der Erarbeitung von zukunftsweisen-  
860 den Prinzipien zu rechtlichen, gesellschaftlichen und ethischen Fragen.

### 861 **Modernes Recht für die digitale Gesellschaft**

862 Die Digitalisierung verändert die Welt grundlegend. Sie bietet für Bürgerinnen  
863 und Bürger sowie die Wirtschaft in Europa enorme Potentiale. Ein Europa der In-  
864 novation kann auch weltweit zum Vorreiter für Cyber- und Datensicherheit wer-  
865 den. Lasst uns jetzt anfangen!

### 866 **Für Datenschutzsicherheit als Standortvorteil Europas**

867 Wir Freie Demokraten wollen einen Raum der Freiheit und Sicherheit für die  
868 Daten der Bürgerinnen und Bürger. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Euro-  
869 päische Forschungsmittel gezielt zur Erforschung von Datenschutztechnologien  
870 und -infrastruktur verwendet werden. Ziel sollte ein weitestgehend autarkes Eu-  
871 ropa mit eigenen Cloud-Anbietern und europäischen Datenschutzstandards sein,  
872 um etwa die Abhängigkeit von außereuropäischen Cloud-Anbietern zu verringern

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 25

873 und damit die Daten von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Unternehmen bes-  
874 ser zu schützen.

### 875 **Cyber-Sicherheit**

876 Wir Freie Demokraten wollen Cybersicherheit stärken und auf europäischer  
877 Ebene strategisch vorantreiben. Sicherheit im Netz bekommt durch die Digitalisie-  
878 rung eine neue Dimension. Hier müssen die Ressourcen in der nationalen Ver-  
879 antwortung von Beginn an koordiniert werden. Neben unserer Informationstech-  
880 nologie müssen kritische Infrastrukturen wie die öffentliche Strom- und Wasser-  
881 versorgung oder Krankenhäuser vor digitalen Angriffen geschützt werden. Dazu  
882 brauchen wir verbindliche europäische Mindeststandards und Grundsätze für  
883 IT-Sicherheit und eine effektive Cybersicherheitsstruktur, nicht nur für kritische In-  
884 frastruktureinrichtungen, sondern auch für Verbraucherprodukte, die von der Eu-  
885 ropäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) koordiniert wer-  
886 den. Hersteller von Hard- und Software müssen eindeutig für IT-Sicherheitslü-  
887 cken haften und verpflichtet werden, während der üblichen Nutzungsdauer eines  
888 Produktes Patches bereitzustellen, um Sicherheitslücken zu schließen. Sollte es  
889 wirtschaftlich nicht möglich sein, dies über die Gewährleistungszeit hinaus sicher-  
890 zustellen, muss der Hersteller verpflichtet werden, auf dem Produkt deutlich auf  
891 die Dauer der Gewährleistung der IT-Sicherheit hinzuweisen. Um die Sicherheit  
892 der Daten und der Kommunikation zu wahren, ist zudem die Unabhängigkeit ei-  
893 ner europäischen Infrastruktur zu gewährleisten, damit die Gewährleistung der  
894 IT-Sicherheit nicht anderen Interessen (zum Beispiel der Sicherheitsbehörden)  
895 untergeordnet wird. Um- und Neubauten kritischer Infrastrukturen müssen grund-  
896 sätzlich ein Cyber-Security Konzept beinhalten, um öffentliche Fördergelder zu  
897 erhalten. Europa hat im Datenschutz eine Vorreiterrolle eingenommen und setzt  
898 hier weltweit Standards. Dies muss die Europäische Union im Bereich der IT-Si-  
899 cherheit fortsetzen, ohne bürokratische Regelungen für kleine und mittlere Unter-  
900 nehmen zu schaffen. Auch Privatbürger sollen dafür sensibilisiert und dazu befä-  
901 higt werden, sicher zu kommunizieren.

### 902 **Cyberabwehr**

903 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die europäischen Nachrichtendienste ihre Fähigkeit der Spionageabwehr beziehungsweise Gegenspionage ent-  
904 sprechend der technologischen Möglichkeiten weiterentwickeln. Künftig müssen  
905 Programme zur Kommunikationsüberwachung durch fremde Staaten bereits im  
906 Vorfeld mit defensiven Mitteln abgewehrt werden können. Spionageabwehr darf  
907 nicht nur als Abwehr physischer oder ökonomischer Gefahren verstanden wer-  
908 den. In Zukunft müssen auch die Grundrechte ein privates Schutzgut der Spiona-  
909 geabwehr sein. Insbesondere der Schutz vor nachrichtendienstlichen Angriffen  
910 und Cyber-Attacken auf Parlamente und Wahlen muss verbessert werden. Eige-  
911 ne Attacken durch Nachrichtendienste lehnen wir ab.

### 913 **Modernes Recht für die Kreativität von Morgen**

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 26

914 Wir Freie Demokraten stehen für den Schutz für geistiges Eigentum und eine  
915 faire Entlohnung der Urheber. Allerdings sprechen wir uns gegen den Aufbau ei-  
916 ner Zensurinfrastruktur aus. Diese ist nicht nur unverhältnismäßig, sondern ge-  
917 fährdet die freie Meinungsäußerung im Internet. Plattformen und Urheber sollen  
918 über die Lizenzverträge eine entsprechende Bezahlung frei verhandeln. Für die  
919 Durchsetzung von Urheberrechten im digitalen Zeitalter setzen wir auch auf neue  
920 Technologien wie zum Beispiel Blockchain.

921 Wir wollen eine gemeinsame Europäische Strategie für Blockchain entwickeln.  
922 Denn die Blockchain-Technologie hat das Potential, viele bisherige Prozesse zu  
923 revolutionieren. Um die Dominanz anderer globaler Akteure zu begrenzen und  
924 die Unabhängigkeit eines Netzwerkes zu gewährleisten, werden gezielt europäi-  
925 sche Teilnehmer koordiniert.

### 926 **Für eine offene und digitale Gesellschaft und Verwaltung**

927 Wir Freie Demokraten sind gegen ein Netzwerkdurchsetzungsgesetz auf europäi-  
928 scher Ebene sowie gegen Upload-Filter. Beides führt zur Einschränkung der Mei-  
929 nungsfreiheit und der Vielfalt im Freien Netz. Unternehmen können nicht die Auf-  
930 gabe von Gerichten übernehmen und Inhalte zensieren. Ebenso setzen wir uns  
931 für den diskriminierungsfreien Datenverkehr ein. Netzneutralität ist die Vorausset-  
932 zung für Innovation und garantiert den Zugang zum Markt.

933 Wir setzen uns auch auf europäischer Ebene für eine digitale Verwaltung ein.  
934 Anträge und Informationen müssen für Bürgerinnen und Bürger digital verfügbar,  
935 online abwickelbar und durch eine digitale Identität auch online verifizierbar sein.  
936 Eine digitale Identität ermöglicht es, sich online zu verifizieren. Wir wollen daher  
937 einen elektronischen Personalausweis, der EU-weit einsetzbar ist. Wir setzen  
938 uns für eine EU-e-residency nach dem Vorbild Estlands ein.

### 939 **Eine digitale Medien- und Kommunikationsordnung im Dienst** 940 **der Meinungsfreiheit**

941 Wir Freie Demokraten wollen, dass der Rechtsrahmen für Medien und Kommu-  
942 nikation an die neuen Nutzergewohnheiten angepasst wird. Denn Mediennutzung  
943 hat sich durch Plattformen und Soziale Medien verändert. Information ist ständig  
944 verfügbar. Weltweit zu kommunizieren, war noch nie einfacher. Die Rechtsrah-  
945 men der analogen Zeit im Bereich Rundfunk und Telekommunikation führen zu  
946 Widersprüchen, die dem neuen Kommunikationszeitalter nicht mehr gerecht wer-  
947 den.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 27

## 948 **Ein Europa der wirtschaftlichen Stärke**

949 Der EU-Binnenmarkt ist der größte Handelsraum der Welt. Er ermöglicht Fort-  
950 schritt in all seinen Regionen. Mit der Vollendung des Binnenmarktes können wir  
951 diesen Fortschritt auf die nächste Stufe heben.

952 Ebenso ist der Freihandel zentrale Säule des Wohlstands in Europa. Unsere li-  
953 berale Welthandelsordnung, die allen daran Beteiligten innerhalb und außerhalb  
954 Europas in den vergangenen Jahrzehnten die Steigerung von Wohlstand ge-  
955 bracht hat, müssen wir daher gegen die Stimmen des Protektionismus und Popu-  
956 listen rechts und links verteidigen.

957 Bürgerinnen und Bürger profitieren von der Freiheit, in einem anderen EU-Staat  
958 leben und arbeiten zu können. Während Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Kern  
959 Aufgaben der Mitgliedstaaten bleiben, kann Europa bei grenzüberschreitenden  
960 Problemen wie der Jugendarbeitslosigkeit oder der Altersvorsorge für Wanderar-  
961 beitnehmer unterstützend tätig werden.

962 Potentiale im Verkehr und der Landwirtschaft können wir durch Modernisierung  
963 und Digitalisierung freisetzen.

964 Nutzen wir die Chancen Europas durch einen Wirtschaftsraum mit weltweiter  
965 Strahlkraft! Schaffen wir ein Europa der wirtschaftlichen Stärke!

## 966 **Wachstum und wirtschaftliche Dynamik freisetzen**

967 Europa bietet Chancen für Wachstum und Wohlstand in all seinen Regionen.  
968 Dazu müssen wir die Kräfte der Marktwirtschaft entfalten – in einem vollendeten  
969 Binnenmarkt und mit fairen Spielregeln. Setzen wir die Dynamik Europas frei!

## 970 **Für ein wirtschaftlich dynamisches Europa**

971 Wir Freie Demokraten wollen ein marktwirtschaftliches Europa, das sich durch  
972 dynamisches und nachhaltiges Wachstum auszeichnet. Dies wird nur möglich  
973 sein, wenn die Europäische Union (EU) die Herausforderungen von Digitalisie-  
974 rung und Globalisierung positiv verarbeitet und in Fortschritte des Wohlstands  
975 umsetzt. Das gilt für alle EU-Regionen. Zwar wird es, bedingt durch Geschichte  
976 und Wirtschaftsstruktur, stets nationale Unterschiede in der Prosperität in Europa  
977 geben. Gleichwohl muss gewährleistet sein, dass alle EU-Mitgliedstaaten am  
978 technologischen Fortschritt teilhaben können und einen vielversprechenden Platz  
979 in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung finden. Dies erfordert auf nationaler  
980 Ebene massive öffentliche und private Investitionen in Bildung und Forschung so-  
981 wie in die Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur. Die EU muss dort unter-  
982 stützen, wo Hindernisse für das Wachstum nur mit Hilfe der EU zu beseitigen  
983 sind.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 28

## 984 **Für eine starke Wettbewerbsordnung in der Europäischen** 985 **Union**

986 Wir Freie Demokraten begrüßen die starke Wettbewerbsordnung in der Europäi-  
987 schen Union (EU). Gerade liberale Kommissare haben dafür gesorgt, dass keine  
988 Preisabsprachen zwischen Unternehmen und kein Missbrauch der marktbeherr-  
989 schenden Stellung zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher geduldet  
990 wurde. Wettbewerbsverzerrende Praktiken durch Steuervergünstigungen sind  
991 auch in der Zukunft konsequent zu verfolgen. Das europäische Kartellrecht soll  
992 derart geändert werden, dass künftig auch Zusammenschlüsse von Unterneh-  
993 men, die die Umsatzschwellen noch nicht erreichen, unter die Kartellaufsicht fal-  
994 len, wenn durch Netzwerkeffekte (etwa im digitalen oder infrastrukturellen Be-  
995 reich) eine besondere Gefahr für den Wettbewerb besteht.

## 996 **Mittelstand ganz groß**

997 Wir Freie Demokraten wollen, dass der Mittelstand in Europa weiterhin faire  
998 Chancen erhält, sich im Wettbewerb durchzusetzen. 99 Prozent der Unterneh-  
999 men in Europa sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU), über 60 Prozent der  
1000 Arbeitsplätze befinden sich in diesem Bereich. Der Mittelstand ist das Rückgrat  
1001 der europäischen Wirtschaft und ist Motor für Wachstum, Innovation, Beschäfti-  
1002 gung und soziale Integration. Im Vergleich zu Großunternehmen stellen bürokrati-  
1003 sche Vorgaben für den Mittelstand eine besondere Belastung dar. Wir begrüßen  
1004 daher die formelle allgemeine Anerkennung des „Think Small First“-Prinzips, wol-  
1005 len es jedoch in der Praxis stärker zur Geltung bringen. Deshalb setzen wir uns  
1006 dafür ein, dass Regulierungen auf einer unabhängigen und transparenteren Fol-  
1007 genabschätzung basieren und der KMU-Test auf europäischer Ebene verpflicht-  
1008 end angewendet wird. Um die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und ihre Finan-  
1009 zierungsmöglichkeiten sicherzustellen, wollen wir bestehende Förderprogramme  
1010 wie „Horizont 2020“ und das Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unter-  
1011 nehmen und für KMU (COSME) beibehalten und weiterentwickeln.

## 1012 **Stärkung des Europäischen Fonds für strategische Investitio-** 1013 **nen (EFSI) bzw. InvestEU**

1014 Wir Freie Demokraten unterstützen nachdrücklich den zentralen Teil des „Inves-  
1015 titionsplanes für Europa“, mit dem die Europäische Union eine verbesserte, ziel-  
1016 genauere Verwendung von EU-Haushaltsmitteln anstrebt. Mit Hilfe der Europäi-  
1017 sche Investitionsbank (EIB) sollen auf diesem Wege bis 2020 mindestens 500  
1018 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionszusagen mobilisiert werden – mit  
1019 Schwerpunkten auf Infrastruktur, Forschung und Entwicklung von klimaschon-  
1020 enden Technologien sowie Innovationen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU).  
1021 Auch die ökologische Weiterentwicklung von Europa soll dadurch gefördert wer-  
1022 den (zum Beispiel die Entwicklung klimafreundlicher Antriebstechniken und  
1023 E-Fuels). Zur Sicherung weiterer zukunftsweisender Investitionen und Innovatio-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 29

1024 nen fordern wir Freie Demokraten eine Durchsetzung der von der Europäischen  
1025 Kommission vorgeschlagenen Aufstockung des Europäischen Fonds für Strategi-  
1026 sche Investitionen (EFSI) unter dem Namen InvestEU. Er soll zwischen 2021 und  
1027 2027 650 Milliarden Euro (in laufenden Preisen) an zusätzlichen Investitionen  
1028 mobilisieren. Dies setzt jedoch eine unabhängige externe Evaluation voraus, die  
1029 insbesondere nachweist, dass die durch den EFSI mobilisierten Investitionen an-  
1030 sonsten nicht vorgenommen worden wären (sogenannte Additionalität).

### 1031 **Regionale Potentiale fördern statt traditionelle Strukturen** 1032 **verwalten**

1033 Wir Freie Demokraten wollen eine grundlegende Reform der EU-Kohäsionspoli-  
1034 tik welche den Zusammenhalt zwischen den Regionen und zwischen den  
1035 EU-Mitgliedstaaten fördern soll. Regionalpolitik nach dem Gießkannenprinzip ist  
1036 ebenso fehl am Platze wie eine Politik der Subventionierung alter Wirtschaftssek-  
1037 toren, Industrien und überkommener Geschäftsmodelle.

1038 In der regionalen Entwicklungspolitik sowie in der Forschungs- und Innovations-  
1039 politik müssen auch länderübergreifende Kooperationen angestrebt werden.

1040 Dabei sind folgende Zieldimensionen – nach absteigender Priorität – zu berück-  
1041 sichtigen:

1042 1. Subsidiäre Unterstützung für schwache Regionen, damit ein Minimum an öko-  
1043 nomischer und sozialer Leistungskraft vor Ort gehalten und entwickelt werden  
1044 kann.

1045 2. Stärkung von Regionen mit Entwicklungspotential, damit deren Potentiale ge-  
1046 hoben werden können.

1047 Dabei gilt es die Voraussetzungen für bestmögliche Entwicklungen zu schaf-  
1048 fen. Deren Fehlen hat in der Vergangenheit zu massiven Abwanderung junger  
1049 Leistungsträger geführt: öffentliche Bildungs- und Forschungseinrichtungen mit  
1050 qualitativ hohen Standards, private Investitionen in innovative Technologien,  
1051 Netzwerke zwischen Hochschulen und kleinen und mittleren Unternehmen  
1052 (KMU).

1053 Zwischen den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds – namentlich dem  
1054 Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Land-  
1055 wirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER), dem Euro-  
1056 päischen Sozialfonds (ESF) und dem Kohäsionsfonds – bedeutet dies eine Ge-  
1057 wichtsverlagerung zugunsten des EFRE, der sich noch stärker als bisher in den  
1058 geförderten Regionen Europas auf die strukturellen Ursachen von Wachstums-  
1059 schwächen und Innovationshemmnissen konzentrieren soll. Außerdem sollen  
1060 mehr Mittel des EFRE für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bereitge-  
1061 stellt werden. Insbesondere grenzübergreifende Investitionen in Infrastruktur und

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 30

1062 Verkehr sind nötig, um wirtschaftliche Potentiale regional und grenzübergreifend  
1063 zu fördern.

### 1064 **Für die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes**

1065 Wir Freie Demokraten wollen die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes,  
1066 der vor über 30 Jahren von Jacques Delors initiiert wurde. Dazu besteht drin-  
1067 gender Handlungsbedarf, und zwar vor allem in jenen Bereichen der Wirtschaft,  
1068 die aufgrund nationaler Standards von EU-einheitlichen Wettbewerbsverhältnis-  
1069 sen weit entfernt sind. Ganz vorne steht dabei ein gemeinsamer Binnenmarkt für  
1070 Digitales und Energie. Wir fordern dazu eine einheitliche rechtliche Basis und ge-  
1071 meinsame technische Standards auf der europäischen Ebene. Dadurch können  
1072 bessere Bedingungen für Verbraucherinnen und Verbraucher, mehr Wachstum,  
1073 Arbeitsplätze und wirtschaftliche Stabilität erreicht werden.

### 1074 **Freie Berufe und Selbstständige in Europa**

1075 Wir Freie Demokraten wollen die Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit für  
1076 Freie Berufen und Selbstständige sichern und erleichtern. Dies ist Grundlage ei-  
1077 nes fairen Wettbewerbs in Europa. In den Mitgliedstaaten der Europäischen Uni-  
1078 on (EU) haben sich insbesondere bei Freien Berufen unterschiedliche Systeme  
1079 von Leistungserbringung, Selbstverwaltung und Selbstkontrolle herausgebildet.  
1080 Diese Unterschiede gilt es bei Rechtsakten der EU zu berücksichtigen.

### 1081 **„Grenzscout“ – grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

1082 Gemeinsame Infrastrukturprojekte mit unseren EU-Nachbarländern tragen dazu  
1083 bei, die Verbindung von grenzüberschreitenden Regionen zueinander zu verbes-  
1084 sern und den gemeinsamen Austausch zu intensivieren. Hieraus können sich  
1085 Standortvorteile sowie Vorteile für den Güter- und Personenverkehr oder für die  
1086 Ansiedlung von Unternehmen ergeben. Infrastrukturlücken, die wegen der histori-  
1087 schen Grenzen bestehen, müssen geschlossen werden. Ein zentraler Ansprech-  
1088 partner, der sowohl mit den Vorschriften und Planungs- sowie Genehmigungsver-  
1089 fahren diesseits und jenseits der Grenze vertraut ist, kann als Grenz-Scout diese  
1090 Projekte aktiv unterstützen. Dabei muss sichergestellt sein, dass der Grenz-Scout  
1091 aktiv zum Bürokratieabbau beiträgt und Verfahren erleichtert.

### 1092 **Chancen des Freihandels nutzen**

1093 Tendenzen des Protektionismus wachsen weltweit. Dabei ist der Freihandel Mo-  
1094 tor für unseren Wohlstand. Er schafft Grundlagen für Beschäftigung und Einkom-  
1095 men. Waren und Produkte aus aller Welt sind Normalität geworden. Sie berei-  
1096 chern unseren Alltag. Nutzen wir diese Chancen!

### 1097 **Verteidigung der liberalen Welthandelsordnung und der WTO**

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 31

1098 Wir Freie Demokraten wollen auf Regeln basierenden Freihandel, und zwar  
1099 möglichst weltweit. Die Liberalisierung der Märkte für Güter und Dienste seit Mitte  
1100 des 20. Jahrhunderts hat der Menschheit Wachstum, Wohlstand und Lebens-  
1101 qualität gebracht. Sie hat auch zum globalen Frieden einen wichtigen Beitrag ge-  
1102 leistet, nicht zuletzt durch immer engere Handelsbeziehungen zwischen früheren  
1103 Feinden. Diesen Weg wollen wir fortsetzen, und zwar im Rahmen des multilate-  
1104 ralen Regelwerks der Welthandelsorganisation (WTO), das sich bewährt hat. Na-  
1105 tionale Alleingänge und Willkürzölle lehnen wir ab. Wir treten diesem Trend ent-  
1106 schieden entgegen – durch Verteidigung der liberalen Regeln der Welthandelsor-  
1107 ganisation. Dazu gehört auch, dass die Europäische Union gegen allfällige Ver-  
1108 letzungen dieser Regeln klagen kann, und nach Autorisierung durch die WTO –  
1109 als Ultima Ratio – angemessene Gegenmaßnahmen ergreift. Außerdem wollen  
1110 wir die WTO als zentralen Ort zur Schaffung eines fairen und regelbasierten glo-  
1111 balen Welthandelssystems mit einem effektiven System der Streitbeilegung stär-  
1112 ken. Dafür halten wir die WTO-Reform für überfällig, um notwendige Regelungen  
1113 für das 21. Jahrhundert zu schaffen. Der Prozess der Reform der WTO muss  
1114 transparent und inklusiv sein.

### 1115 **Den Wohlstand in Europa fördern, durch mehr Freihandel**

1116 Wir Freie Demokraten bekennen uns zum regelbasierten Freihandel als Grund-  
1117 lage internationaler Handelsbeziehungen und streben daher langfristig eine welt-  
1118 weite Freihandelsordnung im Rahmen der WTO an. Unabhängig davon unter-  
1119 stützen wir weiterhin den Abschluss bilateraler Handelsabkommen, treten aber  
1120 für modernere und transparentere Freihandelsabkommen ein. Sie sollten starke  
1121 Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung enthalten, die mit den Partnerländern um-  
1122 gesetzt und überwacht werden. Dabei sehen wir die Weiterentwicklung solcher  
1123 bilateralen Abkommen auch unter dem Blickwinkel einer späteren Überführung in  
1124 eine weltweite Freihandelsordnung. Die umfassenden Verträge mit Kanada (CE-  
1125 TA) und mit Japan (JEFTA) sowie die laufenden Verhandlungen über ein Investi-  
1126 tionsabkommen mit China sind dafür positive Beispiele. Ein entsprechender Ver-  
1127 trag mit den Vereinigten Staaten ist zwar bisher nicht zustande gekommen,  
1128 bleibt aber ein großes liberales Ziel. Auch mit dem Vereinigten Königreich sollte  
1129 nach dem Brexit, den wir Freie Demokraten bedauern, ein umfassendes Freihand-  
1130 delsabkommen avisiert werden. Verträge dieser Art erlauben eine vertiefte Inte-  
1131 gration, die das wirtschaftliche Zusammenwachsen erleichtert und fördert. Dies  
1132 gilt vor allem mit Blick auf nationale Regulierungen und Produktstandards, deren  
1133 Bedeutung in einer technisch komplexen Welt zunimmt. Freihandelsverträge soll-  
1134 ten die Möglichkeit enthalten, dass auch andere Länder sich ihnen anschließen.  
1135 Die Europäische Union (EU) als weltweit größter Markt und international einheit-  
1136 lich auftretender Akteur hat dabei eine besondere Verantwortung, auf Augenhö-  
1137 he gegenüber Entwicklungsländern aufzutreten. Freihandelsabkommen sollten so  
1138 angelegt sein, dass sie „EU-only“ sind, also nur Bereiche umfassen, für die die  
1139 EU alleine zuständig ist. Dann können diese Abkommen durch Rat und Parla-  
1140 ment verabschiedet werden. Beide geben diesen Abkommen hinreichend Legiti-  
1141 mität.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 32

## 1142 **Für einen multilateralen Investitionsgerichtshof**

1143 Wir Freie Demokraten setzen uns für einen modernen und transparenten Investitionschutz ein, denn Investitionsgerichtsbarkeit hat in der Vergangenheit ausländische Direktinvestitionen nachweislich erhöht. Wir wollen deshalb, dass das bestehende System aus ad-hoc Schiedsverfahren von bilateralen Schiedsgerichten durch einen ständigen multilateralen Investitionsgerichtshof ersetzt wird. Klagen von Investoren könnten so durch ein Investitionsgericht mit öffentlich bestellten Richterinnen und Richtern entschieden werden. Das stärkt die Transparenz und Legitimität dieser Verfahren. Anders als bisher üblich würden die Richterinnen und Richter nicht mehr von den Parteien für jeden Streitfall ernannt werden, sondern die Mitgliedstaaten würden – wie am EuGH – Richterinnen und Richter für eine feste Amtszeit ernennen; dies sichert nicht nur die Kontinuität der Rechtsprechung des Gerichts, sondern auch seine Neutralität und Unabhängigkeit. Auch würden die Kammern nach einem objektiven Verfahren ohne Mitsprache des klagenden Investors zusammengestellt, die Schriftsätze veröffentlicht und die Verhandlungen öffentlich durchgeführt werden. Schließlich sollte es an diesem multilateralen Investitionsgerichtshof einen echten Berufungsmechanismus geben.

## 1160 **Investitionsscreening**

1161 Wir Freie Demokraten betrachten den freien Kapitalverkehr als eine wichtige Errungenschaft der Union. Ein freies Investitionsklima in Deutschland und in Europa hat dazu beigetragen, ausländisches Kapital und Know-how anzuziehen. Damit wurden Arbeitsplätze und Wohlstand gesichert. Zugleich betrachten wir mit Sorge, wenn Investoren aus Nicht-EU Ländern, zum Teil Staatsfonds mit intransparenten Eigentumsstrukturen, auf Firmen im Hochtechnologie-Bereich zugreifen. Wir halten es daher für richtig, für diesen Bereich einen europäischen Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen die Mitgliedstaaten zum Schutz des öffentlichen Interesses die Auswirkung des Verkaufs derartiger Firmen an außereuropäische Investoren prüfen und gegebenenfalls untersagen können. Außerdem sollten die nationalen Behörden sich untereinander und die Kommission über derartige Entscheidungen informieren, um eventuelle Umgehungen zu vermeiden.

## 1173 **Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Kern den Mitgliedstaaten überlassen und bei grenzüberschreitenden Problemen unterstützend tätig werden**

1176 Die Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gehört zu den zentralen Errungenschaften der Europäischen Union. Sie zu verteidigen ist wichtig, damit die Bürgerinnen und Bürger in Europa faire Chancen auf Arbeit und Wohlstand haben. Wir wollen den Menschen von vornherein Chancen eröffnen, und nicht im Nachhinein durch Umverteilung Abhängigkeiten schaffen. Gleichmacherei darf deshalb nicht das Ziel sein. Lassen wir jeden Mitgliedstaat daher weiter

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 33

1182 selbst über seine Arbeitsmarktpolitik und sein soziales Sicherungssystem ent-  
1183 scheiden und Europa dann unterstützend tätig werden, wenn es um grenzüber-  
1184 schreitende Probleme geht.

### 1185 **Grundsätze der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Europa**

1186 Wir Freie Demokraten wollen gleichberechtigte Chancen auf Arbeit und Wohl-  
1187 stand für die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union (EU). Dafür  
1188 braucht es angebotsorientierte Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten im EU-Bin-  
1189 nenmarkt. Gleichzeitig wollen wir aber keine Transferunion. Arbeitsmarkt- und  
1190 Sozialpolitik ist und bleibt zu Recht Aufgabe der Mitgliedstaaten. Gerade Sozial-  
1191 politik muss so nah an den Menschen gemacht werden wie möglich. Eine euro-  
1192 päische Arbeitslosenversicherung lehnen wir daher ab.

1193 Nur in Fragen, die tatsächlich eine erhebliche grenzüberschreitende Bedeutung  
1194 für den Binnenmarkt oder die Freizügigkeit haben, ist die EU politisch gefordert,  
1195 Regelungen zu treffen. Dabei ist die verstärkte Zusammenarbeit zwischen ein-  
1196 zelnigen Mitgliedstaaten eine Alternative, die genutzt werden könnte. Wir Freie  
1197 Demokraten begrüßen, dass bei der Schaffung der Europäischen Säule sozialer  
1198 Rechte keine Ausweitung der Kompetenzen der EU vorgesehen ist.

### 1199 **Libérale Forderungen bei der Umsetzung der europäischen** 1200 **Säule sozialer Rechte**

1201 Wir Freie Demokraten unterstützen einige wichtige Forderungen in der Erklä-  
1202 rung zur europäischen Säule sozialer Rechte. Dazu gehören das Recht auf Bil-  
1203 dung, das Recht auf Unterstützung bei der Rückkehr in Beschäftigung, der  
1204 Grundsatz der Nicht-Diskriminierung, die Betonung der Tarifautonomie und die  
1205 Achtung der nationalen wirtschaftlichen Bedingungen bei der Festlegung von  
1206 Mindestlöhnen. Die sozialen Rechte definieren Mindeststandards, die alle Mit-  
1207 gliedstaaten national für ihre Bürgerinnen und Bürger erreichen sollen. Wir wol-  
1208 len die Koalitionsfreiheit der Sozialpartner wahren und sicherstellen, dass euro-  
1209 päische Tarifverträge die nationalen nicht verdrängen, wenn ein nationaler Ver-  
1210 band nicht zugestimmt hat. Wir unterstützen die Forderung, Unternehmertum,  
1211 Selbstständigkeit und innovative Arbeitsformen zu fördern. Die Europäische  
1212 Kommission soll dauerhaft überprüfen, ob Regelungen auf europäischer Ebene  
1213 dem entgegenstehen und diese Regelungen anpassen.

### 1214 **Freizügigkeit und freie Arbeitsmärkte in Europa**

1215 Wir Freie Demokraten wollen die Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Ar-  
1216 beitnehmern sowie Selbstständigen ohne Wenn und Aber verteidigen. Denn sie  
1217 gehört zu den zentralen Errungenschaften der Europäischen Union.

1218 Die neue Entsenderichtlinie beschwört unter dem Deckmantel des Arbeitnehmers-  
1219 schutzes neue Grenzen im Binnenmarkt herauf. Statt immer neue Anforderungen  
1220 für vorübergehende Arbeitseinsätze im EU-Ausland zu formulieren, sollten viel-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 34

1221 mehr die Voraussetzungen für die Entsendung harmonisiert werden. So gelten  
1222 derzeit in den jeweiligen Mitgliedstaaten teils stark unterschiedliche Meldepflich-  
1223 ten für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, was es europäischen  
1224 Unternehmen unnötig erschwert, Dienstleistungen und Güter grenzüberschreitend  
1225 anzubieten.

1226 Wir wollen die Mittel des europäischen Sozialfonds gezielter auf wirksame Maß-  
1227 nahmen gegen die Ursachen der Arbeitslosigkeit konzentrieren. Die Ausgestal-  
1228 tung von Arbeitslosenversicherung und Mindestlohn kann nur durch nationale Ta-  
1229 rif- und Arbeitsmarktpolitik erfolgen, denn gerade der Arbeitsmarkt ist so abhän-  
1230 gig von den unterschiedlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines Lan-  
1231 des, dass eine einheitliche europäische Regelung nicht zielführend wäre.

### 1232 **Chancen für die Jugend in Europa / „Jugendgarantie“**

1233 Wir Freie Demokraten wollen faire Chancen am Start, keine Gleichmacherei  
1234 beiden Ergebnissen – denn das ist das Credo liberaler Arbeitsmarktpolitik. Wäh-  
1235 rend in Deutschland der Wettbewerb um die Auszubildenden in vollem Gange  
1236 ist, haben junge Menschen in anderen Teilen Europas keine berufliche Perspek-  
1237 tive. Dies gefährdet das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft und  
1238 damit die Legitimität und Akzeptanz unserer gemeinsamen Wirtschaftsordnung in  
1239 Europa. Wir brauchen einen leichten Einstieg für junge Menschen in den Ausbil-  
1240 dungs- und Arbeitsmarkt und die Förderung grenzüberschreitender Mobilität. Die  
1241 Übertragung funktionierender Modelle auf andere Mitgliedstaaten sollte durch  
1242 den europäischen Qualifikationsrahmen erleichtert werden. Zudem gilt es, das  
1243 duale Ausbildungssystem keinesfalls gegenüber einer akademischen Ausbildung  
1244 abzuwerten. Schließlich sollten in Mitgliedstaaten effektive Systeme aufgebaut  
1245 werden, die jungen Menschen in kurzer Frist entweder ein Jobangebot oder eine  
1246 arbeitsmarktorientierte Weiterbildungsmaßnahme vermitteln oder fördern („Ju-  
1247 gendgarantie“) – wie sie in Deutschland im Rahmen des SGB II und III schon be-  
1248 stehen.

### 1249 **Teilhabe statt Diskriminierung in Europa**

1250 Wir Freie Demokraten stehen für die Freizügigkeit aller Beschäftigten und  
1251 Selbstständigen in Europa. Sie darf bestimmte Gruppen der Bevölkerung nicht  
1252 ausschließen. Wenn Familienangehörige einer EU-Bürgerin oder eines EU-Bür-  
1253 gers nicht am Arbeitsort leben und arbeiten können, wenn das gesellschaftliche  
1254 Klima gegenüber einer Gruppe feindlich ist und man Gewalt fürchten muss, dann  
1255 steht die Freizügigkeit nur auf dem Papier.

1256 Diskriminierung und Gewalt aufgrund von Rasse, Herkunft, Religion, Alter, Be-  
1257 hinderung, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität muss EU-weit  
1258 entgegengetreten werden. Nichtregierungsorganisationen, die sich in diesem Be-  
1259 reich engagieren, sollen daher stärker als heute bedarfsorientiert von der Euro-  
1260 päischen Union (EU) gefördert werden.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 35

1261 Europaweit soll das unternehmerische Konzept des ganzheitlichen Diversity Ma-  
1262 nagements in der Arbeitswelt umgesetzt werden, um eine Kultur der Wertschät-  
1263 zung und des Respekts vor der Unterschiedlichkeit der Mitarbeiter und Mitarbei-  
1264 terinnen zu schaffen. Dialoge zwischen Unternehmen, Verbänden und Gewerk-  
1265 schaften über Best Practices sollen dabei helfen, in Unternehmen und auch im  
1266 öffentlichen Dienst der EU diesen Ansatz als Teil einer ökonomischen Moderni-  
1267 sierungsstrategie zu verankern.

1268 Ehepartner und eingetragene Lebenspartner von EU-Bürgerinnen und EU-Bür-  
1269 gern müssen überall in der EU als Ehegatten anerkannt werden.

### 1270 **Sozialsysteme und Alterssicherung in Europa**

1271 Wir Freie Demokraten stehen für stabile und nachhaltig finanzierte Sozialsyste-  
1272 me. Eine Vereinheitlichung der sehr unterschiedlichen nationalen Altersvorsorge-  
1273 systeme innerhalb der Europäischen Union (EU) ist weder sinnvoll noch umsetz-  
1274 bar. Diese Unterschiedlichkeit darf jedoch kein Hindernis für die Freizügigkeit von  
1275 Beschäftigten und Selbstständigen sein.

1276 Wir wollen daher Möglichkeiten prüfen, erworbene Anwartschaften in staatlichen  
1277 Vorsorgesystemen in die Systeme anderer Staaten zu übertragen, insbesondere  
1278 um Verluste aufgrund von zu kurzen Beitragszeiten zu verhindern. Der Wettbe-  
1279 werb bei der kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge soll durch eine Vereinfachung  
1280 des grenzüberschreitenden Zugangs zu allen Angeboten in der EU ge-  
1281 stärkt werden. Das national zu schaffende digitale Altersvorsorgekonto sollte An-  
1282 wartschaften, die in anderen Mitgliedstaaten erworben wurden, automatisch ein-  
1283 pflegen. Wir plädieren für eine EU-weite Informationsplattform über die nationa-  
1284 len Altersvorsorgesysteme, ihre Besteuerung und ihre Portierbarkeit in andere  
1285 Länder.

### 1286 **Armutsmigration und Sozialtransfers in Europa**

1287 Wir Freie Demokraten wollen die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Euro-  
1288 päischen Union sichern und den Missbrauch der sozialen Sicherung verhindern.  
1289 Eine Zuwanderung in einen anderen Mitgliedstaat, um höhere Sozialleistungen  
1290 zu erhalten, ist nicht Gegenstand der Freizügigkeit und nicht Gegenstand der Eu-  
1291 ropäischen Verträge. Dies muss auch in der Praxis durchgesetzt werden, denn  
1292 ansonsten würde die Freizügigkeit selbst politisch diskreditiert.

1293 Die Ausländerbehörden sind aufgefordert, im Einklang mit den europäischen  
1294 Verträgen den Aufenthalt von EU-Ausländern, die sich länger als drei Monate im  
1295 Land aufhalten und weder eine Erwerbsarbeit noch Vermögen oder eine andere  
1296 Existenzgrundlage vorweisen können, konsequent zu beenden.

1297 Die EU-Kommission soll zudem umgehend eine Reform der Kindergeld-Rege-  
1298 lungen einbringen, wie sie diese bereits 2016 gegenüber den Staats- und Regie-  
1299 rungschefs zugesagt hatte. Die Reform soll es den Mitgliedstaaten ermöglichen,

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 36

1300 die Kindergeld-Zahlung an die Lebenshaltungskosten des Wohnsitzlandes des  
1301 Kindes anzupassen.

## 1302 **Mobilität quer durch Europa verbessern**

1303 Dank der Personenfreizügigkeit und Schengen können wir heute frei innerhalb  
1304 Europas reisen. Das ist ein großer Gewinn für jede Einzelne und jeden Einzel-  
1305 nen sowie die gesamte europäische Wirtschaft. Wenn wir es schaffen, Probleme  
1306 wie Staus, kaputte Straßen, fehlende Verbindungen sowie ungleiche Wettbe-  
1307 werbsbedingungen zu lösen und zugleich die Potentiale der Digitalisierung nut-  
1308 zen, können wir unsere Mobilität noch gewaltig steigern. Gehen wir es an!

## 1309 **Bezahlbare Mobilität**

1310 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine bezahlbare Mobilität für alle Bürgerin-  
1311 nen und Bürger im europäischen Binnenmarkt ein. Dabei wollen wir alle Ver-  
1312 kehrsträger nach ihren Stärken einsetzen und nicht einzelne Verkehrsträger be-  
1313 vorzuziehen. Jeder Verkehrsträger wird gebraucht, muss so gut es geht optimiert  
1314 werden und sollte im Regelfall von den Nutzern und Nutznießern finanziert wer-  
1315 den. Im europäischen Binnenmarkt benötigen wir ein durchgehendes Netz von  
1316 Verkehrswegen (Ten-V), bei dem vor allem Engpässe auf den Hauptachsen  
1317 schnell beseitigt, intermodale Hubs sowie parallel eine Infrastruktur für alternative  
1318 Energien aufgebaut und der Instandhaltungsrückstau aufgelöst werden. Pla-  
1319 nungszeiträume für Infrastrukturvorhaben müssen deutlich verkürzt und Anwoh-  
1320 ner frühzeitig einbezogen werden. Um Mobilität für Berufspendler, Auszubildende  
1321 und Studierende grenzübergreifend zu verbessern, wollen wir uns für bessere  
1322 und einfachere grenzübergreifende Tarife der Verkehrsverbände einsetzen.

## 1323 **Chancen der Digitalisierung im Verkehrswesen nutzen / intel- 1324 **ligente Verkehrssysteme und Mobilität 4.0****

1325 Wir Freie Demokraten wollen die Chancen der Digitalisierung im Verkehrswesen  
1326 europaweit nutzen – für die Erhöhung von Leistungsfähigkeit, Sicherheit und  
1327 Umweltfreundlichkeit. Dazu gehört insbesondere auch die Förderung innovativer  
1328 autonomer Systeme auf Schiene, Wasserwegen, Straße und in der Luft, inklusi-  
1329 ve Drohnen. Wir unterstützen das zunehmende Sharing von Fahrangeboten und  
1330 die Entwicklung von „mobility on demand“-Angeboten, in Ballungszentren sowie  
1331 auch im ländlichen Raum.

## 1332 **Innovation statt Belastung der Verkehrsteilnehmerinnen und 1333 **Verkehrsteilnehmer****

1334 Wir Freie Demokraten lehnen immer weitere Steuererhöhungen und Abgaben  
1335 oder andere Belastungen der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer  
1336 aus vorgeschobenen Gründen ab. Den Stau bekämpft man nicht mit einer  
1337 Stau-Maut und CO2-Emissionsreduzierungen erreicht man nicht mit immer schär-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 37

1338 feren Verboten, sondern mit der Ausweitung des Emissionshandels auf den Ver-  
1339 kehr. Damit werden Anreize für eine Flottenerneuerung und den Einsatz emissi-  
1340 onsärmerer und sparsamerer Fahrzeuge gesetzt, sodass sich die effizienteste Lö-  
1341 sung durchsetzt. Im Luftverkehr und in der Schifffahrt setzen wir uns für einen  
1342 globalen Emissionshandel ein.

1343 Millionen Fahrerinnen und Fahrer von Dieselfahrzeugen werden europaweit  
1344 durch bestehende und drohende Fahrverbote in ihrer Mobilität eingeschränkt und  
1345 leiden finanziell unter der Entwertung ihrer oft nur wenige Jahre alten Fahrzeuge.  
1346 Handwerker und Gewerbetreibende müssen befürchten, ihren Geschäften bald  
1347 nicht mehr in gewohnter Weise nachgehen zu können. Ursache ist der europäi-  
1348 sche Jahresmittelgrenzwert für Stickstoffdioxid, der erhebliche Zweifel an seiner  
1349 wissenschaftlichen Begründbarkeit aufkommen lässt. Zudem fehlt es an klaren  
1350 EU-Vorgaben zur Luftschadstoffqualitätsbestimmung, die Messergebnisse und  
1351 Resultate von Luftqualitätsprognosen europaweit vergleichbar machen. Daher  
1352 fordern wir auf europäischer Ebene ein Moratorium zur Aussetzung der Luftquali-  
1353 tätsrichtlinie, um die notwendigen Maßnahmen zur Luftreinhaltung in einem ge-  
1354 ordneten Verfahren umsetzen zu können und damit Fahrverbote zu vermeiden.  
1355 Wir fordern ein klares Regelwerk für eine europaweit vergleichbare Luftqualitäts-  
1356 bestimmung. Zudem setzen wir uns für eine wissenschaftliche Überprüfung des  
1357 Jahresmittelgrenzwerts ein.

### 1358 **Europaweit faire Wettbewerbsbedingungen, vor allem im** 1359 **Luft- und Schienenverkehr**

1360 Wir Freie Demokraten fordern europaweit faire Wettbewerbsbedingungen insbe-  
1361 sondere im Luft- und Schienenverkehr, der durch staatliche Beteiligungen massiv  
1362 verzerrt wird. Schieneninfrastruktur muss europaweit diskriminierungsfrei für alle  
1363 Bahnen im Personen- und Güterverkehr zur Verfügung gestellt werden. Im Luft-  
1364 verkehr dürfen nicht unterschiedliche nationale Subventionen beziehungsweise  
1365 Belastungen dazu führen, dass es in Deutschland keine Knotenpunktlughäfen  
1366 („Hubs“) mehr gibt, weil die Airlines mit wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen  
1367 entgegen der Kundennachfrage auf andere Standorte gelenkt werden.

### 1368 **Agrarpolitik marktwirtschaftlich modernisieren und** 1369 **Lebensräume schützen**

1370 Europa ist geprägt durch vielfältige ländliche Räume. Zugleich steht die europäi-  
1371 sche Landwirtschaft vor einem großen Strukturwandel. Die Gemeinsamen Agrar-  
1372 politik muss deshalb marktwirtschaftlich modernisiert werden. Wir brauchen weni-  
1373 ger Bürokratie, fairen Wettbewerb, stärkere Anreize für unternehmerisches Han-  
1374 deln und mehr Investitionen in innovative Forschung und Technik. Der Tierschutz  
1375 darf nicht an Ländergrenzen enden. Gestalten wir die Agrarpolitik neu und erhal-  
1376 ten wir die vielfältigen Lebensräume auf unserem Kontinent!

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 38

## 1377 **Gemeinsame Agrarpolitik**

1378 Wir Freie Demokraten wollen die Gemeinsame Agrarpolitik marktwirtschaftlich  
1379 modernisieren. Die Vorgaben der Europäischen Union sollen entbürokratisiert und  
1380 größere Spielräume für die Mitgliedstaaten geschaffen werden, ohne neue Wett-  
1381 bewerbungsverzerrungen auszulösen. So soll etwa die Gemeinsame Agrarpolitik  
1382 nicht zu Lasten der Entwicklungsländer betrieben werden. Zusätzlich zur infra-  
1383 strukturellen Förderung ländlicher Räume wollen wir die landwirtschaftlichen Be-  
1384 triebe dabei unterstützen, schrittweise unabhängig von Fördermitteln zu werden.  
1385 Ziel unserer Agrarpolitik ist es, ihnen Chancen auf wirtschaftlichen Erfolg, digita-  
1386 len Fortschritt und eine eigenverantwortliche Risikovorsorge gegen zunehmende  
1387 Witterungsrisiken zu ermöglichen. Daher setzen wir uns für Bürokratieabbau,  
1388 Markttransparenz, fairen Wettbewerb und marktwirtschaftliche Lieferbeziehungen  
1389 mit klaren Rahmenbedingungen ein. Zudem muss die Agrarpolitik wieder Vertrau-  
1390 en in die Sachkunde und das selbstbestimmte Wirtschaften der Landwirtinnen  
1391 und Landwirte setzen. Im steten Dialog mit den landwirtschaftlichen Betrieben  
1392 müssen dabei auch die Agrarsubventionen sukzessive abgebaut werden, um die  
1393 Unabhängigkeit europäischer Landwirtinnen und Landwirte langfristig tatsächlich  
1394 zu erreichen. Die Zahlung von Agrarsubventionen an wirtschaftlich unabhängige  
1395 Großbetriebe lehnen wir bereits heute ab. Schließlich wollen wir gemeinsam mit  
1396 den Landwirtinnen und Landwirten und Gebietskörperschaften ein Konzept für  
1397 notwendige Kulturlanderhaltung und mögliche Renaturierung von Flächen entwi-  
1398 ckeln.

## 1399 **Digitale Landwirtschaft 4.0**

1400 Wir Freie Demokraten wollen mit europäischen Mitteln die Entwicklung smarterer  
1401 Lösungen für die Agrarwirtschaft stärker fördern. Überall in Europa steht die  
1402 Landwirtschaft vor einem großen Strukturwandel. Fachkräfte fehlen und die Kos-  
1403 ten für traditionelle Landbewirtschaftung steigen. Die Digitalisierung kann dazu  
1404 zukunftsichernde Antworten liefern. So kann die digitale Landwirtschaft 4.0 hel-  
1405 fen, mühsame Handarbeit zu ersetzen, Pflanzenschutz- und Düngemittel präziser  
1406 und somit umweltschonender auszubringen, die Gesundheit von Nutztieren bes-  
1407 ser zu überwachen und Bürokratiekosten zu mindern. Damit die smarten Tech-  
1408 nologien nicht zum gläsernen Betrieb oder zur Konzentration von Marktmacht  
1409 führen, setzen wir uns in Europa für ordnungspolitische Leitplanken bei der Si-  
1410 cherheit und dem Schutz von Daten sowie bei der Standardisierung von Schnitt-  
1411 stellen und Datenformaten unterschiedlicher Systemanbieter ein.

## 1412 **Neue Züchtungstechniken**

1413 Wir Freie Demokraten stehen für einen offenen und transparenten Umgang mit  
1414 den neuen Züchtungstechniken (Genome Editing). Anders als die klassische grü-  
1415 ne Gentechnik ermöglichen diese Verfahren hoch präzise, und daher zeit- und  
1416 kostensparende, Änderungen innerhalb des eigenen Erbgutes einer Nutzpflanze,  
1417 die im Ergebnis von natürlichen Mutationen nicht zu unterscheiden sind. Ange-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 39

1418 sichts des Klimawandels und der globalen Bevölkerungsentwicklung wollen wir  
1419 eine verantwortungsvolle Erforschung dieser Techniken nicht mit ideologischen  
1420 Schlagworten verbauen. Wir setzen uns daher für eine vollständige Neuordnung  
1421 des europäischen Gentechnikrechts ein, um auch genom-interne Änderungen mit  
1422 Hilfe präziser Verfahren wie CRISPR/Cas9 transparent, rechtlich klar und fort-  
1423 schrittsorientiert zu regeln. Denn widerstandsfähigere und ertragsstarke Pflanzen-  
1424 züchtungen würden nicht zuletzt eine erhebliche Verringerung des Einsatzes von  
1425 synthetischen Pflanzenschutzmitteln im konventionellen Landbau und des Einsatzes  
1426 von umweltbelastenden Pflanzenstärkungsmitteln im Ökolandbau ermögli-  
1427 chen.

### 1428 **Pflanzenschutz**

1429 Wir Freie Demokraten wollen eine Vereinheitlichung der nationalen Verfahren  
1430 zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln erreichen, um gleiche Wettbewerbsbe-  
1431 dingungen für die landwirtschaftlichen Betriebe in allen Mitgliedstaaten herzustellen.  
1432 Dazu müssen behördliche Zuständigkeiten vereinfacht und Entscheidungs-  
1433 wege standardisiert werden. Es ist gerade auch im Sinne eines nachhaltigen Re-  
1434 sistenzmanagements nicht hinnehmbar, wenn Pflanzenschutzmittel in einem Mit-  
1435 gliedstaat sofort und in anderen mit mehrmonatiger Verzögerung oder überhaupt  
1436 nicht zugelassen werden. Die veränderten Klimabedingungen erfordern immer  
1437 häufiger ein sofortiges Eingreifen, was zu erheblichen Wettbewerbsvorteilen an  
1438 den Standorten führt, an denen Zulassungsverfahren in kurzer Frist abgeschlos-  
1439 sen werden.

### 1440 **Tierschutz in Europa fördern**

1441 Wir Freie Demokraten stehen für ein Europa des Tierschutzes. Die Verantwor-  
1442 tung für eine möglichst leidensfreie Tierhaltung endet nicht an den Grenzen der  
1443 Mitgliedstaaten. Deswegen setzen wir uns für die kurzfristige Einführung eines  
1444 verpflichtenden Europäischen Tierschutzsiegels ein, welches es den Verbrauche-  
1445 rinnen und Verbrauchern einfach und transparent ermöglicht, die an ein tierisches  
1446 Produkt angelegten Tierschutzstandards zu erkennen. Zudem setzen wir uns für  
1447 die mittelfristige Einführung einheitlicher europäischer Tierhaltungsstandards ein.  
1448 Insbesondere die Regelungen zum Tiertransport bis zum endgültigen Beförde-  
1449 rungsort müssen auch dann eingehalten werden, wenn dieser außerhalb der Eu-  
1450 ropäischen Union (EU) liegt. Leberntierexporte an Ziele außerhalb der EU, die  
1451 nicht die europarechtlichen Mindeststandards zum Schutz der Tiere einhalten,  
1452 müssen unterbunden werden. Wir fordern eine verstärkte europaweite Kontrolle  
1453 der Einhaltung dieser Vorschriften.

### 1454 **Natura 2000-Netz**

1455 Viele praxisferne Regelungen, die Waldbewirtschafter, Landwirtinnen und Land-  
1456 wirte, Jägerinnen und Jäger sowie Anglerinnen und Angler in Natura 2000-Ge-  
1457 bieten erleben, sind auf nationale Verschärfungen europäischer Vorgaben oder

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 40

1458 auf örtliche Managementpläne zurückzuführen. Bei der Erreichung der Schutz-  
1459 zwecke müssen vor Ort stets die Wahl des mildesten Mittels und das Gebot der  
1460 Verhältnismäßigkeit Vorrang haben. Bei der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie  
1461 (FFH-Richtlinie) setzen wir uns für eine Dynamisierung der Schutzkategorien ein.  
1462 Arten wie Wolf oder Biber, deren Erhaltungszustand sich stabilisiert hat und die  
1463 in einigen Regionen massive Schäden verursachen, müssen zu einem bestimmten  
1464 Zeitpunkt aus dem starren Schutz des Anhangs IV der FFH-Richtlinie entlas-  
1465 sen werden, um ein geordnetes Populationsmanagement nach Anhang V zu er-  
1466 möglichen. Ähnliches gilt im Rahmen der Vogelschutzrichtlinie für den Kormoran,  
1467 der vielerorts den Fischartenschutz bedroht. Wir Freie Demokraten wollen dar-  
1468 über hinaus keine europäische Verschärfung des Jagd- und Waffenrechts.

### 1469 **Gemeinsame Fischereipolitik**

1470 Wir Freie Demokraten wollen eine europäische Fischereipolitik, welche eine  
1471 nachhaltige Bewirtschaftung der Meere sicherstellt, zerstörerische Fangmethoden  
1472 (zum Beispiel mit Grundschleppnetzen) verbietet und den Erholungswert der Ge-  
1473 wässer für die Menschen stärkt. Reduzierungen von Fangquoten müssen mit  
1474 Hilfsmaßnahmen flankiert werden, um Berufsfischerinnen und Berufsfischer nicht  
1475 in die Existenznot zu drängen. Zur Entlastung der Wildfischbestände vor Euro-  
1476 pas Küsten wollen wir mit einheitlichen Standards die nachhaltige Fischerzeu-  
1477 gung in Aquakulturen beziehungsweise Aquafarming voranbringen. Bestrebun-  
1478 gen der Europäischen Kommission, das Freizeitangeln zunehmend den Vorga-  
1479 ben der Gemeinsamen Fischereipolitik und engmaschigen Datenerhebungen zu  
1480 unterstellen, lehnen wir aus Gründen der Verhältnismäßigkeit ab. Vorgaben wie  
1481 Entnahme- oder Anlandungspflichten bei quotierten untermaßigen Fischen auch  
1482 auf Anglerinnen und Angler zu übertragen, würde in den Mitgliedstaaten zu ei-  
1483 nem unangemessenen Kontrollaufwand führen.

### 1484 **Fokus auf Meerespolitik als Zukunftsaufgabe**

1485 Wir Freie Demokraten wollen einen Fokus auf Meerespolitik als Zukunftsaufga-  
1486 be. Meere und Ozeane spielen als Quelle für Nahrungsmittel, Rohstoffe und En-  
1487 ergie, als Transportweg oder Erholungsgebiet eine wichtige Rolle bei wachsen-  
1488 der Weltbevölkerung. Die maritime Wirtschaft hat enormes Potential in Sektoren  
1489 wie Wellen-, Tide- und Offshore-Windenergie, Aquakultur, blauer Biotechnologie,  
1490 Meeresbergbau und maritimem Tourismus. Dennoch wissen wir mehr über Mond  
1491 und Mars als über die Tiefsee der Erde. Wir unterstützen daher den Ausbau der  
1492 Meeresforschung und stehen für eine nachhaltige Meerespolitik, die wirtschaftliche  
1493 Nutzung, Umweltschutz und Sicherheit in Einklang bringt. Die Konsequenzen  
1494 des Klimawandels wie auch Überfischung, Plastikmüll, Meeresverschmutzung und  
1495 Piraterie stellen eine Gefahr für den größten Lebensraum der Erde dar. Die Be-  
1496 wältigung dieser Herausforderung muss schwerpunktmäßig global erfolgen. Des-  
1497 halb setzen wir uns dafür ein, dass Europa international seine Vorreiterrolle aus-  
1498 baut – sowohl im Bereich von Innovation und Forschung als auch bei der ökonomi-  
1499 schen und ökologischen Entwicklung der Meere.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 41

## 1500 **Ein Europa, das unser Klima schützt**

1501 Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit.  
1502 Eine Herausforderung, der Europa sich stellen muss – mit europäischen und in-  
1503 ternationalen Lösungen. Nur so lässt sich im Weltmaßstab wirklich etwas bewe-  
1504 gen. Nationale Alleingänge hingegen werden dieser globalen Aufgabe nicht ge-  
1505 recht. Wir brauchen eine europäische Klimapolitik aus einem Guss mit abge-  
1506 stimmten Zielen. Nur so kann Europa auch auf internationaler Bühne mit einer  
1507 gemeinsamen Position auftreten.

1508 Durch die Chancen der Innovation können wir Klimapolitik neu denken. Denn  
1509 Technologieoffenheit und Wettbewerb bieten Potential für die besten Lösungen.

1510 Nutzen wir die Chancen Europas durch eine innovative europäische Energie-  
1511 und Klimapolitik! Schaffen wir ein Europa, das unser Klima schützt!

## 1512 **Europäische Energie- und Klimapolitik aus einem** 1513 **Guss**

1514 Der Klimawandel betrifft nicht nur einzelne Staaten, sondern ist eine globale  
1515 Herausforderung, die uns alle angeht. Dies erfordert eine Energie- und Klimapoli-  
1516 tik aus einem Guss – auf europäischer und internationaler Ebene. Lasst sie uns  
1517 gestalten!

## 1518 **Für eine europäische Klimapolitik, die im Weltmaßstab wirk-** 1519 **lich etwas bewegt**

1520 Wir Freie Demokraten wollen Klimapolitik europäisch aus einem Guss gestalten.  
1521 Wir bekennen uns zur Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen und  
1522 zum Pariser Klimaabkommen. Das Ziel des Pariser Abkommens ist es, den  
1523 menschlichen Anteil am Klimawandel zu minimieren, um eine möglichst geringe  
1524 Erwärmung zu erreichen. Dazu sollen europa- und weltweit die CO<sub>2</sub>-Emissionen  
1525 massiv reduziert werden. Wir Freie Demokraten stehen zu dieser Zielsetzung.

1526 Wirkungsvolle Klimapolitik erfordert jedoch den Einsatz der gesamten Weltge-  
1527 meinschaft. Zentraler Ansatzpunkt ist für uns ein schneller Einstieg in ein effekti-  
1528 ves internationales System, das weltweit Anreize zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissi-  
1529 on in allen Sektoren setzt. Dafür muss sich europäische Politik künftig mit aller  
1530 Kraft einsetzen, wenn wirklich etwas erreicht werden soll! Denn so wichtig deut-  
1531 sche und europäische Anstrengungen sind, so wenig tragen auch ehrgeizigste,  
1532 aber nur auf einzelne Länder oder Europa insgesamt begrenzte Maßnahmen zur  
1533 Erreichung des weltweiten Ziels bei.

## 1534 **Politische Klimaziele mit Vernunft und Augenmaß setzen und** 1535 **erreichen**

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 42

1536 Für uns Freie Demokraten ist Klimaschutz eine weltweite und branchenübergrei-  
1537 fende Aufgabe. Sektoral und regional isoliert gesetzte Ziele zur Emissionsminde-  
1538 rung machen wenig Sinn, damit gepaarte Subventionen und staatliche Verbote  
1539 und Vorschriften konterkarieren sogar oft die Ziele. So führt unter dem heutigen  
1540 System zum Beispiel die Stilllegung deutscher Kohlekraftwerke dazu, dass die  
1541 dadurch am Markt zusätzlich verfügbaren Emissionsrechte von Anlagen in ande-  
1542 ren europäischen Ländern in Anspruch genommen werden können, was diese  
1543 Maßnahme neutralisiert. Zwar kann dieser Effekt im Zuge der Reform des Euro-  
1544 päischen Emissionshandels (EU ETS) von den Mitgliedstaaten reduziert werden,  
1545 jedoch besteht keine Sicherheit, dass diese Möglichkeit in Anspruch genommen  
1546 wird. Die Emissionsminderungsziele müssen die technischen Entwicklungen und  
1547 zunehmende, Sektorenkopplung wie zum Beispiel die Kraft-Wärme-Kopplung  
1548 (KWK) und Power-to-X aus Windenergie und Photovoltaik, berücksichtigen. Somit  
1549 werden europäische Maßnahmen für weltweiten Klimaschutz wirksam.

1550 Wir Freie Demokraten wollen daher, dass CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele für die Europäi-  
1551 sche Union ambitioniert, aber auch systemisch sinnvoll, langfristig verlässlich und  
1552 mit realistischem Aufwand erreichbar gesetzt werden. Wir wollen, dass deren po-  
1553 litische Steuerung künftig nur noch über die Menge der ausgegebenen  
1554 CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte erfolgen soll. Auftretende Mehrbelastungen von privaten  
1555 Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Handwerk und Gewerbe durch einen  
1556 CO<sub>2</sub>-Emissionspreis sollen soweit wie möglich durch Entlastungen bei bestehen-  
1557 den Steuern und Abgaben (zum Beispiel auf Strom und Kraftstoffe) kompensiert  
1558 werden, ohne die Lenkungswirkung zu gefährden.

### 1559 **Europäische Klimapolitik neu denken: dort ansetzen, wo es** 1560 **schnell am meisten bringt!**

1561 Wir Freie Demokraten wollen zur Verbesserung des Klimaschutzes dort anset-  
1562 zen, wo große Mengen CO<sub>2</sub>-Emissionen mit relativ geringem Aufwand schnell  
1563 vermieden werden können und wo künftig das größte Wachstum an Energiebe-  
1564 darf eintreten wird. Das ist in vielen Fällen nicht die Europäische Union (EU). In  
1565 Asien und Afrika beispielsweise können schnelle Erfolge in der richtigen Größen-  
1566 ordnung mit dem geringsten Aufwand erzielt werden. Dabei kann europäische  
1567 Technologie eine entscheidende Rolle spielen, nicht nur Technologien für rege-  
1568 nerative Energieerzeugung, sondern auch klassische, vom hocheffizienten Kohle-  
1569 oder Gasturbinen-Kraftwerk als Übergangstechnologie bis zum sparsamen Auto-  
1570 mobil. Aber auch die Bindung von Kohlendioxid durch internationale Forstprojekte  
1571 und klimaschonende Landnutzung kann einen wirksamen Klimaschutzbeitrag leis-  
1572 ten.

1573 Wir Freie Demokraten schlagen daher in diesem Sinne vor, dass EU-Mitglied-  
1574 staaten im eigenen Land nicht erreichte CO<sub>2</sub>-Einsparungsziele gegen die Finan-  
1575 zierung von ebenso wirksamen aber kostengünstigeren CO<sub>2</sub>-Einsparungen in  
1576 Ländern außerhalb der EU verrechnen können.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 43

## 1577 **Für die Vollendung des Europäischen Energie-Binnenmark-** 1578 **tes**

1579 Wir Freie Demokraten wollen die Energiewende zu einem gesamteuropäischen  
1580 Projekt machen, in dessen Zentrum die Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssi-  
1581 cherheit, Klimaverträglichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz stehen. Dazu müs-  
1582 sen die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes abgeschlossen und der trans-  
1583 europäische Netzausbau gestärkt werden. Strom soll dort produziert werden, wo  
1584 die Standortbedingungen die geringsten Kosten bei gleichen Umweltstandards  
1585 erlauben.

1586 Die mit zunehmendem Ausbau immer stärker werdenden Stromspitzen aus  
1587 Windkraft und Photovoltaik müssen besser durch das europäische Netz aufge-  
1588 fangen sowie durch Speichermöglichkeiten für Zeiten von Schwachwind und oh-  
1589 ne Sonnenschein verfügbar gemacht werden. Daher fordern wir entsprechende  
1590 Maßnahmen auf europäischer Ebene für Netzausbau und Backup-Kapazitäten.

1591 Wir Freie Demokraten respektieren die Entscheidung anderer europäischer Län-  
1592 der, weiter auf die Kernkraft zu setzen. Wir fordern jedoch die effektive Durch-  
1593 setzung eines einheitlichen europäischen Sicherheitsniveaus für die Nutzung von  
1594 Kernkraft.

## 1595 **Für eine Europäische Energieaußenpolitik**

1596 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine gemeinsame europäische Energiepo-  
1597 litik ein, die es der Europäischen Union (EU) ermöglicht, ihre Energiequellen zu  
1598 diversifizieren und ihre Energieabhängigkeit von einzelnen Lieferanten reduzie-  
1599 ren. Um eine kontinuierliche Versorgung mit Energie zu garantieren sind die  
1600 EU-Mitgliedstaaten auf Energieimporte angewiesen. Angesichts dieser Abhängig-  
1601 keit ist Energiepolitik immer auch Außen- und Sicherheitspolitik. Viele Staaten,  
1602 die uns mit fossilen Brennstoffen beliefern, sind politisch instabil, werden autori-  
1603 tär regiert oder nutzen die Einnahmen aus dem Export von Energieträgern zur  
1604 Durchsetzung ihrer geopolitischen Interessen. Es ist daher ein Gebot der Versor-  
1605 gungssicherheit, unsere Energiequellen zu diversifizieren und zugleich Sorge da-  
1606 für zu tragen, dass die EU-Mitgliedstaaten bei der Energieversorgung möglichst  
1607 eng zusammenarbeiten. Daher fordern wir, dass für Deutschland wichtige Ener-  
1608 gieinfrastrukturprojekte wie die Erdgaspipeline Nord Stream 2 künftig auf europäi-  
1609 scher Ebene abgestimmt und die Verhandlungen darüber von der Europäischen  
1610 Kommission geführt werden. So können die Sicherheitsbedürfnisse unserer euro-  
1611 päischen Partner berücksichtigt und der wichtige Ausbau unserer Zulieferungs-  
1612 infrastruktur im Einklang mit den Prinzipien der Energieunion vorangetrieben wer-  
1613 den.

## 1614 **Mehr Wald für den Klimaschutz – in Europa und weltweit**

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 44

1615 Wir Freie Demokraten setzen uns für Aufforstung und den Schutz bestehender  
1616 Wälder auch als Klimaschutzmaßnahme ein. Um die Klimaveränderungen in  
1617 Grenzen zu halten, müssen wir auch auf die organische CO<sub>2</sub>-Speicherung durch  
1618 Wald setzen. Wälder sind das effizienteste und günstigste Mittel, CO<sub>2</sub> aus der  
1619 Luft zu binden. Jeder Hektar zählt, denn weltweit schreitet die Zerstörung der  
1620 Wälder voran. Jedes Jahr gehen netto circa sieben Millionen Hektar Waldflächen  
1621 verloren. Dem müssen wir Einhalt gebieten. Die Mitgliedstaaten der Europäi-  
1622 schen Union bieten ein enormes Potential für Aufforstungen. So können bei-  
1623 spielsweise aufgegebenen landwirtschaftlichen Flächen in Wald umgewandelt wer-  
1624 den. Deshalb wollen wir in Zusammenarbeit mit deren Eigentümern den Erhalt  
1625 sowie den Ausbau der Wälder Europas erreichen und unterstützen entsprechen-  
1626 de Initiativen. Mit der Erderwärmung steigt die Anzahl der Waldbrände, was wir  
1627 auch in Deutschland und Europa beobachten können. Waldbrände verursachen  
1628 immense Schäden und gefährden das Leben von Menschen und Tieren, sie ver-  
1629 nichten auch wertvolle CO<sub>2</sub>-Senken. Daher setzen wir uns für eine Verbesserung  
1630 des Brandschutzes ein – sowohl technisch als auch durch Waldumbau.

1631 Darüber hinaus können Waldschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern ein Mit-  
1632 tel im Rahmen des REDD+-Konzepts des Rahmenübereinkommens der Vereinten  
1633 Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) sein. Allerdings fordern wir, die-  
1634 se auch tatsächlich im Feld und nicht nur auf dem Papier umzusetzen.

### 1635 **Klimaschutz durch Innovation und Wettbewerb**

1636 Wir brauchen eine moderne Klimapolitik. Eine Politik, die nicht auf Technikvor-  
1637 gaben und Verbote setzt, sondern in die Kraft neuer Technologien und die Krea-  
1638 tivität des Marktes vertraut. Seien wir innovativ!

### 1639 **Geben wir der Emission von CO<sub>2</sub> einen Preis: Effiziente Kli- 1640 mapolitik durch die Kräfte und Kreativität des Marktes**

1641 Wir Freie Demokraten wollen die Klimapolitik dadurch effizienter machen, dass  
1642 wir die Kräfte und die Kreativität des Marktes und auch laufend neue technische  
1643 Möglichkeiten wie zum Beispiel die Digitalisierung nutzen. Dazu müssen wir der  
1644 zu reduzierenden Größe, der CO<sub>2</sub>-Emission, einen fühlbaren Preis geben. Damit  
1645 würden Investitionen in Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen unmittelbare wirt-  
1646 schaftliche Vorteile ergeben, sie würden sich rechnen. Ein solcher Preis für  
1647 Emissionen müsste alle Sektoren einschließen, das heißt vom Strom über Wär-  
1648 me bis zu Mobilität und Transport. Die Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen im Be-  
1649 reich der Industrie muss über CO<sub>2</sub>-mindernde Technologie vorangetrieben wer-  
1650 den. Klimapolitik ist Standortpolitik. Der CO<sub>2</sub>-Emissionspreis soll sich marktwirt-  
1651 schaftlich durch einen weltweit vereinbarten und stringent angelegten Emissions-  
1652 handel (ETS) bilden. Die international völkerrechtlich verbindlich (zum Beispiel im  
1653 Rahmen des Paris-Nachfolgeprozesses) zu vereinbarende und entsprechend der  
1654 Klimaziele zu reduzierende Menge der Zertifikate ist die Steuergröße. Sinnvoller-  
1655 weise sollten die fossilen Primärenergieträger „an der Quelle“ belastet werden.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 45

1656 Internationale Sektoren wie Luftverkehr und Schifffahrt sind mit einzuschließen.  
1657 Wettbewerbsverzerrungen etwa bei den Energiepreisen, die durch einseitige na-  
1658 tionale oder EU-weite Regelungen entstehen, werden so vermieden. Eine Aus-  
1659 dehnung des im Energiesektor bereits gut funktionierenden Europäischen Emissi-  
1660 onshandels-Systems (EU ETS) auf die Sektoren Mobilität / Transport und Wärme  
1661 wäre dafür ein notwendiger erster Schritt, allerdings noch nicht die endgültige Lö-  
1662 sung, die weltweit sein muss.

1663 **Unsere Politik setzt auf Innovationen: die besten und am**  
1664 **meisten akzeptierten Technologien sollen sich am Markt**  
1665 **durchsetzen**

1666 Wir Freie Demokraten geben marktwirtschaftlichen Mechanismen und Anreizen  
1667 den Vorrang vor Ge- und Verboten. Jede gesellschaftlich akzeptierte und wirt-  
1668 schaftliche Technologie, die Emissionen reduziert beziehungsweise vermeidet,  
1669 bringt uns dem Ziel ein Stück näher und ist daher willkommen. Hierfür ist die För-  
1670 derung europäischer Forschungsprojekte unabdingbar. Wir wollen den Erfin-  
1671 dungsreichtum der Ingenieurinnen und Ingenieure, der Programmierinnen und  
1672 Programmierer sowie der Start-up-Gründerinnen und -Gründer nutzen für den  
1673 Wettbewerb um die effizientesten Lösungen, die wirtschaftlich sind und Umwelt  
1674 und Klima schützen.

1675 **Diversität von Kraftstoffen**

1676 Wir Freie Demokraten setzen uns für innovative Mobilität ein. Dazu gehören ne-  
1677 ben neuen Antriebsformen auch die Kraftstoffe für Fahrzeuge und Schiffe. Denn  
1678 fossile Brennstoffe wie Öl neigen sich auf lange Sicht dem Ende zu. Ob mit Bat-  
1679 terie, Gas, Methanol oder Wasserstoff: Es gibt vielfältige Möglichkeiten, wie wir  
1680 in Zukunft fossile Treibstoffe ersetzen können. Wir Freie Demokraten sehen die-  
1681 se Vielfalt als Chance für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Indus-  
1682 trie, um im Wettbewerb den besten Kraftstoff zu finden. Dazu benötigen wir ne-  
1683 ben der Technik ein flächendeckendes und europaweites Tankstellensystem, wel-  
1684 ches eine Diversität von Kraftstoffen anbietet. Somit ermöglichen wir einen fairen  
1685 Wettstreit um die Technologie der Zukunft.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 46

## 1686 **Ein Europa, das rechnen kann**

1687 Der Euro als europäisches Projekt ist eine historische Errungenschaft. Im Alltag  
1688 bringt er viele Vorteile sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für unse-  
1689 re Wirtschaft.

1690 Doch noch immer steht die Währungsunion vor großen Herausforderungen. Die  
1691 Euro-Staaten müssen die Lehren aus der Krise ziehen und das Vertrauen für die  
1692 Zukunft wiederherstellen. Dies erreichen wir nur durch Stabilität, Eigenverantwor-  
1693 tung und klare Regeln, die auch eingehalten werden.

1694 Nutzen wir die Chancen Europas durch eine stabile gemeinsame Währung!  
1695 Schaffen wir ein Europa, das rechnen kann!

## 1696 **Steuern in der EU**

1697 Ein Europa, das rechnen kann – auch bei den Steuern. Die Erhebung von Steu-  
1698 ern ist ein Privileg der Mitgliedstaaten. Das soll auch so bleiben!

## 1699 **Für Vielfalt der Steuersätze**

1700 Wir Freie Demokraten stehen für Vielfalt der Steuersätze innerhalb der Europäi-  
1701 schen Union (EU). Im Bereich der Unternehmensbesteuerung befürworten wir da-  
1702 her eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer. Dadurch  
1703 wird die Höhe der Besteuerung in den einzelnen Mitgliedstaaten besser ver-  
1704 gleichbar. Hingegen lehnen wir die Festsetzung von Mindeststeuersätzen inner-  
1705 halb der EU ebenso ab wie die Zulässigkeit sogenannter Tax-Deals, mit denen  
1706 große Unternehmen die Höhe ihrer eigenen Besteuerung mit den Behörden ei-  
1707 nes Mitgliedstaats individuell aushandeln können.

## 1708 **Gegen Steuerhinterziehung und für faire Besteuerung**

1709 Wir Freie Demokraten unterstützen den Kampf gegen Steuerhinterziehung.  
1710 Durch falsche Deklaration von grenzüberschreitenden Geschäften gehen enor-  
1711 me Einnahmen bei der Umsatz- und Körperschaftssteuer verloren: hier müssen  
1712 die Behörden der Mitgliedstaaten besser zusammenarbeiten. Die Europäische  
1713 Union (EU) muss weiterhin konsequent gegen die Verlagerung von Gewinnen in  
1714 Staaten vorgehen, die in Steuerfragen nicht kooperativ sind. Neben einem funk-  
1715 tionierenden Informationsaustausch der Finanzverwaltungen innerhalb der EU ist  
1716 es auch erforderlich, Verrechnungspreise und Lizenzgebühren innerhalb von  
1717 Konzernen steuerlich korrekt zu ermitteln.

## 1718 **Digitalisierung vorantreiben und nicht bestrafen**

1719 Wir Freie Demokraten stehen wie keine andere Partei in Deutschland für die  
1720 Chancen der Digitalisierung. Daher wollen wir unseren Unternehmen den Weg in  
1721 die digitale Wirtschaft erleichtern. Überlegungen wie die von der Europäischen

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 47

1722 Kommission vorgeschlagene Digitalsteuer als eine Art zweite Umsatzsteuer sto-  
1723 ßen bei uns auf Ablehnung. Durch eine solche Konstruktion entstünde die Ge-  
1724 fahr eines internationalen Steuerstreits mit Gegenreaktionen anderer Wirtschafts-  
1725 räume sowie die Gefahr der Doppelbesteuerung digitaler Wertschöpfung. Das  
1726 würde erst recht gelten, wenn die Europäische Union eine solche Steuer einseitig  
1727 einführen würde. Vielmehr sollte die Diskussion über eine angemessene Be-  
1728 steuerung der digitalen Wirtschaft auf OECD- / G20-Ebene fortgeführt werden.

### 1729 **Umsatzsteuersystem vereinfachen**

1730 Wir Freie Demokraten wollen ein einfaches und gerechtes Steuersystem. Büro-  
1731 kratischer Aufwand für Steuerpflichtige und Finanzverwaltung sollen auf ein Mini-  
1732 mum beschränkt werden. Im Bereich der Umsatzsteuer bedeutet dies unter ande-  
1733 rem, den Katalog der Leistungen, für die EU-Mitgliedstaaten die ermäßigte Um-  
1734 satzsteuer erheben dürfen, zu verschlanken. Ermäßigte Umsatzsteuersätze sol-  
1735 len in den Mitgliedstaaten künftig nur noch für Leistungen erhoben werden, die  
1736 einen Bezug zum materiellen und kulturellen Grundbedarf haben. Steuernehre-  
1737 inahmen infolge der Abschaffung von ermäßigten Steuersätzen sollen in Deutsch-  
1738 land vollumfänglich zur Senkung des Regelsteuersatzes eingesetzt werden.

1739 Darüber hinaus sollte durch eine präzisere Definition der europäischen Vorga-  
1740 ben die Anwendung des europäischen Umsatzsteuerrechts einfacher werden.  
1741 Die daraus bisher resultierenden bürokratischen Belastungen hindern gerade klei-  
1742 ne Unternehmen an grenzüberschreitenden Aktivitäten.

### 1743 **EU-Haushalt: Blick für die Zukunft**

1744 Um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, braucht die Europäische Union ei-  
1745 nen Haushalt, der zukunftsweisende Schwerpunkte setzt. Sie soll Geld dort aus-  
1746 geben, wo es einen europäischen Mehrwert gibt. Denn ein Europa, das rechnen  
1747 kann, muss die Herausforderungen der Zukunft im Blick haben.

### 1748 **Schuldenfrei und ohne eigene Steuern**

1749 Wir Freie Demokraten wollen eine Europäische Union (EU), die schuldenfrei  
1750 bleibt. Daher halten wir am Verschuldungsverbot für die EU fest. Ferner wollen  
1751 wir die bestehenden Einnahmequellen der EU erhalten, also im Wesentlichen  
1752 Einnahmen aus Eigenmitteln, wie etwa Zöllen, und wirtschaftskraftbezogene Zu-  
1753 weisungen der Mitgliedstaaten (auf Grundlage des Bruttonationaleinkommens  
1754 (BNE) der Mitgliedstaaten). Die Zuweisung eigener Steuern an die europäische  
1755 Ebene oder die Einführung von EU-Steuern lehnen wir hingegen ab. Insbeson-  
1756 dere eine Finanztransaktionsteuer halten wir für falsch. Eine solche Steuer wür-  
1757 de die Sparerinnen und Sparer, die Altersvorsorge sowie die Realwirtschaft be-  
1758 lasten.

### 1759 **EU-Haushalt: Die Zukunft im Blick**

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 48

1760 Wir Freie Demokraten wollen den EU-Haushalt strikt danach ausrichten, einen  
1761 europäischen Mehrwert für die Mitgliedstaaten und EU-Bürgerinnen und EU-Bür-  
1762 ger zu liefern. Durch die Eingliederung sämtlicher Sonderhaushalte und die Ab-  
1763 schaffung aller Rabatte und Korrekturen soll er transparenter werden. Bei der  
1764 Gewichtung der Ausgaben setzen wir uns dafür ein, die Mittel für Forschung, In-  
1765 novation und Digitalisierung, Migrationspolitik, sowie Außen- und Verteidigungs-  
1766 politik zu erhöhen. Umgekehrt sind die Mittel für Struktur- und Kohäsionsfonds  
1767 zielgerichteter einzusetzen und gegebenenfalls zu senken. Sie sollen stärker auf  
1768 die Unterstützung des technologischen Wandels setzen; gerade in Bereichen wie  
1769 der Entwicklung disruptiver Technologien und künstlicher Intelligenz kann Europa  
1770 nur gemeinsam zum Champion werden. Schließlich gilt es, auch bei den Mitteln  
1771 für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bei Anerkennung der vielfältigen Funktio-  
1772 nen, welche die Landwirtschaft innerhalb der Europäischen Union erfüllt, stärker  
1773 auf Marktwirtschaft und weniger Bürokratie zu setzen. So heben wir Effizienzpo-  
1774 tentiale, die eine sukzessive Absenkung der Agrarsubventionen erlauben.

### 1775 **Ein stabiler Euro**

1776 Ein stabiler Euro ist Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand in Europa.  
1777 Hier brauchen wir gemeinsame Regeln und setzen auf einen Europäischen Wäh-  
1778 rungsfonds mit klar umrissenen Aufgaben. Denn ein Europa, das rechnen kann,  
1779 funktioniert nur mit einem stabilen Euro.

### 1780 **Maastricht 2.0 – ein wirksamer Stabilitätspakt für den Euro-** 1781 **raum**

1782 Wir Freie Demokraten wollen den Euro als starke und stabile Gemeinschafts-  
1783 währung sichern. Dazu bedarf es gemeinsamer Regeln, die eingehalten werden.  
1784 Unvernünftiges Wirtschaften und übermäßige Verschuldung einzelner Mitglied-  
1785 staaten sind in einer Währungsunion stets unsolidarisch, weil sie allen Mitglied-  
1786 staaten schaden. Daher wollen wir das stabilitätsorientierte Regelwerk von Maas-  
1787 tricht robuster machen (Maastricht 2.0): künftig soll es nach einem Defizitverfah-  
1788 ren automatische Sanktionen gegen Mitgliedstaaten geben, die nicht politisch  
1789 ausgehebelt werden können. Die Auszahlung von Kohäsionsmitteln soll an die  
1790 Einhaltung des Fiskalpakts durch den jeweiligen Mitgliedstaat geknüpft werden.  
1791 Außerdem müssen auch nichtfinanzielle Sanktionen möglich sein, wie etwa die  
1792 Aussetzung des Stimmrechts im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister. Ferner  
1793 befürworten wir Freie Demokraten die Erarbeitung eines Regelwerkes für den  
1794 einvernehmlichen Austritt aus dem Euroraum – als Ultima Ratio – bei gleichzeiti-  
1795 gem Verbleib in der Europäischen Union sowie für eine spätere Möglichkeit der  
1796 Wiedereinführung der Gemeinschaftswährung.

### 1797 **Europäischer Währungsfonds – Hilfe zur Selbsthilfe**

1798 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Verantwortung der Mitgliedstaaten für  
1799 ihre eigenen Haushalte. Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten bedeutet, ohne

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 49

1800 eine Vergemeinschaftung von Schulden auszukommen, etwa in Form von Euro-  
1801 bonds. Wir wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem  
1802 Europäischen Währungsfonds (EWF) umbauen, der intergouvernemental aufge-  
1803 baut ist. Der in Deutschland verfassungsrechtlich garantierte Parlamentsvorbehalt  
1804 steht für uns nicht zur Disposition. Der EWF soll wie bisher der ESM nur in einer  
1805 konkreten Notlage Hilfe leisten können, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabi-  
1806 lität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Er soll Staaten nach dem  
1807 Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ mit einem strengen Anpassungsprogramm wie-  
1808 der auf die Beine helfen. Um die Verantwortung der privaten Geldgeber zu stär-  
1809 ken, wollen wir einen Insolvenzmechanismus für Staaten einführen: Bevor an ein  
1810 Mitglied der Eurozone öffentliche Mittel aus dem EWF fließen, muss es künftig  
1811 eine Beteiligung der privaten Gläubiger dieses Staates an den Stabilisierungslas-  
1812 ten geben, zumindest in Form einer Laufzeitverlängerung der jeweiligen Staats-  
1813 anleihen. Eine solche Beteiligung des Privatsektors wäre gleichzeitig die wirk-  
1814 samste Krisenprävention, weil ein Staat sich dann in der Regel gar nicht erst un-  
1815 angemessen hoch verschulden könnte. Auch müssen der EWF und der Finanz-  
1816 stabilitätsrat mit ihrer analytischen Kompetenz bereits frühzeitig in die Krisenprä-  
1817 vention eingebunden werden.

### 1818 **Für Investitionen und Arbeitsplätze**

1819 Wir Freie Demokraten wollen privates Kapital für Investitionen mobilisieren, um  
1820 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Menschen in vielen europäischen Ländern  
1821 leiden unter hoher Arbeitslosigkeit und schlechten Zukunftsperspektiven. Diese  
1822 Entwicklung gefährdet auch die politische Stabilität Europas. Neben Strukturrefor-  
1823 men und einer Gesundung des Finanzsektors setzen wir auf eine Stärkung der  
1824 Europäischen Investitionsbank, die Umgestaltung der Strukturförderung im  
1825 EU-Haushalt hin zu mehr Zukunftsinvestitionen und die Vertiefung des Binnen-  
1826 marktes, gerade auch der Möglichkeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-  
1827 mer, sich in der gesamten Union um Arbeit zu bemühen. Wirtschaftswachstum  
1828 lässt sich nämlich nicht mit immer mehr Staatsausgaben erkaufen – es muss  
1829 durch unternehmerische Initiative und neue Ideen entstehen.

### 1830 **Europäischer Investitionsfonds zur Stärkung der Wettbe- 1831 werbsfähigkeit**

1832 Wir Freie Demokraten unterstützen die Schaffung eines gemeinsamen europäi-  
1833 schen Fonds, der private Investitionen verstärkt. Dieser Investitionsfonds soll die  
1834 Heterogenität, auch innerhalb der Eurozone, abbauen und die Wettbewerbsfähig-  
1835 keit der Eurozonenstaaten stärken, um die wirtschaftliche Zukunft Europas zu si-  
1836 chern. Einen Eurozonenhaushalt, der Anreize für kurzfristige Konjunkturprogram-  
1837 me setzt, statt grundlegende Strukturreformen zu begünstigen, lehnen wir ab.  
1838 Wir werden alle gegenwärtig diskutierten Vorschläge an diesen Kriterien messen.

### 1839 **Bankenunion: marktwirtschaftlich und stabil**

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 50

1840 Wir Freie Demokraten wollen die Bankenunion marktwirtschaftlich gestalten. Die  
1841 größeren Banken im Euroraum werden seit 2014 direkt von der Europäischen  
1842 Zentralbank (EZB) beaufsichtigt und können im Falle ihres Scheiterns seit 2016  
1843 von einer europäischen Abwicklungsbehörde (dem Single Resolution Board  
1844 (SRB)) abgewickelt werden. Die europäische Aufsicht soll sich stärker als bisher  
1845 um wirklich systemrelevante Banken kümmern. Interessenkonflikte in der EZB,  
1846 die zwischen Geldpolitik und Bankenaufsicht bestehen, müssen identifiziert und  
1847 abgebaut werden. Ferner wollen wir das marktwirtschaftliche Prinzip „Bankenab-  
1848 wicklung statt Bankenrettung“ konsequent umsetzen. Dazu müssen Schlupflöcher  
1849 aus dem Abwicklungsregime geschlossen, eine umfangreichere Haftung der In-  
1850 vestoren und Gläubiger (durch sogenannten Bail-in) sichergestellt und die Ab-  
1851 wicklungsbehörde organisatorisch gestärkt werden. Den weiteren Einsatz von  
1852 Steuergeld zur Bewältigung von Bankenkrisen lehnen wir Freie Demokraten folg-  
1853 lich ab. Das gilt auch für die derzeit diskutierte fiskalische Letztsicherung für den  
1854 Bankenabwicklungsfonds SRF, die nichts anderes ist als eine Kreditlinie aus öf-  
1855 fentlichen Mitteln.

### 1856 **Einlagen: dezentral besser geschützt**

1857 Wir Freie Demokraten halten an dem bestehenden dezentralen System der Ein-  
1858 lagensicherung auf Ebene der Mitgliedstaaten fest. Dort besteht bereits heute ein  
1859 Schutz für Bankguthaben von mindestens 100.000 Euro pro Kontoinhaber und  
1860 Kreditinstitut. Bei systemrelevanten Banken besteht nach den seit 2015 gültigen  
1861 europaweiten Abwicklungsregeln bereits jetzt ein umfangreicher Schutz von besi-  
1862 cherten Einlagen, weil diese von einem Bail-in ausdrücklich ausgenommen sind.  
1863 Eine Entschädigung durch ein Einlagensicherungssystem kommt daher faktisch  
1864 nur noch bei kleineren Banken in Betracht. Für diese Fälle ist ein nationales Ein-  
1865 lagensicherungssystem vollkommen ausreichend. Dezentrale Systeme wie die In-  
1866 stitutssicherung der Volksbanken und Sparkassen oder die freiwillige Einlagensi-  
1867 cherung des Bundesverbands deutscher Banken bieten Bankkunden sogar einen  
1868 umfangreicheren Schutz als ein mögliches zentrales System.

### 1869 **Finanzmarktregulierung weiterentwickeln**

1870 Europa muss aus seinen Krisen lernen. Dazu gehört auch eine moderne und zu-  
1871 kunftsfeste Regulierung der Finanzmärkte. Denn ein Europa, das rechnen kann,  
1872 muss für die Zukunft gewappnet sein.

### 1873 **Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen ausbauen – Kapital- 1874 marktunion schaffen**

1875 Wir Freie Demokraten wollen den Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen aus-  
1876 bauen. Dadurch verringern wir die Abhängigkeit einzelner Volkswirtschaften im  
1877 Euroraum von einigen wenigen nationalen Banken. Gleichzeitig verschaffen wir  
1878 innovativen digitalen Geschäftsmodellen faire Wettbewerbschancen. Und nicht  
1879 zuletzt stärken wir auf diese Weise die Europäische Union als Finanzplatz. Unter

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 51

1880 anderem wollen wir einheitliche Definitionen für erlaubnispflichtige Bankgeschäf-  
1881 te, Finanzdienstleistungen und Zahlungsdienste schaffen, das Insolvenzrecht und  
1882 das Recht der Kreditsicherheiten in den Mitgliedstaaten stärker angleichen und  
1883 das Geldwäscherecht für Banken sowie Finanz- und Zahlungsdienstleister voll  
1884 harmonisieren. Bestehende Lücken im System des „Europäischen Passes“, der  
1885 regulierte Unternehmen dazu berechtigt, grenzüberschreitende Geschäfte zu be-  
1886 treiben, wollen wir schließen. Wir Freie Demokraten unterstützen die Kapital-  
1887 marktunion, um Europa als Investitionsstandort attraktiver zu machen und vor al-  
1888 lem kleinen und mittleren Unternehmen zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten  
1889 zu eröffnen.

### 1890 **Bankenregulierung für Stabilität und unternehmerische Ver-** 1891 **antwortung**

1892 Wir Freie Demokraten wollen die Regulierung von Banken und Finanzdienstleis-  
1893 tern weiterentwickeln. Viele Regulierungen, die nach der Finanzkrise beschlos-  
1894 sen worden sind, führen zu einer hohen Belastung bei kleineren Instituten, die  
1895 keine systemische Gefahr darstellen (beispielsweise MiFID II und die PRIIP-Ver-  
1896 ordnung). Daher wollen wir eine proportionale und abgestufte Regulierung von  
1897 Banken einführen und insbesondere kleine Banken von Verwaltungsaufwand ent-  
1898 lasten. Wir wollen Staatsanleihen ein Risikogewicht zuweisen, damit Banken für  
1899 sie auch Eigenkapital vorhalten müssen. Dadurch würde außerdem die Kreditver-  
1900 gabe von Banken an Staaten durch eine Großkreditobergrenze beschränkt wer-  
1901 den. So erreichen wir eine Entflechtung von Staaten und einzelnen Banken, was  
1902 die Finanzstabilität des Euroraums stärken wird.

### 1903 **Nachhaltiges Finanzsystem**

1904 Wir Freie Demokraten unterstützen in weiten Teilen die Vorschläge der  
1905 EU-Kommission zum „Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums“.  
1906 Gleichwohl lehnen wir den derzeit diskutierten „Green supporting factor“, also ei-  
1907 nen Rabatt auf die Risikogewichte für Forderungen gegenüber nachhaltig wirt-  
1908 schaftenden Unternehmen, ab. Auch der Übergang zum nachhaltigen Wirtschaften  
1909 darf nicht dazu führen, dass Banken ihre Risiken nicht mehr korrekt erfassen  
1910 und durch ausreichend Eigenkapital unterlegen müssen; eine solche Praxis wäre  
1911 auch der Nachhaltigkeit im Finanzsektor abträglich.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 52

## 1912 **Ein Europa der Werte und des Rechts**

1913 Europa ist eine Wertegemeinschaft. Die gemeinsamen Werte sind allerdings  
1914 nicht mehr selbstverständlich. Sie werden in Frage gestellt, von rechts wie von  
1915 links. Europa muss seine Werte verteidigen und ihnen wieder Geltung verschaf-  
1916 fen. Dazu gehört neben den Rechten der Mitgliedstaaten aus Art. 4 des Vertra-  
1917 ges über die Europäische Union (EUV) auch und vor allem die Garantie der Bür-  
1918 gerrechte.

1919 Die großen Aufgaben unserer Zeit müssen wieder gemeinsam gelöst werden.  
1920 Dabei erfordern sie europäische Antworten. Sei es beim Schutz der Außengren-  
1921 zen, der Einwanderungspolitik oder der Zusammenarbeit von Polizei- und Justiz-  
1922 behörden. Europa braucht wieder mehr Mut und Entschlossenheit.

1923 Nutzen wir die Chancen Europas durch einen funktionierenden Rechtsstaat!  
1924 Sorgen wir für ein freiheitliches Europa der Werte und des Rechts!

## 1925 **Schutz der Bürgerrechte**

1926 Europa muss wieder ein Garant für Bürgerrechte werden. Etwa bei der Verteidi-  
1927 gung der Grundrechte, bei der Gewährleistung persönlicher Freiheitsrechte oder  
1928 beim Datenschutz. So ermöglichen wir Teilhabe und Vielfalt aller Bürgerinnen  
1929 und Bürger. Schaffen wir ein Europa des Rechts, das den Einzelnen schützt!  
1930 Werden wir wieder ein Europa der Bürgerrechte!

## 1931 **Für die Verteidigung der europäischen Werte und eine starke** 1932 **europäische Grundrechtsordnung**

1933 Wir Freie Demokraten setzen uns für starke Bürgerrechte ein, auf die sich jede  
1934 Bürgerin und jeder Bürger der Europäischen Union (EU), egal in welchem Mit-  
1935 gliedstaat, verlassen kann und die in einem neuen Entwurf einer Europäischen  
1936 Verfassung an exponierter Stelle als Grundrecht garantiert werden. Das europäi-  
1937 sche Projekt basiert auf einer gemeinsamen friedensstiftenden Werteordnung der  
1938 europäischen Bürgerinnen und Bürger. Es ist nicht ein Europa der Wirtschaft, Be-  
1939 hörden und Institutionen, sondern ein Europa der Menschen. Sie teilen ein ge-  
1940 meinsames Bewusstsein für fundamentale Menschen- und Bürgerrechte. Die EU  
1941 ist gegründet auf diese gemeinsamen Werte und Freiheitsrechte. Auch wenn die  
1942 Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Europäische Men-  
1943 schenrechtskonvention (EMRK) diese Rechte garantieren, müssen sie täglich  
1944 wieder verteidigt werden. Wir wollen, dass die Europäische Union der EMRK  
1945 beiträgt.

## 1946 **Keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung**

1947 Wir Freie Demokraten lehnen jede Form der anlasslosen Vorratsdatenspeiche-  
1948 rung ab und fordern die Kommission auf, die Europäische Grundrechtecharta

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 53

1949 durchzusetzen und gegen entsprechende nationale Regelungen in den verschie-  
1950 denen Mitgliedstaaten vorzugehen. Die Menschen in Europa dürfen nicht unter  
1951 pauschalen Verdacht gestellt werden. Ob bei mobilen Telefonaten, Versenden  
1952 von SMS-Nachrichten oder Nutzung des Internets – die Bürgerinnen und Bürger  
1953 müssen die Gewissheit haben, dass Daten nicht massenhaft gespeichert und  
1954 ausgewertet werden können.

### 1955 **Für mehr Datensouveränität und Datenmanagement**

1956 Wir Freie Demokraten sehen einen funktionierenden Datenschutz, die Daten-  
1957 souveränität und informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger  
1958 als Grundlage für eine faire und funktionierende Datenökonomie. 2018 ist die  
1959 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft getreten und hat ein gemeinsa-  
1960 mes europäisches Datenschutzrecht für den europäischen Binnenmarkt geschaf-  
1961 fen. Dies begrüßen wir Freie Demokraten. Allerdings haben sich auch einige  
1962 Schwierigkeiten in der Umsetzung gezeigt, sodass wir bereits für 2020 eine Eva-  
1963 luierung und Weiterentwicklung fordern. Datengetriebene Geschäftsmodelle müs-  
1964 sen auch weiterhin in der Europäischen Union möglich sein. Hierzu brauchen wir  
1965 Transparenz und müssen den Nutzer befähigen, eine mündige Entscheidung zu  
1966 treffen, wem er wann welche Daten wofür und unter welchen Bedingungen zur  
1967 Verfügung stellt. Auf der Basis eines einheitlichen Datenschutzrechts können eu-  
1968 ropäische Geschäftsmodelle mit europäischen Standards geschaffen werden, da-  
1969 mit die europäische Wirtschaft an der Digitalwirtschaft teilhat. Daher werden wir  
1970 die Auswirkungen auf innovative Geschäftsmodelle beobachten, und, wo notwen-  
1971 dig, weitere Modernisierungen vorschlagen.

1972 Wir wollen die DSGVO konsequent weiterentwickeln. Insbesondere werden wir  
1973 darauf achten, dass die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen und  
1974 ihre Belange stärker berücksichtigt werden und der bürokratische Aufwand der  
1975 einzelnen Verpflichtungen überprüft und datenschutzrechtlich ebenso wirksame,  
1976 aber weniger aufwändige technische Lösungen berücksichtigt werden.

1977 In der Frage des transatlantischen Datenaustauschs müssen wir rasch rechtssi-  
1978 chere Lösungen finden. Für uns Freie Demokraten gehört das Recht auf Ver-  
1979 schlüsselung zum selbstverständlichen Schutz der Privatsphäre. Dies wollen wir  
1980 auf europäischer Ebene absichern. Darüber hinaus wollen wir den Anwendungsbereich  
1981 der DSGVO auch auf die europäischen Institutionen, insbesondere auf  
1982 die Europäische Kommission erstrecken. Was für die EU-Mitgliedstaaten gilt, soll-  
1983 te für die europäischen Institutionen ebenso selbstverständlich sein.

### 1984 **Neuverhandlung EU-US-Privacy-Shield**

1985 Wir Freie Demokraten wollen, dass Daten, die aus der Europäischen Union  
1986 (EU) in andere Staaten übermittelt werden, grundsätzlich dem gleichen Daten-  
1987 schutzniveau unterliegen wie in der EU. Dies muss die EU auch von anderen  
1988 Staaten wie den USA einfordern, zum Beispiel im Rahmen von Verhandlungen  
1989 von Freihandelsabkommen, und die Einhaltung von deren Zusagen kontrollieren.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 54

1990 Wenn die EU-Kommission feststellt, dass ein Staat über ein angemessenes Da-  
1991 tenschutzniveau verfügt, berührt dies die Rechte der Bürgerinnen und Bürger der  
1992 EU. Europäisches Parlament und Rat sollten daher bei dieser Entscheidung eine  
1993 stärkere Rolle spielen, vergleichbar wie im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren.  
1994

1995 Wir Freie Demokraten wollen konkret, dass die EU-Kommission in Abstimmung  
1996 mit dem Europäischen Parlament den EU-US-Privacy-Shield erneut mit den USA  
1997 verhandelt, um weitere Verbesserungen und Rechtssicherheit für die Anwender  
1998 zu erzielen. Mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Unwirk-  
1999 samkeit des Safe-Harbor-Beschlusses der Europäischen Kommission hat der  
2000 EuGH klare Regeln und Voraussetzungen für die Gleichwertigkeit des Daten-  
2001 schutzes in Drittstaaten aufgestellt. Insbesondere der von der EU-Kommission an  
2002 die Stelle gesetzte EU-US-Privacy-Shield mit den USA war ein erster, aber nicht  
2003 ausreichender Schritt und kann das notwendige Schutzniveau noch immer nicht  
2004 adäquat gewährleisten. Gerade die USA haben ein wichtiges Außenhandelsinter-  
2005 esse daran, dass ihre Unternehmen Daten aus Europa in den USA verarbeiten  
2006 können.

### 2007 **Für eine Neuregelung von EU-Privacy**

2008 Wir Freie Demokraten wollen Privatsphäre bei ePrivacy gewährleisten und einen  
2009 zukunftstauglichen, Innovationen und fairen Wettbewerb verpflichteten Privat-  
2010 sphäre-Rechtsrahmen für Kommunikations- und Mediendienste schaffen. Der  
2011 Umgang mit Daten und Informationen muss für die Bürgerinnen und Bürger  
2012 transparent sein. Wir wollen, dass datengetriebene Geschäftsmodelle der Ent-  
2013 scheidungsgewalt der Bürgerinnen und Bürger unterliegen. Im Bereich der ge-  
2014 planten ePrivacy-Verordnung ist im Sinne des Medienpluralismus ein Ausgleich  
2015 zu schaffen zwischen dem Interesse auf Privatsphäre und der Refinanzierungs-  
2016 modelle der durch Online-Werbung finanzierten Online-Medien.

2017 Die Verarbeitung von Daten, auch auf der Ebene der Endgeräte der Nutzer  
2018 (durch Cookies und vergleichbarer Technologien), soll in der ePrivacy-Verord-  
2019 nung daher in materiellrechtlicher Sicht nicht hinter die bisherigen Standards zu-  
2020 rückfallen.

### 2021 **Für ein Europa, das Vielfalt schützt**

2022 Wir Freie Demokraten wollen ein Europa der Vielfalt. Der Schutz von Minderhei-  
2023 ten ist innerhalb einer demokratischen Gemeinschaft Voraussetzung und Anlie-  
2024 gen des Rechtsstaats. Grundrechte stehen nicht zur beliebigen Disposition von  
2025 Mehrheiten, auch nicht von demokratisch gewählten Mehrheiten. Die Europäische  
2026 Union (EU) darf es deshalb nicht zulassen, wenn Mitgliedstaaten auf nationaler  
2027 Ebene Rechte von Minderheiten in ihrem Kern beschneiden oder aushöhlen.

2028 Das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist ein fundamentales  
2029 Grundrecht, das für alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger gilt, also selbstverständ-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 55

2030 lich auch für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intersexuelle (LSBTI). De-  
2031 monstrationen von LSBTI müssen unionsweit ungehindert und sicher stattfinden  
2032 können. Einschränkungen, über das Leben homosexueller Menschen sachlich  
2033 aufzuklären, darf es nirgends in der EU geben. Die EU muss insgesamt ein  
2034 Raum sein, in dem Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und geschlecht-  
2035 licher Identität ausgeschlossen ist. Auch bei Beitrittskandidaten darf es keinen  
2036 Rabatt bei der Achtung der Bürgerrechte von LSBTI geben.

### 2037 **Für ein Europa der Frauenrechte**

2038 Wir Freie Demokraten, wollen, dass Frauenrechte europaweit gefördert und  
2039 durchgesetzt werden. Um die Ausgangslage zu dokumentieren und die Entwick-  
2040 lungen zu überwachen, soll die EU-Kommission einmal jährlich dem Europäi-  
2041 schen Parlament einen Bericht zur Lage der Frauenrechte vorlegen, der sich  
2042 auch zum Thema „Gewalt gegen Frauen in der Politik“ äußert.

2043 Darüber hinaus bekennen wir uns zur Gleichberechtigung der Geschlechter in  
2044 Europa. Bestehende Nachteile, etwa innerhalb der europäischen Institutionen,  
2045 müssen auch durch das Handeln und durch die Rechtssetzung der Europäischen  
2046 Union (EU) beseitigt werden. Gegenüber den Mitgliedstaaten muss die EU sich  
2047 konsequent für den Abbau von mittelbaren Diskriminierungen einsetzen, von de-  
2048 nen Frauen besonders betroffen sind. Um Diskriminierung von Frauen im öffentli-  
2049 chen und privaten Bereich zu verhindern, ist Rechtssetzung formal ausreichend.  
2050 Die Einschränkung der selbstbestimmten Entfaltung von Frauen durch antiquierte  
2051 Geschlechterbilder und überholte Rollenzuweisungen hingegen müssen konkret  
2052 in allen Lebensbereichen hinterfragt, reflektiert und diskutiert werden, um sie zu  
2053 verändern.

### 2054 **Ein Europa der Teilhabe, mehr Erasmus für Menschen mit** 2055 **Behinderung möglich machen**

2056 Für Menschen mit Behinderungen muss Teilhabe und eine selbstbestimmte Le-  
2057 bensweise in Europa selbstverständlich werden. Daher fordern wir einen europa-  
2058 weiten Teilhaberausweis. Barrierefreie Kommunikation staatlicher Stellen soll auch  
2059 verstärkt Englisch als zweite Sprache vorsehen. Insbesondere hat die Europäi-  
2060 sche Union zu gewährleisten, dass ihre Informationen, Formulare und Bescheide  
2061 allen ihren Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Handicap barrierefrei und in  
2062 Leichter Sprache zugänglich sind.

2063 Wir Freie Demokraten fordern den europaweiten Ausbau der Förderprogramme  
2064 inklusiver Begegnungen. Dies setzt eine bessere Unterstützung von Nichtregie-  
2065 rungsorganisationen beim Zugang zu und bei der Abrechnung von EU-Fördermit-  
2066 teln voraus. Das grenzenlose Europa der Bildung und Ausbildung muss auch für  
2067 Menschen mit Behinderung und Assistenzbedarf erlebbar sein. Dazu bedarf es  
2068 eines Austauschprogramms für junge Menschen mit Behinderung, zum Beispiel  
2069 im Rahmen des Erasmus-Programms.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 56

## 2070 **Europa als wehrhafte Rechtsgemeinschaft**

2071 Eine gemeinschaftliche Werteordnung braucht Regeln, die eingehalten und  
2072 durchgesetzt werden. Unsere Rechtsgemeinschaft muss nach innen und außen  
2073 unsere Bürger- und Menschenrechte verteidigen. Daher dürfen wir nicht tatenlos  
2074 zusehen, wenn diese Rechte, etwa die Presse- und Meinungsfreiheit und die Un-  
2075 abhängigkeit der Justiz, in einigen Mitgliedstaaten in Frage gestellt oder gar of-  
2076 fen demontiert werden. Hier müssen wir Europäerinnen und Europäer effektiver  
2077 eingreifen. Nur wer die eigenen Werte lebt, kann auch glaubhaft gegenüber an-  
2078 deren für Sie eintreten.

## 2079 **Für eine Aufwertung der europäischen Grundrechteagentur**

2080 Wir Freie Demokraten treten für eine Aufwertung der europäischen Grundrech-  
2081 teagentur ein. Dazu fordern wir, dass die Agentur der Europäischen Union für  
2082 Grundrechte (FRA) ein Mandat zur politischen Bewertung der Menschenrechtsla-  
2083 ge in den Mitgliedstaaten der EU erhält. Dies soll nach dem Vorbild des UN Uni-  
2084 versal Periodic Review in regelmäßigen Abständen für jeden Mitgliedstaat erfol-  
2085 gen. Mit dieser Aufwertung der Agentur wollen wir eine neue Grundwerteinitiative  
2086 starten, die eine Verteidigung europäischer Grundwerte in den Mitgliedstaaten  
2087 durch rechtzeitige Diskussionen ermöglicht.

## 2088 **Für die Weiterentwicklung der Rechtsstaatsmechanismen** 2089 **nach Art. 7 EUV (mit Konditionalisierung von Kohäsionsmit-** 2090 **teln)**

2091 Wir Freie Demokraten setzen gegenüber den europäischen Partnerländern auf  
2092 Dialog und Überzeugungskraft. Dort, wo Freiheits- und Bürgerrechte entgegen  
2093 der EU-Grundrechtecharta systematisch eingeschränkt oder die Werte der Union  
2094 schwerwiegend gefährdet werden, müssen der Europäischen Union (EU) wirksa-  
2095 me Sanktionsmechanismen zur Verfügung stehen. Zu den gemeinsamen Werten  
2096 gehören die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit,  
2097 Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Es ist für uns Freie  
2098 Demokraten selbstverständlich, dass unter anderem die Gewährung finanzieller  
2099 Mittel an einen Mitgliedstaat an die Einhaltung der gemeinsamen Werte, die  
2100 Wahrung von Bürgerrechten und die Existenz einer rechtsstaatlichen Ordnung  
2101 mit unabhängiger Justiz geknüpft sein müssen. Wir treten deshalb dafür ein,  
2102 dass neben den EU-Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips mit seinen  
2103 Dialogmechanismen und dem Entzug von Stimmrechten nach Art. 7 des Vertra-  
2104 ges über die Europäische Union (EUV) ein drittes Vorgehen ermöglicht wird,  
2105 nach dem die Verteilung von Mitteln an die Europäischen Mitgliedstaaten von der  
2106 Beachtung dieser Werte abhängig gemacht werden kann (Konditionalitätsklauseln).  
2107 Dabei müssen Sanktionsmechanismen so ausgestaltet sein, dass sie nicht  
2108 durch eine kleine Minderheit von Mitgliedstaaten blockiert werden können. Insbe-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 57

2109 sondere sollen Mitgliedstaaten, gegen die bereits ein ähnliches Verfahren läuft,  
2110 dabei von der Stimmabgabe ausgeschlossen sein.

2111 Ferner soll die Kommission verpflichtet werden, über die Einleitung eines Ver-  
2112 fahrens nach Art. 7 EUV zu entscheiden, falls die europäische Grundrech-  
2113 teagentur eine schwerwiegende und anhaltende Verletzung der Werte der Union  
2114 feststellt. Die EU-Kommission soll darüber hinaus die Möglichkeit erhalten, „systemische Vertragsverletzungsverfahren“ einzuleiten, indem sie eine Reihe spezifischer Vertragsverletzungsverfahren gegenüber einem Mitgliedstaat bündeln kann, die zusammen ein Muster erkennen lassen, das eine schwerwiegende Verletzung der Werte der EU, wie Demokratie die Existenz unabhängiger Medien und einer rechtsstaatlichen Ordnung, nahelegt. Auf diese Weise könnten der Europäische Gerichtshof und die EU-Kommission schneller und wirksamer gegen hartnäckig vertragsverletzende Mitgliedstaaten vorgehen.

### 2122 **Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten bei Achtung von** 2123 **Grundrechten und rechtsstaatlicher Ordnung**

2124 Wir Freie Demokraten sehen in der nachrichtendienstlichen Kooperation ein  
2125 wichtiges Instrument der gemeinsamen Gefahrenabwehr und der internationalen  
2126 Sicherheit. Nur wer gewonnene Erkenntnisse teilt, kann Bedrohungen wirksam  
2127 bekämpfen. Aber gleichzeitig muss auch dieser Austausch rechtsstaatlichen Prin-  
2128 zipien treu bleiben. Wir streben eine Vereinbarung der Mitgliedstaaten an, um  
2129 hierfür europäische Mindeststandards festzulegen, welche die EU- Grundrechte-  
2130 charta achten. Bei der notwendigen internationalen Zusammenarbeit der Nach-  
2131 richtendienste darf es nur eine anlassbezogene Weitergabe von gefilterten und  
2132 ungefilterten Rohdaten und Erkenntnissen geben. Darauf bezogene Verwaltungs-  
2133 vereinbarungen müssen deshalb sorgfältig unter Abwägung der verschiedenen  
2134 grundrechtlichen und staatlichen Interessen durch die jeweiligen parlamentari-  
2135 schen Kontrollgremien der Mitgliedstaaten überprüft werden können.

2136 Das Satellitenzentrum der Europäischen Union (EUSC) soll künftig auch formal  
2137 Informationen an die anderen EU-Sicherheitsagenturen sowie die Nachrichten-  
2138 dienste der Mitgliedstaaten geben dürfen, sofern sie der Erfüllung der Aufgaben  
2139 im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit der EU dienen. Die Koordination  
2140 von Nachrichtendiensten soll künftig in einer eigenen Agentur mit Kontrolle durch  
2141 das Europäische Parlament stattfinden. Dabei soll eine enge Verzahnung mit  
2142 dem EU Intelligence Analysis Center (EU INTCEN) erfolgen.

### 2143 **Mindeststandards für die rechtsstaatliche Kontrolle von** 2144 **Nachrichtendiensten**

2145 Wir Freie Demokraten wollen für die rechtsstaatliche Kontrolle nachrichten-  
2146 dienstlicher Tätigkeiten europarechtliche Mindeststandards verankern und dafür  
2147 die vertraglichen Grundlagen schaffen. Die nationalen Kontrollgremien sollen per-  
2148 sonnell ausreichend ausgestattet sein und ihre Mitglieder müssen ohne Einschrän-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 58

2149 kungen Zugang zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der jeweiligen nationalen  
2150 Nachrichtendienste haben. Die Nachrichtendienste sollen gegenüber den jeweili-  
2151 gen nationalen Kontrollgremien der Mitgliedstaaten auskunftspflichtig sein und die  
2152 Kontrollgremien sollen mit umfangreichen Akteneinsichtsrechten ausgestattet  
2153 sein. Zudem muss ein fester Rahmen für den Austausch von Mitgliedern der je-  
2154 weiligen parlamentarischen Kontrollgremien in den Mitgliedstaaten geschaffen  
2155 werden.

2156 Wir Freie Demokraten fordern außerdem ein Europäisches „No-Spy-Abkommen“  
2157 der Mitgliedstaaten. Ziel muss es sein, dass sich die Mitgliedstaaten Vertrauen  
2158 entgegenbringen und eine gegenseitige nachrichtendienstliche Überwachung aus  
2159 nicht-öffentlich zugänglichen Quellen eingestellt wird.

### 2160 **Zusammenarbeit im Zivil- und Strafrecht stärken**

2161 Kriminalität und Terrorismus machen vor Grenzen nicht halt. Durch eine stärkere  
2162 Zusammenarbeit von Polizei- und Justizbehörden können wir Synergien nutzen  
2163 und Europa sicherer machen.

### 2164 **Für eine Weiterentwicklung von Europol zum Europäischen** 2165 **Kriminalamt**

2166 Wir Freie Demokraten wollen die Europäische Union als Raum der Freiheit, der  
2167 Sicherheit und des Rechts weiterentwickeln. Dazu muss die europäische Polizei-  
2168 behörde Europol zu einem europäischen Kriminalamt ausgebaut werden. Europol  
2169 muss bei grenzüberschreitenden Sachverhalten mit wirksamen Ermittlungsbefug-  
2170 nissen die Arbeit der Mitgliedstaaten unterstützen können. Eine Ausweitung der  
2171 Befugnisse setzt detaillierte Regelungen in Form eines europäischen Polizei-  
2172 rechts voraus; dieses darf nicht hinter den grundrechtlichen und rechtsstaatlichen  
2173 Standards zurückbleiben, die wir in Deutschland entwickelt haben. Ferner setzen  
2174 größere Befugnisse eine bessere und effektivere Kontrolle durch das europäische  
2175 Parlament und die Mitgliedstaaten voraus. Es muss insbesondere auch die politi-  
2176 sche Verantwortlichkeit für das Handeln von Europol klar sein. Im Bereich der  
2177 Gefahrenabwehr muss Europol die Erkenntnisse verschiedener nationaler und  
2178 europäischer Behörden zusammenführen, um insbesondere gegen internationale  
2179 Kriminalität und Terrorismus wirksam zu sein.

### 2180 **Europäische Staatsanwaltschaft**

2181 Wir Freie Demokraten wollen die erforderlichen Anstrengungen unternehmen,  
2182 dass die Europäische Staatsanwaltschaft ihren Betrieb schneller als nur in den  
2183 nächsten drei Jahren aufnehmen kann und zu einer Institution aller Mitgliedstaa-  
2184 ten wird. Wir setzen uns zudem dafür ein, durch europäische Verfahrensgaranti-  
2185 en die grundlegenden individuellen Schutzrechte zu gewährleisten. Dies soll ver-  
2186 hindern, dass das Schutzniveau der Bürgerinnen oder des Bürgers gegenüber  
2187 nationalen Maßnahmen abgesenkt wird. Perspektivisch sollen die Aufgaben der

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 59

2188 EU-Staatsanwaltschaft auch um Aufgaben bei der Terrorismusbekämpfung erwei-  
2189 tert werden; allerdings müssen dazu vorher die entsprechenden Straftatbestände  
2190 europaweit harmonisiert werden.

## 2191 **Für ein funktionierendes grenzüberschreitendes Strafregis-** 2192 **terinformationssystem**

2193 Wir Freie Demokraten treten dafür ein, dass der Zugang zu Strafregisterinfor-  
2194 mationen in der EU über das Europäische Strafregisterinformationssystem  
2195 (ECRIS) auch auf die Daten von in der EU verurteilte Drittstaatsangehörige oder  
2196 Staatenlose erweitert wird. Dabei ist darauf zu achten, dass Speicherfristen oder  
2197 Zugriffsberechtigungen sowie der Umfang der Daten in rechtsstaatlich angemessener Weise begrenzt werden.  
2198

## 2199 **Für eine europaweite Gefährderdatei**

2200 Wir Freie Demokraten fordern eine europaweite Gefährderdatei, um eine  
2201 schnelle Gefahrenabwehr zu ermöglichen, Hierzu bedarf es allerdings einer ein-  
2202 heitlichen Definition des Gefährder-Begriffs sowie der strengen Einhaltung von  
2203 Datenschutzgesetzen und hohen Qualitätsstandards hinsichtlich der Informatio-  
2204 nen, die der Einschätzung zugrundeliegen. Diese Daten müssen gerade auch  
2205 den Polizeibehörden zur Verfügung gestellt werden. Im Bereich Terrorismusab-  
2206 wehr muss die Maxime gelten „need to share“.

## 2207 **Elektronische Beweismittel mit Augenmaß**

2208 Wir Freie Demokraten sehen die derzeitigen Bestrebungen der EU-Kommission,  
2209 den Zugang zu elektronischen Beweismitteln innerhalb der EU-Mitgliedstaaten,  
2210 aber auch auf Gegenseitigkeit mit Nicht-EU-Staaten zu erleichtern (e-evidence),  
2211 mit Skepsis und Sorge. Der grenzüberschreitende Zugriff auf elektronisch gespei-  
2212 cherte Dokumente und Daten durch Ermittlungsbehörden greift tief in Grundrech-  
2213 te ein. Zu einem solchen Zugriff muss es stets einer vorherigen richterlichen An-  
2214 ordnung bedürfen; eine nur nachträgliche Benachrichtigung an einen anderen  
2215 Mitgliedstaat reicht nicht aus. Dieser ist vorab in die Lage zu versetzen, die Ein-  
2216 haltung wesentlicher Rechtsstandards zu prüfen. Ein Zugriff soll auch nur erfol-  
2217 gen dürfen, wenn wegen vorab in einem Katalog definierten Straftaten von er-  
2218 heblicher Bedeutung ermittelt wird und eine ausreichende Tatverdachtsschwelle  
2219 überschritten ist. Das Prinzip der beiderseitigen Strafbarkeit muss gewahrt blei-  
2220 ben. Ein überschießender Zugriff muss zwingend zu einem strafprozessualen  
2221 Verwertungsverbot führen.

## 2222 **Für ein optionales europäisches Vertragsrecht, Felder für op-** 2223 **tionale Rechtsetzungskompetenz auf europäischer Ebene** 2224 **schaffen**

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 60

2225 Wir Freie Demokraten setzen uns für ein gemeinsames europäisches Kaufrecht  
2226 im Bereich des Online-Handels ein, das die Parteien alternativ zu ihrem jeweili-  
2227 gen nationalen Kaufrecht anwenden können. Dies kann den grenzüberschreiten-  
2228 den Online-Handel durch ein einheitliches Regelwerk für solche Verträge erleich-  
2229 tern. Darüber hinaus befürworten wir, dass die Europäische Union in weiteren  
2230 Bereichen des Zivilrechts im Rahmen ihrer Zuständigkeit optionale Regeln entwi-  
2231 ckeln kann, welche statt der nationalen Regelung kraft Vereinbarung zur Grund-  
2232 lage vertraglicher Vereinbarungen gemacht werden kann.

### 2233 **Einwanderung und Integration europäisch gestalten**

2234 Migration ist eine weltweite Herausforderung. Lösungen einzelner Staaten brin-  
2235 gen uns nicht weiter. Europa braucht endlich eine gemeinsame Einwanderungs-  
2236 politik und eine wertorientierte Flüchtlingspolitik.

### 2237 **Für eine Weiterentwicklung von Frontex zu einer echten** 2238 **Grenzschutzbehörde**

2239 Für uns Freie Demokraten sind offene Binnengrenzen als wesentliches Element  
2240 zur Sicherung der Freizügigkeit ein zentraler Grundpfeiler der Europäischen Uni-  
2241 on. Uns ist aber bewusst, dass sichere Außengrenzen die Voraussetzung für of-  
2242 fene Binnengrenzen sind. Die Mitgliedstaaten müssen sich daher auf einen wirk-  
2243 samen europäischen Grenzschutz nach einheitlichen Maßstäben verlassen kön-  
2244 nen. Deshalb soll die Grenzschutzagentur Frontex von der jetzigen zwischen-  
2245 staatlichen Struktur zu einer echten europäischen Grenzschutzbehörde mit eige-  
2246 nen Handlungsbefugnissen und Personal ausgebaut werden. Die Agentur soll  
2247 der EU-Grundrechtecharta verpflichtet und dem Europäischen Parlament gegen-  
2248 über rechenschaftspflichtig sein und regelmäßig Bericht erstatten.

2249 Wir Freie Demokraten bekennen uns klar zur Rettung von Menschenleben. Aus  
2250 diesem Grund soll die Agentur auch Aufgaben der Hochseerettung im Mittel-  
2251 meer wahrnehmen, um weitere Tote durch kenternde Schlepperboote zu verhin-  
2252 dern. Der Ausbau der Grenzschutzagentur dient auch der Solidarität mit jenen  
2253 EU-Mitgliedstaaten, die über EU-Außengrenzen verfügen und ist eine Vorausset-  
2254 zung für ein dauerhaft funktionierendes Gemeinsames Europäisches Asylsys-  
2255 tem, welches die Dublin-Regeln weiterentwickelt.

### 2256 **Für ein Europa sicherer Außengrenzen und offener Binnen-** 2257 **grenzen (Schengen)**

2258 Wir Freie Demokraten verstehen die Abwesenheit von Binnengrenzkontrollen in  
2259 Europa durch das Schengen-System als greifbare europäische Freiheit für die  
2260 Bürgerinnen und Bürger. Sie liegt im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen  
2261 Interesse Deutschlands und Europas. Vorübergehende Grenzkontrollen, die auf  
2262 Fälle akuten Handlungszwangs beschränkt bleiben müssen, dürfen daher nicht  
2263 zu einer Aushebelung des Schengener Abkommens führen. Langfristig würden

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 61

2264 damit auch Grundfreiheiten wie die Personenfreizügigkeit oder der freie Waren-  
2265 verkehr in Gefahr geraten. Die Mitgliedstaaten müssen schnellstmöglich zur Rei-  
2266 sefreiheit im Schengen-Raum zurückkehren. Für die Zukunft wollen wir, solange  
2267 die Außengrenzen noch nicht hinreichend geschützt sind, auch im europäischen  
2268 Recht eindeutig regeln, in welchen Situationen und nach welchen Kriterien natio-  
2269 nale Regierungen Zurückweisungen an ihren Außengrenzen vornehmen können.

### 2270 **Für eine Europäische Einwanderungspolitik**

2271 Wir Freie Demokraten wollen ein einheitliches europäisches Asyl-, Flüchtlings-  
2272 und Einwanderungsrecht. Dabei ist uns bewusst, dass der Zusammenhalt der  
2273 Gesellschaft und ihre Integrationsfähigkeit nicht außer Acht gelassen werden  
2274 darf. Die Europäische Union (EU) muss daher im Rahmen Ihrer Außenpolitik- und  
2275 Entwicklungszusammenarbeit darauf hinwirken, dass nachhaltige Entwicklung  
2276 stattfinden kann und Fluchtursachen erst gar nicht entstehen.

2277 Im Rahmen eines einheitlichen europäischen Asyl-, Flüchtlings- und Einwande-  
2278 rungsrechts muss klar zwischen Flucht, Asyl und arbeitsmarktbezogener Einwan-  
2279 derung unterschieden werden. Die EU muss ihre Attraktivität für qualifizierte  
2280 Facharbeiterinnen und Facharbeiter sowie Studierende aus Nicht-EU-Staaten er-  
2281 höhen. Hierzu fordern wir die Einführung eines europäischen kriterienbasierten  
2282 Punktesystems nach einheitlichen Maßstäben, welches etwa die Abschlüsse und  
2283 Sprachkenntnisse gewichtet, und auf dessen Grundlage die Mitgliedstaaten natio-  
2284 nale Kontingente und Bedarfsanalysen festlegen und durchführen können. In die-  
2285 sem Zusammenhang soll im Rahmen der Systemumstellung der „Spurwechsel“  
2286 vom Asylverfahren in ein Einwanderungsverfahren ermöglicht werden.

### 2287 **Mehr Integration von anerkannten Flüchtlingen und Einwan- 2288 derern**

2289 Wir Freie Demokraten betrachten die Integration von anerkannten Flüchtlingen  
2290 und Einwanderern als wichtige Aufgabe, um Parallelgesellschaften zu verhinder-  
2291 n. Sprachkenntnisse und die Vermittlung unserer Werte sollen durch verpflicht-  
2292 endende Integrationskurse gefördert werden. Wer einen Asylantrag gestellt hat,  
2293 sollte möglichst schnell arbeiten dürfen, um seinen wirtschaftlichen Beitrag leis-  
2294 ten zu können.

### 2295 **Für eine Reform von Dublin-III und das Gemeinsame Euro- 2296 päische Asylsystem (GEAS)**

2297 Wir Freie Demokraten wollen ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem „aus  
2298 einem Guss“. Die bisherigen Regelungen (insbesondere die Dublin III Verord-  
2299 nung) haben sich in der Praxis nicht als echte Lösung erwiesen: Wir brauchen  
2300 stattdessen ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem, um Blockaden bei der  
2301 Lösung der Migrations- und Integrationsfrage zu überwinden. Kernelemente sind  
2302 bessere gemeinsame Standards und Prozesse für die Registrierung, Antragsbe-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 62

2303 arbeitung und -bescheidung, ein neuer Krisenmechanismus sowie die Verteilung  
2304 von Flüchtlingen nach einem verbindlichen europaweiten Verteilungsschlüssel,  
2305 außer in Fällen, in denen erkennbar keine Bleibeperspektive besteht.

2306 Es müssen die Voraussetzungen getroffen werden, dass in der Regel innerhalb  
2307 von drei Monaten eine Entscheidung über den Asylantrag getroffen werden kann.  
2308 Bei Nichteinhaltung müssen den Mitgliedstaaten Sanktionen drohen. Für die Be-  
2309 rechnung zur Verteilung in der Europäischen Union (EU) sind Bevölkerungsstärke  
2310 und Wirtschaftskraft eines Landes maßgeblich. Bei der konkreten Entscheidung  
2311 über die Verteilung einzelner Migranten sollen auch im Rahmen der Kontingente  
2312 Kriterien wie familiäre Bindungen oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden,  
2313 um die Integration zu unterstützen. Soweit Mitgliedstaaten aus wichtigem Grund  
2314 nicht zur Aufnahme in der Lage sind, werden die Flüchtlinge auf andere Mitglied-  
2315 staaten mit der Maßgabe aufgeteilt, dass der nicht-aufnehmende Staat die Kos-  
2316 ten der Aufnahme übernimmt. Unter bestimmten Voraussetzungen sollte es ein-  
2317 zeln Mitgliedstaaten im Einvernehmen mit den anderen Mitgliedstaaten aller-  
2318 dings möglich sein, dass Kontingent der ihnen zugeteilten Flüchtlinge zu reduzie-  
2319 ren, etwa bei einem verstärkten Engagement bei der Kontrolle der EU-Außen-  
2320 grenzen oder einer besonderen finanziellen Unterstützung anderer Mitgliedstaa-  
2321 ten bei deren Flüchtlings- und Asylpolitik. Bis zur Einrichtung eines neuen Sys-  
2322 tems sollen Mitgliedstaaten, die mehr Flüchtlinge aufnehmen als sie müssten,  
2323 aus dem EU-Haushalt Entlastungszahlungen erhalten.

2324 Der Sekundärmigration von Schutzsuchenden in der EU ist außerdem durch ge-  
2325 eignete Maßnahmen entgegenzuwirken. Insbesondere sollten Hilfsleistungen im  
2326 Regelfall nur noch im zuständigen EU-Mitgliedstaat gewährt werden. Um die  
2327 Rücküberstellung zwischen den EU-Staaten zu vereinfachen und zu beschleuni-  
2328 gen sollten die entsprechenden Verfahren automatisch nach der Registrierung  
2329 des Antragstellers eingeleitet und eine jederzeitige Rückführung in das Erstein-  
2330 reiseland sichergestellt werden. Bei Nichteinhaltung müssen den Mitgliedstaaten  
2331 Sanktionen drohen.

2332 Parallel zu entsprechenden EU-Listen sollen außerdem nationale Listen sicherer  
2333 Herkunftsstaaten und sicherer Drittstaaten verbindlich beibehalten oder einge-  
2334 führt werden können, sofern die EU-Kommission der Benennung einzelner Staa-  
2335 ten nicht widerspricht oder die analoge Einstufung auf europäischer Ebene aus-  
2336 gesetzt ist.

2337 Wir treten ferner dafür ein, dass das Europäische Unterstützungsbüro für Asyl-  
2338 fragen (European Asylum Support Office - EASO) in Malta finanziell und perso-  
2339 nell gestärkt wird.

### 2340 **Für Eigenverantwortung, aber auch Solidarität zwischen den** 2341 **Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Migration**

2342 Wir Freie Demokraten wollen kurzfristig im Bereich Migration einen neuen Kri-  
2343 senmechanismus schaffen, der in ausgewogener Weise Solidarität und Eigenver-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 63

2344 antwortung der Mitgliedstaaten verbindet. Denn so können wir künftige Krisen  
2345 besser meistern. Dazu sollen in definierten Krisensituationen jene Staaten, die in  
2346 besonderem Umfang Schutzsuchenden Zuflucht gewähren, von der Europäi-  
2347 schen Union (EU) sofortige und umfassende operative, technische, personelle  
2348 und finanzielle Unterstützung erhalten. Dazu müssen insbesondere im Rahmen  
2349 der Kohäsionspolitik der EU Mittel zur Verfügung gestellt werden und dabei in  
2350 besonderem Maße auch die ökonomische und soziale Belastungsfähigkeit der  
2351 Aufnahmeregionen berücksichtigt werden.

### 2352 **Rückführungsmodalitäten für abgelehnte Asylbewerber ein-** 2353 **deutig regeln**

2354 Wir Freie Demokraten wollen die Rückführungsmodalitäten für Ausreisepflichti-  
2355 ge, insbesondere abgelehnte Asylbewerber eindeutig und europäisch einheitlich  
2356 regeln. Wir fordern eine effizientere Ausgestaltung der Verfahren und eine kon-  
2357 sequentere und schnellere Rückführung in die Herkunftsländer, in denen keine  
2358 Gefahr für Leib und Leben besteht. Dies wollen wir durch Vereinbarungen zwis-  
2359 chen der Europäischen Union und den Herkunftsländern ermöglichen, die im  
2360 Gegenzug primär auf Anreize, wie etwa Visaerleichterungen für bestimmte Ein-  
2361 reisezwecke, verstärkte Entwicklungszusammenarbeit und Freihandelsabkom-  
2362 men, setzen. Dabei setzen wir auch auf eine Stärkung von Instrumenten zur frei-  
2363 willigen, unterstützten und kontrollierten Rückkehr. Zur Vermeidung der Notwen-  
2364 digkeit von Rückführungen ist die Möglichkeit der Antragstellung in den Heimat-  
2365 und Transitländern zu verbessern. Nach französischem Modell sollen in Koope-  
2366 ration mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR)  
2367 HotSpots in Herkunfts- und Transitländern errichtet werden, in denen eine An-  
2368 tragsstellung möglich ist.

### 2369 **Für sichere Fluchtwege**

2370 Wir Freie Demokraten wollen politisch Verfolgten ohne Wenn und Aber Asyl ge-  
2371 wahren. Diesen Menschen muss es möglich sein, auf sicherem Wege nach Euro-  
2372 pa zu kommen, ohne sich auf eine lebensgefährliche und illegale Reise zu bege-  
2373 ben und dabei in die Hände von Menschenhändlern zu geraten. Daher möchten  
2374 wir es ermöglichen, Asylanträge auch bereits im Ausland zu stellen.

2375 Ein Visum aus humanitären Gründen sollte nach Schweizer Vorbild ebenfalls er-  
2376 teilt werden, wenn im Einzelfall offensichtlich ist, dass Leib und Leben der An-  
2377 tragstellerin oder des Antragstellers unmittelbar, ernsthaft und konkret gefährdet  
2378 sind. Dazu müssen im europäischen Recht eindeutige Regelungen verankert  
2379 werden.

### 2380 **Für humanitäre Schutzzonen**

2381 Wir Freie Demokraten befürworten die Einrichtung humanitärer Schutzzonen un-  
2382 ter der Aufsicht des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 64

2383 (UNHCR) und / oder der Europäischen Union (EU), im Einvernehmen mit den je-  
2384 weiligen Staaten und mit Finanzierung der EU. In solchen (offenen) Schutzzonen  
2385 sollen Flüchtlinge sicher sein vor bewaffneten Konflikten, Gewaltanwendung und  
2386 anderen Menschenrechtsverletzungen. Insbesondere in Nordafrika können solche  
2387 Zonen dazu dienen, ankommende Flüchtlinge von den dort derzeit teils un-  
2388 menschlichen Bedingungen zu befreien und ihnen vorübergehend Obhut zu bie-  
2389 ten. Außerdem könnten dort, nach Vorbild der EU-Hotspots, noch vor einer Ein-  
2390 reise nach Europa Asylverfahren durchgeführt werden, nach deren Abschluss  
2391 Schutzberechtigte auf legalem und geordnetem Wege nach Europa einreisen  
2392 können und auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Entsprechende Verfahren  
2393 sollten vor Ort durch das europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO)  
2394 durchgeführt werden.

2395 Wenn solche Schutzzonen existieren, könnten dann auch Flüchtlinge, die auf  
2396 dem Mittelmeer aufgegriffen werden, dorthin überstellt werden, um die Anreize  
2397 einer lebensgefährlichen Überfahrt zu reduzieren, soweit dies völkerrechtlich zu-  
2398 lässig ist. Wir verurteilen kriminelle Schlepperorganisationen. Bis zur wirksamen  
2399 Einführung einer Seenotrettung durch Frontex lehnen wir eine Behinderung der  
2400 Seenotrettung auf dem Mittelmeer zur Reduzierung von Fluchtanreizen ab.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 65

## 2401 **Ein Europa der Freiheit und Menschenrechte**

2402 Die Welt, wie wir sie kannten, hat sich verändert: Nationalismus, Protektionis-  
2403 mus und autoritäre Regierungsformen breiten sich aus, die Demokratisierung ist  
2404 zum Stillstand gekommen, immer mehr Menschen leiden unter Einschränkungen  
2405 der Menschen- und Bürgerrechte. Umso entschlossener muss Europa Freiheit,  
2406 Menschenrechte und Demokratie verteidigen.

2407 Doch die Europäische Union (EU) kann ihre Kraft nur ganz entfalten, wenn sie  
2408 mit einer Stimme spricht. Nur wenn sie international handlungsfähig und durch-  
2409 setzungsstark ist, kann sie unsere Werte und Interessen schützen und für sie  
2410 weltweit eintreten. In Fragen der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik  
2411 muss die EU deshalb zu einem Global Player werden. Dabei steht für uns Freie  
2412 Demokraten der Einsatz für Freiheit, Menschenrechte und Diplomatie immer an  
2413 erster Stelle.

2414 Nutzen wir die Chancen Europas durch ein gemeinsames Auftreten auf der  
2415 Weltbühne! Seien wir mutig! Überwinden wir nationale Egoismen und machen  
2416 die EU zu einem echten Global Player!

## 2417 **Für ein Europa, das mit einer Stimme spricht**

2418 Die Stimme eines einzelnen Staates verhallt international. Die EU-Staaten fin-  
2419 den in der Welt nur gemeinsam Gehör. Nur mit einer gemeinsamen Stimme auf  
2420 der internationalen Bühne ist die Europäische Union ein Akteur auf Augenhöhe.

## 2421 **Für die Verteidigung und Stärkung der Menschenrechte in** 2422 **Europa und der Welt**

2423 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Universalität und Unteilbarkeit der  
2424 Menschenrechte und lehnen jegliche Versuche ab, ihre Anwendbarkeit zu relati-  
2425 vieren. Wir wenden uns gegen jede Diskriminierung aufgrund von Geschlecht,  
2426 Religion, Hautfarbe, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, Behinderung, Al-  
2427 ter oder eines sonstigen Status. Die Unterdrückung von oder Angriffe gegen an-  
2428 dere Menschen und Bevölkerungsgruppen sind stets Angriffe auf die Freiheit der  
2429 ganzen Gesellschaft.

2430 Leider stellen wir fest, dass Menschenrechte und individuelle Freiheiten weltweit  
2431 wieder stärker eingeschränkt werden. Deshalb soll die Europäische Union (EU)  
2432 in ihren Außenbeziehungen noch stärker als bisher die Einhaltung der Menschen-  
2433 rechte einfordern.

2434 Um diese Werte auch über die Grenzen der EU hinaus vertreten zu können,  
2435 wollen wir, dass die EU ihre enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Men-  
2436 schenrechtsinstitutionen des Europarates, der Organisation für Sicherheit und  
2437 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Vereinten Nationen vertieft. Gleich-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 66

2438 zeitig muss der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), der über  
2439 die in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verankerten Rechte  
2440 wacht, personell und finanziell gestärkt werden. Darüber hinaus setzen wir uns  
2441 für eine Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofs ein, insbesondere sollen  
2442 Staaten zum Beitritt des Rom-Statuts motiviert und weitere Austritte verhindert  
2443 werden.

### 2444 **Für eine/n echte/n europäische Außenminister/in**

2445 Wir Freie Demokraten wollen, dass die Europäische Union (EU) nach außen ge-  
2446 schlossener auftritt. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Hohe Vertreterin  
2447 der EU für Außen- und Sicherheitspolitik gestärkt wird, damit sie zukünftig als  
2448 echte „EU-Außenministerin“ agieren kann. Die Hohe Vertreterin muss für alle  
2449 zentralen Bereiche der europäischen Außenpolitik, einschließlich der Europäi-  
2450 schen Nachbarschafts- und Entwicklungspolitik, zuständig sein. Wir wollen, dass  
2451 die Hohe Vertreterin den diplomatischen Freiraum erhält, noch stärker außenpoli-  
2452 tisch wirken zu können. Deshalb muss das Amt der Hohen Vertreterin von der  
2453 Vielzahl der bisher bestehenden politischen und administrativen Aufgaben entlas-  
2454 tet werden. Dies sollte durch die Benennung von einem oder mehreren politi-  
2455 schen Stellvertretern der Hohen Vertreterin erfolgen, vergleichbar den Staatsmi-  
2456 nistern im Auswärtigen Amt. Weiterhin fordern wir, dass die Hohe Vertreterin ein  
2457 gleichwertiges Rederecht in der Hauptversammlung der Vereinten Nationen er-  
2458 hält, damit die EU international mit einer Stimme spricht. Um die Koordinierung  
2459 zwischen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen  
2460 Kommission weiter zu verbessern, sollte die Hohe Vertreterin die Leitung der Ar-  
2461beitsgruppe Außenbeziehungen der Europäischen Kommission qua Amt dauer-  
2462 haft übernehmen.

### 2463 **Für die Einführung von Entscheidungen mit qualifizierter** 2464 **Mehrheit im Rat bei der Gemeinsamen Außen- und Sicher-** 2465 **heitspolitik**

2466 Wir Freie Demokraten wollen die Europäische Union in außen- und sicherheits-  
2467 politischen Fragen entscheidungs- und damit handlungsfähiger machen und set-  
2468 zen uns für eine echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in  
2469 Europa ein. Deswegen fordern wir mehr Mehrheitsentscheidungen in der GASP.  
2470 Die Zahl der Entscheidungen innerhalb der Gemeinsamen Außen- und Sicher-  
2471 heitspolitik, die mit qualifizierter Mehrheit nach Artikel 31 des Vertrages über die  
2472 Europäische Union (EUV) gefällt werden, sollte dafür erhöht werden. Dies stei-  
2473 gert die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und reduziert die Möglichkei-  
2474 ten zur Blockade durch einzelne Mitgliedstaaten.

### 2475 **Für ein Europa das strategisch und vernetzt handelt**

2476 Wir Freie Demokraten wollen die Europäische Union (EU) in die Lage verset-  
2477 zen, in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zu jeder Zeit und auf allen

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 67

2478 Ebenen strategisch und operativ vernetzt zu handeln. Dazu fordern wir die Um-  
2479 setzung der Globalen Strategie der EU (EUGS) von 2016 sowie eine kontinuierliche  
2480 Evaluierung und Debatte der gemeinsam definierten Ziele und Interessen,  
2481 um diese fortwährend an die aktuelle Sicherheits- und Bedrohungslage anzupassen.  
2482 Weiterhin fordern wir die Einrichtung eines Europäischen Sicherheitsrates  
2483 unter dem Vorsitz der Hohen Vertreterin als Plattform für sicherheitspolitische  
2484 Debatten und zentralen Ort europäischer Strategiebildung. So erwächst ein ge-  
2485 meinsames strategisches Verständnis der Europäer und kann gemeinsames au-  
2486 ßen- und sicherheitspolitisches Handeln begründet werden.

### 2487 **Für einen ständigen europäischen Sitz im UN-Sicherheitsrat**

2488 Wir Freie Demokraten streben einen ständigen europäischen Sitz im Sicher-  
2489 heitsrat der Vereinten Nationen an. Die nicht-ständige Mitgliedschaft Deutsch-  
2490 lands in den Jahren 2019-2020 sollte genutzt werden, um durch eine möglichst  
2491 enge Abstimmung mit dem ständigen Mitglied Frankreich und den anderen  
2492 EU-Mitgliedstaaten zu demonstrieren, wie ein europäischer Sitz in der Praxis  
2493 aussehen könnte, um so den Weg für eine Reform des Sicherheitsrats zu eb-  
2494 nen. Insbesondere eine Bündelung der Stärken Frankreichs und Deutschlands  
2495 könnte die regionale Vertretung des Kontinents stärken und Europa so mehr Ge-  
2496 wicht in der Welt verschaffen.

2497 Ein erster Schritt auf diesem Wege ist eine Reform der Regionalen Gruppen  
2498 beider Vereinten Nationen hin zu einer einheitlichen europäischen Gruppe.

### 2499 **Europa in der Welt**

2500 Die Welt ist in Bewegung. Auch Europa muss sich bewegen. Die Partnerschaft  
2501 mit den USA müssen wir auch in schwierigen Zeiten intensiv pflegen. China  
2502 schreitet als globale Wirtschaftsmacht mit großen Schritten voran, Russland ver-  
2503 sucht mit allen Mitteln, seinen Einfluss zu vergrößern. Die Europäische Union  
2504 muss geschlossen und engagiert auftreten!

### 2505 **Für ein Bekenntnis zur Transatlantischen Partnerschaft**

2506 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur transatlantischen Partnerschaft – auch  
2507 in schwierigen Zeiten. Die USA sind und bleiben unser wichtigster Partner und  
2508 diese Allianz das Fundament der westlichen Wertegemeinschaft. Die transatlanti-  
2509 schen Beziehungen sind eine tragende Säule für Frieden in Europa und der Welt  
2510 und bleiben Kernbestand liberaler Außenpolitik. Wir bedauern sehr, dass diese  
2511 Partnerschaft durch das Handeln von US-Präsident Donald Trump auf die Probe  
2512 gestellt wird. Doch aus berechtigter Kritik an der Politik der aktuellen US-Regie-  
2513 rung darf kein Vorwand für Antiamerikanismus gemacht werden. Wir Freie De-  
2514 mokraten wollen, dass Deutschland und die Europäische Union selbstbewusst  
2515 für den regelbasierten Freihandel eintreten und halten daher am Ziel einer Wie-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 68

2516 deraufnahme der Gespräche über ein transatlantisches Freihandelsabkommen  
2517 fest.

2518 Angesichts eines aktuell zunehmend unberechenbaren amerikanischen Präsi-  
2519 denten muss der transatlantische Dialog breiter und tiefer aufgestellt werden. Da-  
2520 zu gehören neben zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontakten auch re-  
2521 gelmäßige Parlaments- und Regierungskonsultationen mit den USA auf Minister-  
2522 ebene, wie sie schon mit Frankreich, Polen oder China bestehen. Dabei wollen  
2523 wir sowohl an der Ost- und Westküste als auch im Landesinneren den Dialog  
2524 über gemeinsame Herausforderungen anstoßen. Auf akademischer Ebene sollen  
2525 neben dem universitären Austausch auch Schüleraustauschprogramme, die seit  
2526 Jahren rückläufig sind, gestärkt und erweitert werden. Außerdem muss der Fach-  
2527 kräfteaustausch zwischen und innerhalb von Unternehmen durch Visa-Erleichte-  
2528 rungen entbürokratisiert und ausgeweitet werden. All diese Maßnahmen schaffen  
2529 Vertrauen bei gleichzeitigem konkretem Nutzen für die Menschen in beiden Län-  
2530 dern.

### 2531 **Für eine klare Haltung gegenüber Russland**

2532 Wir Freie Demokraten wollen ein unverzügliches Ende der Gewalt in der Ost-  
2533 ukraine und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim sowie den Wiederauf-  
2534 bau von Vertrauen mit Russland. Für uns sind die Prinzipien des Völkerrechts  
2535 und der Menschenrechte in der europäischen Friedensordnung, zu denen sich  
2536 auch Russland bekannt hat, nicht verhandelbar. Daher stehen wir ausdrücklich  
2537 zu den von der Europäischen Union (EU) verhängten Sanktionen. Im Fall einer  
2538 weiteren militärischen Eskalation in der Ukraine muss die EU diese verschärfen,  
2539 denn sie sind kein Selbstzweck, sondern dienen der Wiederherstellung der Frie-  
2540 densordnung. Dabei muss die EU mit einer Stimme sprechen. Bei einem sub-  
2541 stanziellen Einlenken Russlands können sie dagegen gelockert oder aufgehoben  
2542 werden. Gleichzeitig gilt, dass für liberale Außenpolitik in der Tradition  
2543 Hans-Dietrich Genschers Europa nicht an der Außengrenze der EU endet: Russ-  
2544 land bleibt uns wirtschaftlich, kulturell und politisch eng verbunden. Wir wollen  
2545 Gesprächskanäle, insbesondere zur Zivilgesellschaft, offenhalten. Die russische  
2546 Regierung muss zu Rechtsstaatlichkeit und der Einhaltung der Bürgerrechte und  
2547 des Völkerrechts zurückkehren. Nur so kann wieder Vertrauen entstehen, das  
2548 notwendig ist, um gemeinsame Interessen gemeinsam zu verfolgen.

### 2549 **Für eine vertiefte Deutsch-Französische Zusammenarbeit** 2550 **und eine Weiterentwicklung des „Weimarer Dreiecks“**

2551 Wir Freie Demokraten wollen die ausgestreckte Hand Frankreichs ergreifen und  
2552 die deutsch-französische Zusammenarbeit weiter vertiefen. Wir begrüßen die  
2553 durch den neuen Elysée-Vertrag entstandenen Chancen und möchten gemein-  
2554 sam mit Frankreich eine inklusive Führungsrolle bei der europäischen Integration  
2555 übernehmen. Vorausgehen bedeutet aber nicht Ausgrenzen. Daher wollen wir  
2556 Kooperationsformate wie das aus Frankreich, Deutschland und Polen bestehende

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 69

2557 „Weimarer Dreieck“ gezielt stärken und dieses zu einem europäischen Dialog-  
2558 und Werteforum weiterentwickeln.

## 2559 **Für eine Erneuerung der Östlichen Partnerschaft**

2560 Wir Freie Demokraten wollen ein erfolgreiches Europa auch außerhalb der  
2561 Grenzen der EU. Deshalb setzen wir uns für eine Erneuerung der Östlichen  
2562 Partnerschaft (ÖP) ein. Die Freihandelsabkommen mit der Ukraine, Moldau und  
2563 Georgien und die Visafreiheit haben bereits das enorme Potential einer vertieften  
2564 Zusammenarbeit gezeigt, welche eine Alternative zur aggressiven russischen Po-  
2565 litik darstellt. Dennoch zeigen sich immer wieder Probleme bei der Festigung de-  
2566 mokratischer Strukturen und Institutionen sowie der Rechtsstaatlichkeit der Län-  
2567 der. Anstatt sich auf Lippenbekenntnisse bei Reformen zu verlassen, setzen wir  
2568 Freie Demokraten auf echte Konditionalität bei Marktzugang und finanzieller Un-  
2569 terstützung. Wohlstand, Lebenschancen und eine starke Anbindung an die euro-  
2570 päische Familie sind in allen Ländern der ÖP erreichbar, dafür benötigt es jedoch  
2571 Zusammenarbeit und ein klares Bekenntnis zu den europäischen Werten.

## 2572 **Für die Erhaltung einer Beitrittsperspektive für die Länder 2573 des westlichen Balkans ohne Rabatte**

2574 Wir Freie Demokraten wollen den Weg der Erweiterung der Europäischen Uni-  
2575 on (EU) auf die Länder des westlichen Balkans verantwortungsvoll und realist-  
2576 tisch weitergehen. Voraussetzung ist, dass die Beitrittskandidaten die Kopenha-  
2577 gener Kriterien vollständig, nachhaltig und ohne Rabatte erfüllen. Beitrittsverhand-  
2578 lungen und klare Konditionen sind die besten Mittel, um Rechtsstaatlichkeit und  
2579 Demokratie sowie marktwirtschaftliche Strukturen in den Ländern des westlichen  
2580 Balkans zu fördern. Die Region ist wirtschafts- und sicherheitspolitisch Teil Euro-  
2581 pas und erwies sich während der Migrationskrise als verlässlicher Partner. Den-  
2582 noch darf es einen Beitrittsautomatismus oder Gruppenlösungen wie 2004 oder  
2583 2007 nicht geben. Entschlossene Reformen und ein gesamtstaatlicher Moderni-  
2584 sierungskurs hin zu EU-Standards sind die Voraussetzung für eine Aufnahme in  
2585 die EU. Gleichzeitig muss die EU ihre Strukturen anpassen, um wieder aufnah-  
2586 mefähig zu werden.

## 2587 **Für eine Beendigung der Beitrittsgespräche mit der Türkei 2588 Erdogans und für Beziehungen auf neuer Grundlage**

2589 Wir Freie Demokraten wollen die Beitrittsgespräche der Europäischen Union  
2590 (EU) mit der Türkei in der bisherigen Form beenden und die Beziehungen mit der  
2591 Türkei auf eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer, kultureller, wissen-  
2592 schaftlicher und wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellen. Denn eine von Präsi-  
2593 dent Erdogan zunehmend autoritär regierte Türkei kann für uns Freie Demokra-  
2594 ten kein Kandidat für eine Mitgliedschaft in der EU sein. Grundlage hierfür sind  
2595 und bleiben die Kopenhagener Kriterien. Insbesondere die darin geforderten Be-  
2596 dingungen für einen funktionierenden Rechtsstaat erfüllt die Türkei zurzeit ein-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 70

2597 deutlich nicht. Die Türkei ist und bleibt als NATO-Mitglied und als EU-Nachbar ein  
2598 unverzichtbarer Partner. Ihrerseits ist die Türkei auf die Kooperation mit der EU  
2599 angewiesen. Wie sich in mittlerer und ferner Zukunft die gegenseitigen Bezie-  
2600 hungen der EU und der Türkei entwickeln können, bleibt offen. Umso mehr, als  
2601 die EU sich selbst in einem Veränderungsprozess hin zu Modellen mit unter-  
2602 schiedlichen Integrationstiefen befindet, die in der Zukunft neue Formen der Ein-  
2603 bindung in gemeinsame europäische Strukturen bieten könnten.

### 2604 **Für neue Konfliktregelungsansätze im Nahen Osten**

2605 Wir Freie Demokraten wollen ein Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen  
2606 im Nahen und Mittleren Osten und Perspektiven für die Gesellschaften vor Ort  
2607 auf der Grundlage von Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und indi-  
2608 vidueller Freiheit schaffen. Die Kriege und Konflikte in unserer unmittelbaren  
2609 Nachbarschaft haben längst Auswirkungen auf die Gesellschaften und die Wirt-  
2610 schaft, aber auch auf die Sicherheit Europas, wie etwa jüngste Fluchtbewegun-  
2611 gen und die gestiegene terroristische Bedrohung verdeutlichen. Aus diesem  
2612 Grunde fordern wir ein regionales Sicherheitssystem, orientiert am KSZE-Modell,  
2613 unter Einbeziehung aller Regionalmächte sowie der Europäische Union (EU), der  
2614 USA und Russlands. Voraussetzung hierfür ist, durch ein koordiniertes Vorgehen  
2615 die gewaltsamen Konflikte in Syrien, im Jemen und im Irak zu beenden und die  
2616 letzten Bastionen des „Islamischen Staates“ auszumerzen. Die aggressiven He-  
2617 gemonialbestrebungen Irans und Saudi-Arabiens, aber auch des NATO-Mitglieds  
2618 Türkei müssen eingedämmt werden. Zudem muss ein solches Sicherheitssystem  
2619 Perspektiven für den (Wieder-) Aufbau wirtschaftlicher und gesellschaftlicher  
2620 Strukturen in den Kriegsgebieten einschließen, um ein Leben in Würde sowie ein  
2621 Mindestmaß an Freiheit und Selbstbestimmung zu gewährleisten. Ein wichtiger  
2622 Schritt für die EU ist, Handelserleichterungen für reformwillige Staaten zu ge-  
2623 währen. Als Vorbild können neue Kooperationsmodelle mit der Wirtschaft dien-  
2624 en, die über die klassische Entwicklungszusammenarbeit hinausgehen, wie etwa  
2625 der „Jordan Compact“ zwischen der EU und Jordanien.

### 2626 **Für Rechtsstaat, wirtschaftliche Freiheit und starke politi- 2627 sche Institutionen in Lateinamerika**

2628 Wir Freie Demokraten unterstützen den raschen Abschluss des Handelsabkom-  
2629 mens zwischen der Europäischen Union (EU) und den Mercosur-Staaten sowie  
2630 die Erneuerung des bilateralen Handelsabkommens der EU mit Mexiko. Ange-  
2631 sichts der neuen protektionistischen Politik der US-Regierung ist es für Latein-  
2632 amerika und die EU gleichermaßen wichtig, starke Partner für ihre internationa-  
2633 len Handelsbeziehungen zu gewinnen. Gleichzeitig wollen wir uns für eine Stär-  
2634 kung der politischen Institutionen, der Rechtsstaatlichkeit und der Bürgerrechte in  
2635 Lateinamerika einsetzen, damit die Menschen Vertrauen in ihre Demokratien ge-  
2636 winnen und nicht falschen populistischen Botschaften nachlaufen, die die beste-  
2637 henden Probleme von Armut, Gewalt, Ungleichheit und mangelnder Bürgerbetei-  
2638 ligung am politischen Leben nicht lösen, sondern verschärfen.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 71

## 2639 **Für eine wertebasierte Zusammenarbeit mit China auf Au-** 2640 **genhöhe**

2641 Wir Freie Demokraten wollen die Zusammenarbeit mit China als neuer globaler  
2642 Wirtschaftsmacht grundsätzlich stärken. Dort, wo jedoch chinesisches Handeln  
2643 im deutlichen Widerspruch zu freiheitlichen Werten und Menschenrechten steht  
2644 oder deutsche beziehungsweise europäische Interessen verletzt, wollen wir un-  
2645 sere liberalen Grundprinzipien und Interessen selbstbewusst verteidigen. Dies gilt  
2646 insbesondere für die „Belt and Road Initiative (BRI)“, die sogenannte „Neue Sei-  
2647 denstraße“, sowie den sogenannten 16+1-Prozess. China verstößt laufend gegen  
2648 die Regeln des freien Welthandels, indem es ausländischen Unternehmen über  
2649 Regulierung oder informelle Maßnahmen vom chinesischen Markt ausschließt,  
2650 gleichzeitig jedoch den Zugang für chinesische Unternehmen im Ausland einfor-  
2651 dert. China behandelt europäische Investoren unfair und erlaubt, dass ihre Ei-  
2652 gentumsrechte von chinesischen Firmen verletzt werden. Zusätzlich werden chi-  
2653 nesishe Unternehmen häufig mit intransparenter staatlicher Hilfe unfaire Wettbe-  
2654 werbsvorteile verschafft. Auch angesichts der zunehmend autoritären Lenkung  
2655 der Wirtschaft durch die Kommunistische Partei ist darüber hinaus fraglich, ob  
2656 nicht jede chinesische Investition in Europa eine de-facto Verstaatlichung dar-  
2657 stellt. Deshalb ist für uns Freie Demokraten sowohl der Abschluss eines Investiti-  
2658 onsschutzabkommens zwischen der Europäischen Union (EU) und China als  
2659 auch die intensive Prüfung chinesischer Investitionen in der EU zum Schutz der  
2660 europäischen Sicherheit, des fairen Wettbewerbs und der nachhaltigen Marktwirt-  
2661 schaftsentwicklung von außerordentlicher Bedeutung. Gleichzeitig wollen wir uns  
2662 insbesondere im europäischen Verbund dafür einsetzen, dass China seine Ab-  
2663 schottung reduziert, um weitere Bereiche der chinesischen Wirtschaft für Investi-  
2664 tionen und Handel zugänglich zu machen.

## 2665 **Für den nachhaltigen Ausbau der Beziehungen mit Indien**

2666 Wir Freie Demokraten treten für den Ausbau der strategischen Partnerschaft  
2667 mit Indien ein. Das asiatische Schwellenland ist die größte Demokratie der Welt  
2668 und mit einer Bevölkerung von über 1,3 Milliarden Menschen einer der wichtigs-  
2669 ten Zukunftsmärkte. Indien verdient daher eine nachhaltige Aufwertung in den  
2670 EU-Außenbeziehungen. Unser politischer Dialog mit Indien muss auf der Grund-  
2671 lage der gemeinsamen demokratischen Werte erfolgen. Neben zentralen geostra-  
2672 tegischen Themen der Nichtverbreitung von Kernwaffen, der Terrorismusbek-  
2673ämpfung, der Infrastruktur, der Sicherheit im Internet und der Bekämpfung der  
2674 Piraterie auf den Weltmeeren muss der Dialog eine Menschenrechtskomponente  
2675 enthalten. Zudem wollen wir, dass die Europäische Union (EU) Indiens Zivilge-  
2676 sellschaft stärker als Partner in die Entwicklungszusammenarbeit einbezieht. Wir  
2677 sehen erheblichen Nachholbedarf, etwa beim Kultur- und Wissenschaftsaus-  
2678 tausch.

2679 Die EU ist Indiens wichtigster Handels- und Investitionspartner. Wir fordern da-  
2680 her, dass die EU die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Indien

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 72

2681 fortführt. Im Lichte des Brexit und protektionistischer Tendenzen in den USA ist  
2682 es für die EU von herausragender Bedeutung, dass Indien im Ringen um eine li-  
2683 berale Welthandelsordnung auf unserer Seite steht.

### 2684 **Für eine gemeinsame europäische Verteidigung**

2685 Die Europäischen Union muss auch in Zukunft Verantwortung für Frieden, Frei-  
2686 heit und Sicherheit tragen. Das geht nur gemeinsam. Auf dem Weg zu einer eu-  
2687 ropäischen Armee wollen wir gemeinsam handeln, stärker zusammenarbeiten  
2688 und unsere Aktivitäten besser aufeinander abstimmen.

### 2689 **Für den Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsa- 2690 mem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle**

2691 Wir Freie Demokraten wollen den Aufbau einer Europäischen Armee unter ge-  
2692 meinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle zur eigenverant-  
2693 wortlichen Gewährleistung der Sicherheit in und für Europa. Dazu streben wir,  
2694 ausgehend von einer gemeinsamen Strategieentwicklung, gemeinsamen Struktu-  
2695 ren und einer gemeinsamen Streitkräfteplanung, schrittweise eine engere Verzah-  
2696 nung und den Ausbau gemeinsamer Fähigkeiten der Streitkräfte der integrations-  
2697 willigen Mitgliedsländer an. Ziel ist die Schaffung einer Europäischen Verteidi-  
2698 gungsunion als Zwischenschritt zu einer zukünftigen Europäischen Armee.

2699 Eine gemeinsame Europäische Verteidigungsunion ist aber nur dann erfolgreich,  
2700 wenn ihre Soldatinnen und Soldaten vom europäischen Gedanken getragen wer-  
2701 den. Wir fordern deshalb, den Austausch zwischen den Streitkräften durch ein  
2702 „Erasmus-Programm“ für Soldatinnen und Soldaten aller Dienstgradgruppen zu  
2703 intensivieren. Dadurch können die militärischen Kulturen und Identitäten angegli-  
2704 chen und das gegenseitige Vertrauen gefördert werden. Dieser persönliche Aus-  
2705 tausch fördert mehr als jedes Strategiepapier die Entwicklung von „europäischen  
2706 Staatsbürgern in Uniform“, welche die Werte und Normen leben, die sie im  
2707 Ernstfall mit ihrem Leben verteidigen.

### 2708 **Für die Weiterentwicklung der Europäischen Verteidigungs- 2709 union und PESCO**

2710 Wir Freie Demokraten unterstützen die Europäische Verteidigungsunion und be-  
2711 begrüßen den wegweisenden Beschluss von 25 Mitgliedstaaten der Europäischen  
2712 Union (EU), die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) in der Verteidi-  
2713 gungspolitik zu etablieren. Wir wollen, dass die beteiligten EU-Mitgliedstaaten  
2714 das Projekt der Verteidigungsunion jetzt entschlossen mit Leben füllen und ge-  
2715 zielt Fähigkeitslücken schließen. Deshalb braucht es ein noch stärkeres deut-  
2716 sches Engagement und eine starke deutsch-französische Zusammenarbeit.

2717 Den EU-Mitgliedstaaten fehlt es trotz der 2016 beschlossenen Globalen Strategie  
2718 der EU noch immer an einer einheitlichen Bedrohungswahrnehmung und ei-

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 73

2719 ner gemeinsamen strategischen Vision. Frankreichs Europäische Interventionsin-  
2720 itiative (EI2) setzt bei diesem Problem an. Allerdings ist EI2 ein nationales Projekt  
2721 für wenige ausgewählte Mitgliedstaaten und außerhalb der EU-Strukturen aufge-  
2722 hängt. Wir wollen daher, dass Deutschland sich dafür einsetzt, dass diese wert-  
2723 volle Initiative allen europäischen Partnern offensteht und idealerweise in die  
2724 PESCO-Strukturen eingegliedert wird.

2725 Wir Freie Demokraten wollen insbesondere in der Fortentwicklung von PESCO  
2726 ambitionierte Projekte einbringen. Dadurch stellen wir sicher, dass PESCO das  
2727 volle Potential ausschöpft.

### 2728 **Für einen koordinierten Einsatz bestehender Instrumente** 2729 **zum Aufbau effizienterer militärischer Fähigkeiten**

2730 Wir Freie Demokraten wollen leistungsstärkere, effizientere und besser gemein-  
2731 sam einsetzbare Streitkräfte in Europa. Wir begrüßen daher, dass die Europäi-  
2732 sche Kommission mit dem Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) erstmals ein  
2733 finanzielles Anreizsystem für die gemeinsame Entwicklung und Beschaffung von  
2734 Waffensystemen im europäischen Rahmen geschaffen hat. Mit der Koordinierten  
2735 Jährlichen Überprüfung der Verteidigung (Coordinated Annual Review on De-  
2736 fence, CARD) besteht zusätzlich ein Mechanismus, mit dessen Hilfe die Mitglied-  
2737 staaten ihre militärische Fähigkeitsentwicklung an den gemeinsamen Bedarf an-  
2738 passen können. Wir wollen diese Instrumente nutzen, um Dopplungen zu ver-  
2739 meiden und dringende strategische Fähigkeitslücken zu schließen. Damit erhö-  
2740 hen wir die sicherheitspolitische und die strategische Autonomie Europas.

2741 Wir Freie Demokraten fordern deshalb die Stärkung der Europäischen Verteidi-  
2742 gungsagentur (EDA) gemeinsam mit dem EU-Militärstab (EUMS).

2743 Parallel wollen wir der europäischen Verteidigungspolitik durch die Erneuerung  
2744 und Anpassung der militärischen Fähigkeitsziele der Europäischen Union (EU) ei-  
2745 nen klaren Maßstab geben. Dadurch werden die gemeinsamen verteidigungspoli-  
2746 tischen Anstrengungen durch ein gemeinsames Ziel koordiniert und fokussiert  
2747 gebündelt. Wir wollen, dass die verteidigungspolitischen Bemühungen der EU  
2748 nicht nur kompatibel mit der NATO sind, sondern auch die Partnerschaft zwi-  
2749 schen der EU und der NATO selbst voranbringt.

### 2750 **Für die Erfüllung des 3D-Ziels**

2751 Wir Freie Demokraten fordern, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten  
2752 Ansatzes langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationale  
2753 Sicherheit (3D – defence, development and diplomacy) investiert und damit auch  
2754 seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt. Dieses Ziel wollen wir  
2755 durch eine schrittweise Erhöhung der Haushaltsansätze erreichen.

### 2756 **Abrüstung und Rüstungskontrolle stärken**

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 74

2757 Wir Freie Demokraten wollen, dass die Europäische Union (EU) eine starke  
2758 Stimme für Abrüstung und Rüstungskontrolle weltweit ist. Auch im 21. Jahrhun-  
2759 dert geht von der Weiterverbreitung von nuklearen, biologischen und chemi-  
2760 schen Waffen eine Gefahr für die internationale Sicherheit aus. Insbesondere die  
2761 Gefährdung durch Atomwaffen nimmt in der internationalen Politik wieder zu. Die  
2762 USA und Russland als führende Atomkräfte modernisieren ihre Nuklearwaffen-  
2763 bestände, während die Krisen um die Nuklearprogramme des Iran und Nordko-  
2764 reas weiterhin andauern. Deshalb sehen wir Freie Demokraten mit zunehmender  
2765 Sorge, wie bestehende Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge aufgekündigt,  
2766 unterlaufen oder beschädigt werden. Die Entscheidung der USA zum Rückzug  
2767 aus dem Atomabkommen mit dem Iran (JCPoA) halten wir für falsch und unter-  
2768 stützen die EU in ihren Bemühungen, das Atomabkommen gemeinsam mit Russ-  
2769 land und China am Leben zu erhalten. Gleichzeitig muss Europa gegenüber Iran  
2770 die destabilisierende Rolle des Landes in der Region ebenso ansprechen wie die  
2771 Frage einer Begrenzung des iranischen Raketenprogramms. Die drohende Auf-  
2772 kündigung des Washingtoner Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme  
2773 (INF-Vertrag) durch die Trump-Administration berührt direkt europäische Interes-  
2774 sen und würde einen nachhaltigen Verlust an Sicherheit für Europa bedeuten.  
2775 Die EU muss deshalb gegenüber Washington für einen Verbleib im Vertrag wer-  
2776 ben und sich gegenüber Russland mit Nachdruck für eine Einhaltung des Vertra-  
2777 ges und für mehr Transparenz mit Blick auf das russische Raketenprogramm  
2778 einsetzen.

### 2779 **Rüstungsexportkontrolle europäisch denken**

2780 Wir Freie Demokraten wollen keine Waffenlieferungen in Krisengebiete. Denn  
2781 Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen noch wei-  
2782 ter destabilisieren. Die Unsicherheit und Bedrohung für die Menschen in den be-  
2783 troffenen Gebieten wird hierdurch nachhaltig erhöht und die Chancen auf Fried-  
2784 dens- und Konfliktlösungen können ebenfalls behindert werden. Bislang gelten in  
2785 den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) aber noch vielfach unter-  
2786 schiedliche Standards, wenn es um die Ausfuhr von Rüstungsgütern geht. Wir  
2787 Freie Demokraten wollen, dass die EU auch bei der Rüstungsexportpolitik mit ei-  
2788 ner Stimme spricht. Wir setzen uns deshalb für eine Harmonisierung der Rüs-  
2789 tungsexportregeln in Europa ein. Wir wollen dieses Ziel durch eine europaweite  
2790 Rüstungsexport-Verordnung erreichen, die hohe Standards setzt, und so den ge-  
2791 meinsamen Standpunkt der Europäischen Union von 2008 für die Kontrolle der  
2792 Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgüter rechtsverbindlich weiterentwickelt.

### 2793 **Entwicklungszusammenarbeit europäisch denken**

2794 Durch eine abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit können wir Perspektiven  
2795 für Menschen in wenig entwickelten Länder schaffen und Fluchtursachen effektiv  
2796 bekämpfen. Das liegt auch im europäischen Interesse. Entwicklungszusammenar-  
2797 beit müssen wir daher europäisch denken.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

Seite 75

## 2798 **Für eine kohärente, effiziente und wertebasierte Entwick-** 2799 **lungszusammenarbeit (EZ)**

2800 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine innerhalb Deutschlands, der Europäi-  
2801 schen Union und mit den Mitgliedstaaten abgestimmte Entwicklungszusammenar-  
2802 beit im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) ein, bei der die Instrumente der  
2803 Entwicklungs-, Außen-, Sicherheits-, Handels- und Wirtschaftspolitik nahtlos auf-  
2804 einander abgestimmt sind.

2805 Wir setzen uns ferner für eine Entwicklungszusammenarbeit ein, die auf die  
2806 Qualität der eingesetzten Mittel setzt statt allein auf deren Quantität. Dabei legen  
2807 wir auch Wert auf eine bessere Differenzierung bei der Auswahl der Partnerlän-  
2808 der. Es muss verstärkt auf die Kriterien Bedarf, Leistungsfähigkeit, Entwicklungsbereitschaft und Effizienz der Maßnahmen geachtet werden. Ebenso legen wir einen besonderen Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Soziale Marktwirtschaft. Mit einer wertebasierten Entwicklungspolitik müssen die Menschenrechte gestärkt werden. Beispielsweise ist bei Strafverschärfungen gegen LSBTI die Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit NGOs vor Ort auf den Prüfstand zu stellen, die Budgethilfe zu streichen und gegebenenfalls die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen zu beenden. Die Überlappung und Fragmentierung zwischen den Programmen des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und dem Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (EZI) sowie einer Vielzahl von Fonds und Fazilitäten sollte durch eine weitergehende Bündelung in ein einheitliches Finanzierungsinstrument für alle Entwicklungsländer eingedämmt werden. Wir unterstützen den Vorschlag, eine gemeinsame Europäische Entwicklungsbank als Tochtergesellschaft der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu gründen. Denn Europa braucht eine Finanzinstitution, die mit der Weltbank und den aufsteigenden Akteuren in Asien mithalten kann.

## 2824 **Für eine umfassende europäische Afrika-Strategie**

2825 Wir Freie Demokraten fordern eine gemeinsame europäisch abgestimmte Afri-  
2826 kapolitik und eine darauf beruhende Strategie für den Chancenkontinent Afrika.  
2827 Nationale Alleingänge wie den von der Bundesregierung initiierten „Marshallplan  
2828 mit Afrika“ hingegen lehnen wir ab. Vielmehr bedarf es einer abgestimmten, stärkeren Unterstützung der Europäische Union (EU) für die regionale wirtschaftliche Integration Afrikas, zum Beispiel durch die Verbesserung innerafrikanischen Handels und nachhaltiger Wertschöpfung auf dem Kontinent.

2832 Daher setzen wir uns für eine neue EU-Afrika Partnerschaft ein, welche die Beziehungen zwischen der EU und Afrika ganzheitlich betrachtet und neu ordnet.  
2833 Dafür gilt es, die bestehende Trennung in der Zusammenarbeit zwischen den  
2834 Staaten des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raums, den so genannten AKP-Staaten und Nicht-AKP-Staaten, zu überwinden und die Staaten Nordafrikas zu integrieren.

# Europaparteitag der FDP, Berlin, 27. Januar 2019

## Seite 76

2838 Wir fordern, dass das Folgeabkommen für das 2020 auslaufende EU-AKP-Part-  
2839 nerschaftsabkommen (Cotonou-Abkommen), welches die Entwicklungszusam-  
2840 menarbeit regelt, für einen gesamtafrikanischen Ansatz mit schlanken und effizi-  
2841 enteren Strukturen genutzt wird. Wir begrüßen, dass die Wirtschaftspartner-  
2842 schaftsabkommen der EU mit regionalen Gruppen von AKP-Staaten (EPAs) die  
2843 Handelsbeziehungen zwischen der EU und Afrika auf eine WTO-konforme  
2844 Rechtsgrundlage stellen und den afrikanischen Staaten damit präferenziellen  
2845 Marktzugang und Rechtssicherheit bieten. Wir fordern jedoch, dass die damit  
2846 einhergehenden vorübergehenden negativen Auswirkungen auf Einkommen und  
2847 Beschäftigung in den betroffenen Regionen durch EU-Anpassungsmaßnahmen  
2848 aufgefangen werden. Wir unterstützen die Afrikanische Union (AU) bei ihrem  
2849 Streben nach einer Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA).

### 2850 **Zivile Krisenprävention vorantreiben**

2851 Wir Freie Demokraten setzen auf ziviles Krisenmanagement, Konfliktprävention  
2852 und Friedensförderung als zentrale Instrumente der Außen- und Sicherheitspoli-  
2853 tik. Wir unterstützen deshalb den aktiven Ausbau des zivilen Krisenmanage-  
2854 ments in der Europäischen Union (EU). Wir wollen den vernetzten Ansatz voran-  
2855 treiben, der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik zusammen denkt und  
2856 die außenpolitischen Instrumente der EU kohärent und effektiv zur Krisenpräven-  
2857 tion und Friedensförderung einsetzt. Dazu zählt unter anderem, dass die EU ver-  
2858 stärkt in die Weiterentwicklung der zivilen Friedensexpertise investiert und dass  
2859 auch im mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 Instrumente zur Finanzie-  
2860 rung von zivilen Maßnahmen zur Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Frie-  
2861 densförderung zur Verfügung stehen.